

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 27. Mai 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühr

Beträgt für die sechsgehobene Rollenzeit oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Jaurès über das Generalstreik-Experiment.

Paris, 24. Mai. (Eigener Bericht.)

„Ich habe schon gesagt, daß sich das Proletariat täuscht, wenn es sich einbildet, der Generalstreik — selbst wenn er tatsächlich verwirklicht ist — genüge, um die Bourgeoisie zur Kapitulation zu zwingen. Diese hat noch unermessliche Hilfsquellen des Widerstandes und des Kampfes zur Verfügung; und der Generalstreik kann nur in einer kritischen Stunde eine Bewegung beschleunigen, die schon durch eine ungeheure propagandistische und erzieherische Arbeit vorbereitet ist. Er kann nur wirksam werden, wenn er sich auf eine möglichst umfassende und starke Organisation stützt. Dies habe ich versucht darzulegen und ich fügte hinzu, daß diese große Vorbereitung, die Voraussetzung jeder ernstlichen Aktion, nur dann möglich sei, wenn die Gewerkschaftsbewegung die träge Masse nach und nach heranzieht und durch die tägliche Wohltat klarer Reformen, die durch die gewerkschaftliche und die politische Aktion zugleich errungen werden, erweckt.“

Mit diesen treffenden Sätzen legt heute Genosse Jaurès in der „Humanité“ seine Auffassung der Rolle des Generalstreiks dar, in einem Artikel, der die Einleitung zu einer Serie von Studien über die Lehren der abgeschlossenen, durch den Postbeamtenstreik verursachten Aktion bilden soll. Der größte Teil des heutigen Artikels ist aber einer Polemik gewidmet, die sich gegen zwei bürgerliche Blätter und — den „Vorwärts“ richtet. Der „Temps“ und die „Revue“ haben nämlich unsere Bemerkungen über das passive Verhalten der geeinigten Partei während der letzten Krise ausgegriffen und sie vermittelst der in der kapitalistischen Presse üblichen Verdrehungskünste zu einem perfiden persönlichen Angriff auf Genossen Jaurès und zu gehässigen Beschuldigungen der Partei auszunutzen versucht. Soweit die Absicht der Entstellung offenkundig ist, sagt Genosse Jaurès selbst das Nötige, dort aber, wo er eine Polemik gegen den „Vorwärts“ für notwendig hält, scheint er selbst von einer mißverständlichen Deutung dessen, was wir gesagt haben, auszugehen. Er findet unsere Beurteilung „ungerecht und unexakt“ und glaubt vor allem einen „überraschenden Widerspruch“ darin zu finden, daß wir die „syndikalistische Agitation als eine Art wirren Anarchismus“ bezeichnen und andererseits bedauert hätten, daß sich die Partei nicht tiefer in dem Kampf engagiert habe. Ist es wirklich ein solcher Widerspruch, wenn wir bedauern, daß die Partei nicht die Kraft hatte, die durch die anarchosyndikalistischen Phantasereien („Generalstreik mit allen seinen Konsequenzen“) im Beschluß des Gewerkschaftsverbandes der Seine) geschaffene Verwirrung durch eine durchdringende eigene, klare Aktion aufzuheben und namentlich der Panik des Kleinbürgertums vorzubeugen, die die unabwendbare Folge gewesen wäre, wenn die anarchosyndikalistische Aktion in ihrer ungeahnten Ohnmacht nicht selbst so schnell zusammengebrochen wäre. Man veresse nicht, daß der Erfolg des ersten Poststreiks zum guten Teil der Sympathie der kleinbürgerlichen Massen zu danken war, und der neue Kampf, der um die politischen Freiheitsrechte der Beamten ging, zumindest so lange keine Antipathien bei ihnen hervorgerufen hatte, als die kindischen Drohungen der Insurrektionellen nicht ernstgenommen werden konnten. Genosse Jaurès ist im Irrtum, wenn er unser Urteil so deutet, daß wir ein außerparlamentarisches Eingreifen der sozialistischen Partei für angezeigt gehalten hätten, so lange die Bewegung der Beamten einen korporativen Charakter trug. Es war uns nicht unbekannt, daß Genosse Jaurès gerade in diesem Stadium seinen persönlichen Einfluß vergeblich geltend zu machen gesucht hat. Sicherlich war die Partei verpflichtet, als einmal der Streit trotz der Ratsschläge unserer Genossen erklärt war, ihn im Parlament mit allen Kräften zu unterstützen. Nur war es in dem Augenblick, da die Zurückhaltung der Telegraphenbeamten die Hoffnung nahm, einen Sieg mit den Mitteln der Korporation selbst zu erringen, offenbar, daß nur eine Erweiterung des Kampfgebietes einige Ausflüchte aufersolte lasse. Die Streikenden haben schließlich doch an das organisierte Proletariat appelliert. Und das bedauerliche ist, daß sich ihnen als solches nur die Konföderation oder genauer nur deren anarchosyndikalistische Minderheit mit einem Kampfprogramm präsentierte. Dieses aber bestand lediglich aus dem Generalstreik — d. h. einem Versuch, dessen völlige Ausschichtslosigkeit nach Jaurès eigener, oben zitierter Auffassung nicht zweifelhaft sein konnte. Genosse Jaurès meint: „Wir hätten darüber (über die parlamentarische Intervention und die Ermüdung in der Presse) nicht hinausgehen können, ohne an den mißtrauischen autonomen Geist des Syndikalismus anzuprallen und ungehörigerweise unsere Verantwortlichkeit an die Stelle der feigenen Augenblicke eine Faltel empfinden, die jedenfalls erfolglos bleiben mußte und vielleicht sehr gefährliche Folgen für die ganze Arbeiterbewegung haben konnte, wäre ein Unternehmen der Partei, in der Tat ihre eigene Verantwortlichkeit vor dem Proletariat zu reklamieren und vor dem Streikabenteurer zu

warnen, ein Verrat an den streikenden Postangestellten gewesen? Dann hätten ja diejenigen recht, die jetzt gegen die Verdächtigungen und Beschuldigungen schleudern.

Aber hatte die Partei, als die Erfolglosigkeit der parlamentarischen Aktion offenbar geworden war, den Postangestellten wirklich nichts zu bieten als ermutigendes Zureden zum aussichtslosen Generalstreik? Unbedingt zu verneinen wäre die Frage nur, wenn die sozialistische Partei keine anderen Mittel der politischen Tätigkeit hätte, als die parlamentarische Aktion auf der Tribüne und in den Couloirs. Stellen die 900 000 sozialistischen Stimmen wirklich keine andere Kraft dar, als sie die Durchsetzung von so und so viel Kandidaten ausdrückt, so ist es nicht klar, wozu die Parteiorganisation überhaupt dient und ob nicht die Wahlkomitees und etwa noch — zur theoretischen Aufklärung — Studienzirkel alles Erwünschte leisten könnten.

Zweifellos darf die Partei die Gewerkschaften nicht beherrschen, ihre Autonomie nicht antasten. Aber ist sie darum genötigt, alle Kompetenzansprüche der Gewerkschaften — oder gar einer Minorität der Gewerkschaften — sobald sie das gewerkschaftliche Gebiet überschreiten, stillschweigend zu dulden? Aus Jaurès' angeführten Ausführungen über die Bedingungen des Generalstreiks scheint hervorzugehen, daß auch unter Genossen diesen nicht als einen bloß erweiterten wirtschaftlichen Kampf ansieht, der mit bloß wirtschaftlichen Mitteln ausgefochten werden kann. Im gegebenen Fall aber handelte es sich um einen ausgesprochen politischen Generalstreik, der die Bürgerrechte der Beamten sichern sollte. Wo bleibt die Autonomie der politischen Partei, wenn sie auf ihrem ureigensten Gebiete vor den mißtrauischen Blicken der syndikalistischen Expansionspolitiker zurückweicht?

Wir haben die Passivität der Partei festgestellt mit dem wohl nicht unverständlichen Bedauern, daß in einer sozialen Krise Frankreichs die Blide seines Proletariats nicht auf unsere Genossen gerichtet waren. Wir haben aber damit nicht behaupten wollen, daß die geeinigte Partei in der gegebenen Situation tatsächlich die Führung hätte erlangen können. Daß die in der Tat fürchtbar schwierigen Bedingungen, unter denen die französische Partei jetzt kämpft und deren Verständnis Genosse Jaurès den Kritikern vorwirft, nicht ganz ohne Zutun der Partei selbst zustande gekommen sind, ist auch die Ansicht vieler französischer Genossen, z. B. derjenigen, deren Anschauungen in der Wochenschrift „Le Socialisme“ zum Ausdruck kommen. Diese Genossen haben z. B. die Passivität der Partei im vorigen Jahre bedauert, als die anarchosyndikalistischen Streikgebiete von Drabeil voraussehen ließen, daß die Regierung den Vorwand zur blutigen Niederwerfung des Proletariats finden würde; sie beklagen auch diesmal, daß die sozialistische Partei keinen Beweis ihres eigenen Lebens und Wollens gegeben hat. Es scheint nun auch nach dem Verlauf der einzigen Pariser Parteiverammlung nicht, daß dieser Verzicht das Mißtrauen gegen die Partei verringert hätte, da sich die meisten Parteiredner dort nicht Gehör zu verschaffen wußten und die liebenswürdige Bezeichnung: „15 000 Frank-Männer“ auch sozialistischen Deputierten gewidmet wurde. Wenn nach den jüngsten Ereignissen in den Kreisen der Arbeiterchaft die antiparlamentarische Stimmung unlegbar noch um sich greift — und dies in einem Maße, das an die Zeit vor dem 2. Dezember erinnert — so bekommt die sozialistische Partei gerade um so mehr davon ab, als sie nichts als parlamentarische Aktion geboten hat.

Genosse Jaurès schreibt: „Unser Ehrgeiz ist nicht, die Gewerkschaftsbewegung zu beherrschen, und wir werden nicht das Verbieten begehren, ihre Bemühungen auf dem Schlachtfeld selbst, wenn sie im Kampfe mit dem verabscheuungswürdigsten Feind ist, zu durchkreuzen, wir wollen ihr nur helfen, indem wir als freie Menschen anderen freien Menschen Gedanken zubringen, den Schluß aus den Ereignissen zu ziehen und seine eigene Erfahrung zu formulieren.“

Es liegt uns fern, zu behaupten, diese Anschauung von den Aufgaben der sozialistischen Partei sei nicht zu verteidigen. Aber sie entfernt sich immerhin weit von dem im allgemeinen in der internationalen Arbeiterchaft vorherrschenden, für die die Partei ein motorischer Apparat des Proletariats ist.

Die indirekten Steuern in der Finanzkommission.

Die Komödie geht zu Ende. Voraussichtlich wird die Finanzkommission am heutigen Donnerstag ihre Arbeiten beenden. Fast der ganze Mittwoch war noch der Tabaksteuer gewidmet. Die Kommission hatte in der ersten Lesung einen 30prozentigen Wertzuschlag zu dem Tabak, der aus dem Auslande herein kommt, beschlossen. Die Regierung war damit absolut nicht zufrieden, und da es sich um eine indirekte Steuer handelt, war die Kommission sofort bereit, den Wünschen der Regierung auf Erhöhung des Zuschlages entgegenzukommen. Abg. Dietrich offerierte eine Erhöhung auf 50 Proz. Diese Freigebigkeit auf Kosten der Allgemeinheit erschien der Kommissionmehrheit aber doch etwas bedenklich; man einigte sich auf 40 Proz. Für Zigarren, die im Reiseverkehr eingeführt werden, ist der Zoll, da man den Wert nicht ohne weiteres feststellen kann, auf 1000 M.

per Doppelzentner erhöht worden. Damit dürfte die Einfuhr von Zigarren so ziemlich unterbunden sein. Die Steuer für inländischen Tabak wurde auf 57 M. erhöht. Nun blieb noch die Zigarette übrig. Hier zeigte das Zentrum, daß sein Bewilligungseifer schier grenzenlos ist. Abgeordneter Erzberger wollte sogar einen Zigarettenzoll von 2000 M. bewilligen. Genossen Wollenbuhr und Geyer kennzeichneten mehrmals das reaktionäre Verhalten der Kommissionmehrheit. In bereiteter Weise hoben sie die Gefahren für die Tabakindustrie und den Tabakhandel hervor. Umsonst — der Tabak soll und muß bluten. Die Tabakarbeiter nicht nur, sondern auch die kleinen Fabrikanten mögen sehen, wo sie bleiben. Je eher letztere zugrunde gerichtet sind, desto eher wird die Bahn frei, die zum Monopol führt, dem Ziele der Sehnsucht des Herrn Sydow.

Sitzungsbericht.

Die Diskussion wird fortgesetzt bei § 1. Abg. Dr. Dietrich beantragt statt 30 Proz. 50 Proz. Wertzoll für Tabakblätter zu erheben. Man dürfe keine Rücksicht auf die Wähler nehmen, sondern müsse dafür sorgen, daß die von der Regierung geforderte Summe auf alle Fälle erzielt wird.

Schatzsekretär Sydow: Wenn es nicht gelingt, aus dem Tabak den erforderlichen Betrag jetzt heraus zu ziehen, dann muß in absehbarer Zeit wieder eine Erhöhung eintreten. Bei einem Wertzoll von 50 Proz. würde sich eine Mehreinnahme von 54 Millionen Mark ergeben. Das reicht nicht, aber es wäre doch etwas.

Abg. Wollenbuhr findet es eigenartig, daß die Regierung sich auf so schwankende Einnahmen einläßt, wie es die Wertsteuer ist. Haben die Fabrikanten doch, insofern sie hohe Preise zahlen müssen, dann bekommt der Staat hohe Einnahmen. Warum soll nur der Tabak mit derartigen Steuern belegt werden; warum nicht auch andere Industrien? Tabak, der 120 M. kostet, ist heute bereits mit 85 M. belastet. Durch den Wertzoll werden die Preissteigerungen noch erheblich fühlbarer gemacht. Mit dieser Steuer werden alle Kapitalismachen Unternehmer in wenigen Jahren ruiniert sein.

Abg. Müller-Gulda: Die Bedenken Wollenbuhrs treffen in diesem Umfange nicht zu, weil neben dem Wertzoll auch noch der Gewichtszoll bestehen bleibt. 50 Proz. Wertzoll ist zu hoch. Die Berechnungen der Regierung sind zu niedrig. Ein Wertzoll von 40 Proz., wie ihn Abg. Kreth vorschlägt, würde 42 400 000 M. ergeben. Dazu die Zigarren usw., ergibt mindestens 60 Millionen Mark. Abg. Geyer: Das Wertzollsystem ist so ungerecht als nur möglich, denn es erschwert Handel und Industrie. Die Opferwilligkeit der Konservativen steht im krassen Widerspruch mit ihrem Verhalten bei den direkten Steuern. Wenn es sich um Arbeiter handelt, dann kennt man keine Rücksicht. Die Ertragsberechnung der Regierung stimmt auf keinen Fall. Schon dann, wenn bloß ein Konsumrückgang von 5 Proz. eintritt, werden tausende Arbeiter brotlos. Wie sieht das im Einklang mit der „Arbeiterfreundlichkeit“ des Zentrums?

Abg. Schulz (freil.) begründet einen Antrag auf 45 Proz. Wertzoll.

Geheimrat Reinbold verteidigt die angegriffene Ertragsberechnung der Regierung.

Abg. Dr. Dietrich polemisiert gegen den Abg. Geyer mit der Behauptung, daß gerade die Agrarier mit den neuen Besitzsteuern sehr stark getroffen würden. Redner zieht den Antrag auf 50 Proz. zurück.

Abg. Wollenbuhr bezeichnet den Vergleich des Abg. Dietrich zwischen Spiritus und Tabak als völlig falsch. Man dürfe nicht den Preis des Rohspiritus der Rechnung zugrunde legen, sondern den Verkaufspreis, den der Kleinhandel für den Schnaps erhebt.

Abg. Kreth (l.) begründet seinen Antrag auf 40 Proz. des Wertes. Mehr sei voraussichtlich doch nicht zu erreichen.

Abg. Geyer: Die Ansicht der Regierung, daß die Steuer auf die Arbeiter nicht abgewälzt wird, ist völlig falsch. Bei der Abstimmung wird der Wertzoll nach dem Antrage Kreth auf 40 Proz. erhöht, in der ersten Lesung waren 30 Proz. festgesetzt.

§ 1h setzt den Zoll auf Zigarren auf 30 Proz. des Wertes fest, der Zoll wird auf 40 M. erhöht. Zigarren, die im Reiseverkehr eingeführt werden, haben einen Zoll von 1000 M. pro Doppelzentner zu entrichten.

§ 2 regelt die Inlandssteuer. In erster Lesung wurde für Tabakblätter eine Steuer von 54 M., für Gruppen von 45 M. festgesetzt.

Abg. Kreth beantragt Erhöhung auf 57 M. Abg. Wiemer und Wommsen beantragen 60 M. Abg. Wollenbuhr erklärt sich aus prinzipiellen Gründen gegen diese Steuererhöhung.

Die Kommission erhöht diese Steuer auf 57 M. Tabak, der seit 1. Januar 1909 in den freien Verkehr gebracht und noch nicht verarbeitet ist, unterliegt der Raubsteuerung zu dem Satz von 40 Proz. des Wertes. Verarbeitete Tabakblätter unterliegen, am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes einer Nachveranlagung von 20,66 M. und einer Nachbesteuerung von 12 M. pro Doppelzentner.

Ein Antrag des Abg. Hermann will, daß die Zoll- und Steuerbeträge gegen Sicherheitsleistung auf 9 Monate gestundet werden. — Der Antrag wird abgelehnt.

Zur Zigarettensteuer liegen vor ein Antrag Kreth und ein Antrag Weber, die beide eine verschiedene Staffel vorschlagen und ihre Vorschläge begründen.

Ein sächsischer Bundesratsvertreter warnt vor einer Ueberspannung der Belastung der Zigaretten.

Geheimrat Reinbold schließt sich diesem Bedenken an. Abg. Wollenbuhr konstatiert, daß die Regierung endlich davon abgekommen ist, die Zigaretten immer mehr zu belasten. Abg. Kreth will die Steuer auf Zigarettenpapier ermäßigen, um dem Schmuggel zu steuern. Die Herabsetzung wird dahin wirken, daß die Selbstfabrikation der Zigaretten steigt. Es hätte außerdem deklariert werden müssen, was denn eigentlich als Zigarettenpapier zu betrachten ist. Der Antrag Kreth sei nicht annehmbar.

Abg. Erzberger meint, der Antrag Weber vermindere die Einnahmen um über 2 Millionen Mark. Für eine Erhöhung

des Zigarettenzollens auf 1500 M. sei das Zentrum zu haben. Die Zigarette könne entschieden eine höhere Belastung tragen.

Abg. Kreth erklärt sich mit einer starken Belastung der Zigarette einverstanden, hat aber nichts dagegen, wenn die Steuer auf die billigsten Sorten ermäßigt wird.

Nach weiterer Diskussion, die neue Momente nicht mehr bot, erfolgte die Abstimmung mit folgendem Resultat:

1. Zigaretten im Kleinverkaufspreise

a) bis zu 1 1/2 Pf. das Stück	1,50 Mark für 1000 Stück
b) von über 1 1/2 - 2 1/2 Pf. das Stück	8 " " 1000 "
c) " " 2 1/2 - 3 1/2 " " " "	4,50 " " 1000 "
d) " " 3 1/2 - 5 " " " "	6,50 " " 1000 "
e) " " 5 - 7 " " " "	10 " " 1000 "
f) " " 7 Pf. " " " "	15 " " 1000 "

2. Für Zigarettenpapier, mit Ausnahme des zur gewerblichen Verarbeitung bestimmten, 1 Mark für 1000 Zigarettenhüllen.

Das Gesetz tritt am 1. Oktober in Kraft.

Nach einer Pause trat die Kommission in die Beratung der Branntweinsteuer ein.

§ 1 wurde ohne Debatte angenommen. In § 2 brachte Abg. Behner (S.) einen Antrag ein, der die Verbrauchsabgabe für die Obstbrennereien, die nicht mehr als 20 Liter Alkohol jährlich herstellen, um 1/10 ermäßigt. Abg. Sieg hat Bedenken gegen diese Ermäßigung, die ein Privilegium bedeute. Abg. Sadelum dagegen findet, daß diese Bedenken gar nicht bestehen. Der Antrag entspreche dem Interesse der kleinen Obstzüchter und hindere die Umgehung des Gesetzes. Der Regierungskommissar, Geheimrat May erklärte dagegen, daß der Antrag anzeige zur Einrichtung vieler kleiner Brennereien und ersuchte, den Antrag abzulehnen. Die Freisinnigen stimmten dem Antrage zu. — Der Abg. Dietrich will dagegen die Bestimmung nur für Süddeutschland gelten lassen und die Ermäßigung auf 2/10 herabsenken. Ueber das Reservatrecht, das Dietrich angeregt hat, entspann sich eine längere Debatte. Man einigte sich schließlich dahin, dieses fallen zu lassen. — Abg. Behner ermächtigt daraufhin den Erlaß in seinem Antrage von 2/10 auf 2/10. Mit dieser Aenderung wird der Antrag angenommen.

Da aber noch eine ganze Reihe weiterer Anträge zu § 2 vorlagen, wird die Beratung bis morgen Donnerstag ausgesetzt. Außerdem wird auf die Tagesordnung der Antrag der Konservativen gestellt, der eine Erhöhung des Zolles auf Kaffee und Tee bezweckt.

Kongreß der Gifthüttenproletarier.

In einer der allergiftigsten Quellen für das profitulöseste Kapital hat sich die chemische Industrie in Deutschland entwickelt. Sie steht mit ihren Gewinnen an erster Stelle in der Reihe der industriellen Unternehmungen. Die Statistik für den preussischen Staat ergibt nach den Geschäftsergebnissen im Jahre 1907 im Durchschnitt auf das in sämtlichen Aktiengesellschaften angelegte dividendenberechtigte Kapital eine Rente von 8,8 Prozent; die chemische Großindustrie schüttete aber 16,8 Prozent Dividende aus, und die Farbenfabriken allein wirtschafteten sogar eine Durchschnittsdividende von 26,8 Proz. heraus. Um die Rekorddividende nicht noch höher hinaufschrauben zu lassen, wird seit einiger Zeit das Kapital „verwässert“, wobei den alten Aktionären durch Ueberlassung neuer Aktien zu niedrigen Kursen enorme Extragewinne zuzuflehen. Gerade in der chemischen Industrie arbeitet das Kapital mit allen Kniffen und Pfiffen.

In der Ausbeutung der Arbeitskraft legt man sich trotzdem keine Schranken auf. Nirgends wird rücksichtloser mit dem Leben und der Gesundheit der Lohnsklaven gewirtschaftet, als in den Gifthütten der chemischen Industrie. Diese Mehrwert-Netoren mit ihren fabelhaften Profiten sind Massenverzehrer von Proletarierleben. Und es ist eine gewaltige Schaar, die hier ausgebeutet, frühzeitig vernichtet wird. Wie ein Hohn nimmt sich gegenüber den Riesengewinnen der Lohn der Arbeiter in den chemischen Fabriken aus. Nach den Ausweisen der Berufsgenossenschaft dieser Industrie für das Jahr 1907 entfällt auf den Kopf des in ihr beschäftigten, circa 1/4 Million zählenden Arbeiterheeres nur ein durchschnittlicher Tagesverdienst von 8,78 M. Das ist viel weniger, als man in anderen Industrien mit viel niedrigeren Dividendenziffern zahlt. In der chemischen Industrie betrug das Jahreslohn eines Vollarbeiters nur 1200 M., während z. B. in einer Reihe Berufsgenossenschaften der Eisenindustrie sich Jahreslöhne von 1250 bis 1500 M. ergeben. Ganz unbestreitbar muß aber die Arbeit in den Gifthütten zu den allergefährlichsten, die Arbeitskraft am schnellsten verzehrenden Beschäftigungen gerechnet werden.

Der mörderischen Folgen der Tätigkeit in den chemischen Betrieben wohl bewußt, haben die Unternehmer eine planmäßige Verflüchtigung des Arbeiterjamers als der kapitalistischen Profitmacherei vorteilhaft erkannt und eingeführt. Als Mittel dazu dienen die Krankenlofen. Die Chemiekapitalisten haben fast ausnahmslos Betriebskrankenkassen eingeführt, die völlig in ihren Händen sind. Krankmeldung ohne langjährige Vorbefähigung in der Fabrik ist meist gleichbedeutend mit Entlassung! Die Krankenversorgung dieser Unternehmerrassen ist einzig von dem Gedanken beherrscht, daß jeder zweite Kranke ein „Simulant“ sei. Die Fabrikärzte müssen für prompte Ausscheidung unbrauchbaren — Materials sorgen. Trotzdem ist die Krankenliste in den Betriebsklassen der chemischen Industrie erschrecklich hoch. Während beispielsweise auf je 100 Versicherte sämtlicher Klassen des Reiches im Jahre 35—40 Erkrankungsfälle kommen, ergeben sich für alle Betriebskrankenkassen zusammen 40—50 Fälle; aber bei den Klassen der chemischen Industrie steigt die Zahl auf 70—80.

Welches sind nun die Ursachen solcher nach Abhilfe schreienden Zustände? Woher neben der fabelhaften Profitmacherei die schlimmste Ausbeutung der Arbeitskraft, die erschreckende Vernichtung von Menschenleben und Gesundheit? Die Unternehmer in der chemischen Industrie verstehen es, bei der Regierung und im Parlament ihren nicht geringen Einfluß zu ihrem Vorteil zu verwenden. Man weiß, was Verbindungen wert sind. In der Leitung der rentabelsten Riesenbetriebe der chemischen Industrie Deutschlands sitzen auf sämtlich bezahlten Posten ehemalige Regierungsräte, aktive Parlamentarier und die Industriefürsten nebeneinander und bringen durch solche enge persönliche Verbindung die Beherrschung des Klassenstaates auch durch das chemische Großkapital zu sinnfälligem Ausdruck. Was wunder, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung an der chemischen Industrie wie ein Blinder vorbeikommt.

Längst hat die Wissenschaft, die fürchterlichen Verwüstungen nachgewiesen, die die Ausdünstungen in den chemischen Fabriken im menschlichen Organismus anrichten, längst sind Mittel und Wege zur Herabminderung der Gesundheitsgefahren bekannt; aber immer noch herrscht das schrankenlose Vernichtungsrecht des Kapitals, immer noch wartet man vergeblich auf einen energischen Schutze für die Arbeiter. Eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit besteht nur für die Herstellung der giftigen Bleifarben. Von allen andern, ebenso giftigen Branchen (wir nennen nur das Saitieren mit Anilin, Brom, Alkalichromaten usw.) hat der Einfluß der deutschen Gifthüttengevaltigen noch jede gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit, auch der Sonntagsarbeit und der 24stündigen Wechselnächten ferngehalten gewußt.

Solche aller Kultur und Humanität höhnisprechenden Verhältnisse konnten nur entstehen, weil bis vor kurzem die große Schaar der Arbeiter in den mörderischen Gifthütten der gewerkschaftlichen

Organisation gleichgültig gegenüberstand. Seit einigen Jahren hat nun aber der Fabrikarbeiterverband eine energische und erfolgreiche Agitations- und Organisationsarbeit entfaltet. Das Unternehmertum in der chemischen Industrie verfolgt erklärlicherweise diese Bestrebungen mit wütendem Haß. Es sieht die alten Phrasen auf von der Störung der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit durch die Gewerkschaft, und es kämpft gegen sie mit den bekannnten Mitteln eines skrupellosen Terrorismus. Schwarze Listen, Nachregelung usw. sind die mildesten Waffen, die gegen organisierte Arbeiter verwendet werden. Unternehmer in der chemischen Industrie waren die ersten, die Streikbrecher mit Waffen ausrüsteten. Die Leberlaser Knippel haben Anspruch auf historische Bedeutung — als Beweis dafür, wie das Unternehmertum den sozialen Feinden fördert und die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit stört und fördert.

Nach mühevollen Arbeiten und großen Opfern ist die Organisation der Gifthüttenproletarier endlich so weit gediehen, daß diese nun mit einer öffentlichen Demonstration gegen die gemeingefährlichen Verhältnisse in der chemischen Industrie auftreten können. Der Fabrikarbeiterverband hat zu Pfingsten eine Konferenz der in chemischen Fabriken beschäftigten Arbeiter nach Frankfurt a. M. einberufen. Hier sollen zum ersten Mal vor aller Öffentlichkeit und unter ihrer Kontrolle die Erfahrungen, die aus der eigenen Not gewonnen sind, erörtert werden. Es soll festgestellt werden, wie die schrankenlose Ausbeutung der Arbeiter gewirkt hat, und es soll untersucht werden, an welchen Punkten zuerst und mit allen Kräften eingegriffen werden muß, um den unheilvollen Einfluß des Kapitalismus zu beschneiden. Die sachkundigen Berichterstatter der Konferenz sollen durch ihre Referate den Boden vorbereiten, worauf sich ein fruchtbarer Meinungsaustrausch vollziehen kann.

Ueber „Die Unfall- und Vergiftungsgefahren in den chemischen Fabriken“ referiert Herr Professor Dr. Sommerfeld-Verlin; einen Vortrag über „Die wirtschaftliche Lage der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen“ hat Genosse Redakteur Heinr. Schneider übernommen, während Reichstagsabgeordneter Genosse Aug. Vrey über „Die Gesetzgebung und die Arbeiterschaft in der chemischen Industrie“ sprechen wird.

Das rege Interesse für die Verhandlungen, die Erwartungen, die die gemächten und schrankenlos ausgebeuteten Arbeiter ihnen entgegenbringen, bezeugt der große Andrang zu der Konferenz. Ueber 100 Delegierte aus allen Gauen Deutschlands haben sich bereits angemeldet.

Die Konferenz bedeutet eine Kulturtat, von der wir reichlichen Segen sowohl für die direkt beteiligten Arbeiter als auch für die gesamte Arbeiterbewegung erwarten.

Feudaler und Armeleute-Sport.

Um die Gestaltung des Stempelsteuergesetzes führt man nun schon seit mehreren Tagen im preussischen Abgeordnetenhaus heisse Kämpfe. Diese Kämpfe wären von vornherein überflüssig gewesen, wenn die bürgerlichen Parteien seinerzeit die Einkommen- und die Vermögensesteuer entsprechend erhöht hätten. Hier aber, wo wirklich das Einkommen und der Besitz nach seiner Höhe hätte zur Steuerleistung herangezogen werden können, begnügt man sich mit einem möglichst geringen Zuschlag, obgleich man nicht davon zurückzuredete, die Einkommen schon von 1200 M. an mit dem Zuschlag zu belasten.

Da die Besizenden sich nicht zu der einzig vernünftigen Besteuerung des Besitzes entschließen konnten, hat man bei der Stempelsteuer zu allen möglichen Steuerlidereien gegriffen. Oberdrei hat die Kommission die Vorlage der Regierung noch ganz erheblich verschlechtert. So hatte die Regierung einen Stempel auf Jagdpachtverträge in der Höhe von 10 Proz. vorgeschlagen. Die Jagdliebhaber im Zentrum und unter den Konservativen wollten jedoch von solcher Erhöhung nichts wissen. Sie brühten den Jagdstempel auf den Höchstfuß von 6 Proz. herab. Um die dadurch verlorengegangene Million wieder einzubringen, hegte man andere Stempelsteuern aus. So den Stempel auf Fahrträder. Diese Fahrradsteuer war von sozialdemokratischer und freisinniger, ja sogar von nationalliberaler Seite als unsozial gebrandmarkt worden. Was taten nun die Herren Konservativen? Sie schlugen schleunigst eine andere Fassung vor, dergestalt nämlich, daß der Stempel auf Fahrräder jährlich 1,50 M. (statt wie zuerst vorgeschlagen 50 Pf.) betragen solle; für die gewerblichen Zwecken dienenden Fahrräder solle der Stempel auf 50 Pf. ermäßigt werden. Das heißt, die 50 Pf. jährlicher Steuer auch für die „gewerblichen Zwecken“ dienenden Fahrräder der Proletarier soll bestehen bleiben, dagegen soll der Stempel für die Sportzwecken dienenden Fahrräder verdreifacht werden. Diesen jährlichen Beitrag von 1,50 M. aber sollen auch die vielen Tausende von Arbeitern bezahlen, die sich den „Luxus“ eines Fahrrades leisten, um am Sonntag der staubigen Atmosphäre der Großstadt zu entfliehen und einmal in der freien Natur frische Luft schöpfen zu können. Die Herren Agrarier also, die hinter den fadenstimmigen Ausreden die Abneigung dagegen verbergen, daß die Leute, die dem lösspielligen Jagdsport frönen, auch entsprechend zu den Steuern herangezogen werden, wollen dem gesundheitsdienlichen, vom sozialen Standpunkt aus nur zu begrüßenden Sport der kleinen Leute, den Radelsport, durch eine Stempelsteuer von 1,50 M. belastet haben!

Die Redner der Linken, namentlich auch der Vertreter der sozialdemokratischen Partei, Genosse Leinert, geißelten nach einmal mit scharfen Worten die schreiende Ungerechtigkeit der Radfahrsteuer. Vergebens! Bei der namentlichen Abstimmung wurde mit den Stimmen der Konservativen, der Freikonservativen und eines starken Teils des Zentrums der Radfahrstempel angenommen! Radelnde Arbeiter werden also künftighin mit 50 Pf. bis zu 1,50 M. jährlich die Benutzung eines Fahrrades zu besteuern haben!

Wie wenig die Besizenden selbst geneigt sind, sich ihren Luxus, ihren Sport durch Steuern verteuern zu lassen, bewies das Schicksal eines freisinnigen Antrages, jedes Reispferd mit 30 M. zu versteuern. Bei der Abstimmung wurde dieser Antrag gegen die überwältigende Majorität der Konservativen und des Zentrums abgelehnt. Der luxuriöse Reiz- und Jagdsport soll steuerfrei sein oder möglichst niedrig besteuert werden; die nichtbestehende Klasse aber soll für jedes harmlose Vergnügen, ja sogar für die Benutzung des Fahrrades zu gewerblichen Zwecken Steuern bezahlen!

Die Radbod-Kolonie vor Gericht.

Dortmund, 26. Mai. (Fig. Ver.)

Heute begann die Zeugenevernehmung. Als erster wurde Direktor Andre vernommen. Nach seiner Aussage ist natürlich alles in Ordnung gewesen. Andre gibt zu, daß mit der Ablehr auch die Wohnung zu räumen ist. Von Rentenentlastungen, die im intimierten Artikel behauptet werden, wisse er nichts. Die Fällung des Bedinges sei nicht willkürlich er-

folgt. Der Durchschnittslohn sei im Februar noch höher gewesen als im Januar. Von schlechter Behandlung der Arbeiter wisse er nichts; er würde die Beamten scharf rügen, wenn ihm solches bekannt würde.

Dann traten die Zeugen in langer Reihe auf, die alle die behaupteten Mißstände bestätigen. Aber ebenso viele Zeugen hatte auch die Zeche aufgeboten, die die Wohnungen als gute bezeichnet und von Risse nur wenig oder gar nichts bemerkt haben wollten. Das Mißverhältnis klärte sich schon bald auf: Die Zeugen der Angeklagten kannten und schilderten die Wohnungen, wie sie ursprünglich, vor zwei Jahren, gewesen waren. Die Zeugen der Zeche hatten die Wohnungen der Kolonie entweder im Sommer bewohnt oder sie hatten die Wohnungen erst in jüngster Zeit bezogen. Den ursprünglichen Zustand der Wohnungen kannten die Zeugen der Zeche also gar nicht.

Noch eine sehr wichtige Feststellung: Der Vorsitzende machte wiederholt Andeutungen, daß bei der Befichtigung saubere und auch sehr unsaubere Haushaltungen angetroffen worden seien. Anscheinend zog das Gericht auf Grund dieser Erscheinung seine Schlüsse auf die Ursachen der Risse und des Zustandes der Wohnungen. Rechtsanwalt Frank, der Verteidiger Rottebohm, fragte deshalb den Direktor Andre, ob er die Bewohner aller Häuser von der Befichtigung benachrichtigt habe. Direktor Andre mußte zugeben, daß er in bestimmten Häusern, auf die er Wert legte, gesagt habe: „Wir wollen dem Gericht mal eine saubere Kolonie zeigen!“ Die Herren von Radbod hatten also wieder recht nett vorgearbeitet.

Befichtigt wurde in der Zeugenevernehmung die Bedingefällung. Die Arbeit wurde schwieriger und das Beding gering. Vier Monate lang sei jeden Monat der Schichtlohn um 20 oder 30 Pf. gekürzt worden. Die Verwaltung nahm viele hunderte Vergleute an, während andererseits wieder die Leute in großer Zahl entlassen wurden.

Wie noch heute das Leben der Arbeiter auf der Zeche Radbod von der Verwaltung „geschützt“ wird, zeigte eine Befundung des Zeugen Hoffeld. Tausch ist dieser Tage ein Ort auf Anordnung des Fahrsteigers trotz lebhafter Beschwerden der Arbeiter ganz ungenügend verbaut worden. Während des Schichtwechsels brach das ganze Gewölbe herein. Wäre der Zusammenbruch ein wenig früher erfolgt, so wäre die ganze Kameradschaft begraben worden!

Scharf waren die Urteile der Bezirksleiter der Bergarbeiterorganisationen über die Kolonie. Zeuge Zerbrügge vom „Christlichen“ Verband und Zeuge Hoffeld, der Beamte des Bergarbeiterverbandes, erklärten, schon manche Kolonie gesehen zu haben; so schlecht wie die von Radbod war keine. Zerbrügge befandete, daß das Baurterrain ein Sumpf gewesen sei. Nur gut einen Spatenstich sei ausgehachtet worden. Etwa 35 Zentimeter tief unter den Dielen habe das Wasser gestanden. Hoffeld und eine ganze Reihe weiterer Zeugen sagten aus, Wohnungen gesehen zu haben, wo die Risse so stark war, daß das Wasser mit Besen von den Wänden gestegt wurde. In einer Wohnung sei das Wasser anscheinend durch die Dielen gedrungen und die Frau habe dreimal im Tage die Dielen austrocknen müssen. Hinter der Bettstelle war das Gras durch die Fugen der Dielen gewachsen; in einer anderen Wohnung hinter der Wasserbaul bis zur Höhe der Bank.

In einem Hause bröckelte die durchnähte Wand so sehr ab, daß ein Hock entstand, durch das man ins Freie sehen konnte. Die Wände einer Wohnung waren demnach mit Pilzen bewachsen, als ob sie mit einem Zentner fauler Kefel beworfen worden wären. Wohnungen, an deren Wänden Schimmelpilze wuchsen, wurden in größerer Zahl bezeichnet.

Manche Zeugen klagten, daß ihnen durch Risse und Pilze die Kleider, Betten und Möbel verderben seien, andere, daß ihnen die Kartoffeln im Keller erfroren, obgleich sie sie mit Säen und Stroh zugedeckt hatten.

Auf die Frage, ob sie sich beschwert hätten, antworteten die meisten Zeugen mit „Nein“. Eine Frau sagt aus, ihr Mann habe sich nicht beschwert, weil er befürchtet habe, er bekomme dann die Ablehr. Aber der Kolonievogt Teichmüller muß zugeben, daß in der Tat eine Anzahl Beschwerden an ihn gelangt sind.

Ueber das Brunnenwasser sagt ein Zeuge aus, es habe furchtbar gerochen. Zeuge Hoffeld befandete, es habe gerochen, als wenn Urin zwei Tage gestanden. Dem ersten Zeugen erkrankte der Sohn. Der Arzt Dr. Meyer bezeichnete das Wasser als Ursache der Erkrankung.

Sehr lebhaft diskutierten der gerichtliche Bauaufverständige Schäfer und die Bauleiter von Radbod über Baumaterial, die zur Anordnung gebraucht worden, die Bauleit, die Zeitdauer der Ausrottung usw. Schäfer bezeichnet alles als ungenügend, die Baupolizei in Dortmund würde solche Bauten nicht abgenommen haben.

Sehr hilflos geberdete sich dagegen der Sachverständige Bauinspektor Thierbach aus Bochum, Angestellter des Allgemeinen Knappschaftsvereins. Grobe Verlöche wollte er nicht anerkennen, ideal seien die Zustände der Kolonie ja auch nicht, gab er aber zu. Der Grundriss in den Wohnungen sei vielleicht darauf zurückzuführen, daß die Leute Vieh hielten. Die Risse der Wohnungen rühre vielleicht von Rostschwaden her. Wenn es aber wahr sei, daß die Risse so groß war, daß die Dielen mehrmals am Tage aufgetrocknet werden mußten, dann sei das allerdings „etwas Ungewöhnliches“.

Dann wurde die Verhandlung auf den nächsten Tag vertagt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 26. Mai 1909.

Unfreiwillige Romik.

Das Herrenhaus setzte am Mittwoch die Staatsberatung fort. Im allgemeinen wurde viel Schlafpulver produziert; im besonderen aber schufen ein paar hinterwäldlerische Junker durch die frühliche Unbefangenheit, mit der sie ihre aus der Zeit vor dem 30jährigen Kriege stammenden Ansichten vortrugen, den etwa noch nicht eingeschlossenen Zuhörern (soweit solche vorhanden) ein paar willige Augenblicke. Da war der Herr v. Wals, der vom Samstags der I. Eisenbahnklasse sich nach der schönen IV. Klasse hinwegsetzt, die für die Anoten viel zu gut ist und eigentlich für die Junker reserviert werden müßte. Da ist ein Herr v. Rilling, dessen Kammer über die Gewerbesteuer sogar dem Handelsminister Delbrück Gelegenheit gab, sich einmal ganz von fern wie ein moderner Mensch anzunehmen. Ihm ging das noch so hin; aber als so'n Plebejer wie der Oberbürgermeister von Breslau, Wender, bescheidene Zweifel an der Wunderherrlichkeit der vierten Eisenbahnklasse äußerte, da wurden die Junker groß, markierten die Steuer- und Wirtschaftsreformer und bewarfen den opponierenden Notarier mit rednerischen Pferdeäpfeln. Und in ähnlich anziehender Weise schlug man noch weiter ein paar Stunden tot, bis auf einmal, man weiß nicht recht wie, der derselbessene Kultusminister Studt mit dem repräsentablen Vollbart das Bedürfnis ver-

sparte, ein bißchen Zug in die Debatte zu bringen. Er erhob sich also und hielt unter Anführung an den verstorbenen oder vielmehr gelösten Johannes den Täufer eine ergreifende Vuhpredigt über das sündige Berlin. Vor den Füßen einer alten Dame, die auf der Zuschauertribüne saß, bildete sich eine Laque von Rührungstränen. Und das Haus war so überwältigt, daß es Schluch machen mußte. Da der Etat fertig ist, wollen die hohen und frommen Herren erst so gegen den 20. Juni wieder zusammentreten, um am Wohl des preussischen Staates und am Seelenheil der sündigen Menschheit zu arbeiten.

Steuerdilettantismus.

In der Vorkonferenz wird mit Vorhaben ein als offiziöse Kundgebung stigmatisierter Artikel der „Berliner Politischen Nachrichten“ abgedruckt, der den in den konservativen Kreisen zur Finanzreform liegenden „Steuerdilettantismus“ scharf mißbilligt. Der Artikel beklagt bitter, daß die konservativ-meritale Kommissionsmehrheit so wenig Federlesens mit den Regierungsvorschlägen machte:

„Zu einer sachgemäßen Beratung der für die ganze Reform so äußerst wichtigen Beschlüssen wurde nicht mehr eingetreten. Auf eine materielle Beratung der Erbschaftsteuervorlage ließ man sich nicht ein, ging vielmehr soweit, auch diejenige technische Verbesserung, die in der Robelle zum Erbschaftsteuergesetz vorgeschlagen waren und eine Erhöhung der Höhe überhaupt nicht bedeuten, ohne Debatte en bloc abzulehnen, obgleich in der ersten Lesung eine erschöpfende und sachgemäße Debatte zur Annahme eines großen Teiles der Bestimmungen geführt hatte.“

Während hier eine Vorlage der verbündeten Regierungen ohne ernsthafte Erörterung zurückgestellt wurde, hielt es die Kommission auf der anderen Seite für angebracht und erlaubt, in einer zweitägigen Beratung eine Reihe von Anträgen anzunehmen, die sich von vornherein als ein Ausfluß von Steuerdilettantismus erwiesen, und die, wenn wirklich zum Gesetz erhoben, dem Reiche keine Einnahmen zuführen, dafür aber die deutsche Volkswirtschaft auf schwerste Schäden würden.

Die Vermögenssteuer auf Immobilien wurde auf Grund einer an sich ziemlich mangelhaften Abschrift der Kölner Berzugsordnung angenommen, ohne daß man dabei auf die zahlreichen Bedenken und sachlichen Schwierigkeiten überhaupt eingegangen wäre, die im Laufe der letzten Jahre in der Finanzwissenschaft und der praktischen Kommunalpolitik Gegenstand genauer und eingehender Beratung gewesen sind.

Noch schlimmer stand es mit der Frage der Einführung einer Reichsumsatzsteuer. Ueber die prinzipielle Berechtigung einer solchen, über die Frage, wer die Umsatzsteuer trägt, welcher der öffentlichen Körperschaften sie zusteht, über all dies wurde kaum ein Wort verloren.

Am bedauerlichsten war vielleicht die Art und Weise, wie die Steuer auf Wertpapiere behandelt wurde. All die jahrelangen Verhandlungen der Einzelstaaten über die Berechtigung einer Gesellschaftsteuer, die die Erörterungen des Reichstages selbst über die Möglichkeit einer Hebung des heimischen Kapitalmarktes, einer Heranziehung fremden Kapitals, all dies schied für die Mehrheit der Kommission nicht zu existieren. Ohne sachliche Prüfung wurden Beschlüsse gefaßt und Steuerfuge angenommen, von deren Folgen und Tragweite niemand im Augenblick sich Rechenschaft zu geben vermochte. Es braucht nicht erst betont zu werden, daß von einer Ertragsberechnung der neuen Steuern nicht die Rede war. Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, wenn die Erträge der neuen Steuern bereits auf 200 Millionen Mark angegeben werden.“

Der Artikel schließt mit der Hoffnung, daß die Beschlüsse nicht erst ans Plenum gehen, sondern in der Kommission noch begraben werden — eine Hoffnung, die aller Voraussicht nach fest geht, denn es erscheint ausgeschlossen, daß die Kommissionsmehrheit ihre eigenen Beschlüsse in dem Moment verweigert, in dem die Regierung mit Sachmännern die Durchführbarkeit zu erörtern beginnt.

Die Kritik der Berufsvereinigungen an der Reichs-Versicherungsordnung.

Ein außerordentlicher Verbandstag der Berufsvereinigungen, der gestern in Berlin tagte, nahm in sehr entschiedener Weise Stellung zu dem Entwurf der Regierung über die Reform der Arbeiterversicherung. Der Verbandstag wohnte unter anderem dem Reichamt des Innern Ministerialdirektor Caspar und vom Reichsversicherungsamt Geheimrat Seifarth bei. Außerdem waren einige Reichstagsabgeordnete eingeladen und erschienen, u. a. die Abgeordneten Paul-Polstom, Stresemann und Genosse Robert Schmidt vom Zentral-Arbeitersekretariat in Berlin. Die Verhandlung war sehr zahlreich besucht und nahm einen sehr entschiedenen oppositionellen Standpunkt gegen die Regierungsvorlage ein. Fünf Referenten, die über die einzelnen Abschnitte der Vorlage sprachen, sparten nicht mit ihren oft recht heftigen Angriffen gegen die Stellung der Regierung, und was die Referenten versäumten, das holte reichlich die Diskussion nach.

Vertriebt waren die Herren von den Änderungen, die die Berufsvereinigungen berühren, nicht. Vor allem wiesen sie jede Einmischung einer anderen Instanz bei der Rentenfestsetzung oder Rentenherabsetzung zurück.

Das Versicherungsamt, das nach der Vorlage der Regierung die ersten Erhebungen über Rentenansprüche vornehmen soll, wurde als eine Einrichtung erachtet, die keine Gnade vor den Augen der Herren in den Berufsvereinigungen finden kann. Man witterte in dieser Nachbegründung des Versicherungsamtes einen Eingriff in die Selbstverwaltung, das heißt, Selbstherrlichkeit in der Rentenfestsetzung der Berufsvereinigungen. Die Herren konnten sich dabei auf das vorzügliche Lob über ihre bisherige Tätigkeit, das ihnen vom Reichsversicherungsamt in den Jahresberichten gespendet wurde, berufen. Einer Mitwirkung der Arbeiter an der Rentenfestsetzung sprach man jede Berechtigung ab. Direktor Weesmann bezeichnete die Mitwirkung der Arbeiter in der Invalidenversicherung als recht überflüssig nach den bisherigen Erfahrungen und die neue Einrichtung für die Berufsvereinigungen bedinge nur eine neue unproduktive Ausgabe in der Arbeiterversicherung.

Den Bemühungen, das Reichsversicherungsamt zu entlasten, stimmte man zu. Man ging aber nicht soweit wie die Regierungsvorlage, das Reichsversicherungsamt als Rekursinstanz vollständig aufzuheben. Wie weit die Rekursinstanz für die Arbeiter aufgehoben werden soll, darüber ließe sich noch im einzelnen reden. Zu diesem Punkte äußerte sich Justizrat Reiffers zu der Bestimmung, daß Renten von 20 Proz. auf längere Zeit und in Abstufungen festgesetzt werden können. Sehr entschieden mißbilligte aber derselbe Redner die neue Begriffsbestimmung über Erwerbsminderung. Nach der Vorlage soll auf die Ausbildung des Arbeiters bei der Rentenabmessung Rücksicht genommen und erwogen werden, welche Arbeit dem Verletzten im Hinblick auf seine Ausbildung noch zugemutet werden kann. Man befürchtet hier, daß die Berufsinvalidität eingetruht werden könnte und verlangt deshalb die Beibehaltung der bisherigen Auslegung der Erwerbsminderung, die keine Rücksicht nimmt auf die besondere soziale Stellung des Verletzten. — Dagegen wandte man sich dagegen, daß die Rente ruhe, sobald der Verletzte wieder den Verdienst wie vor dem Unfall erreicht. Eine solche Bestimmung würde nach Meinung des Referenten vielfach zu einer minderen Ausnutzung der Arbeitsfähigkeit des Verletzten führen, denn jeder Mehrverdienst des Verletzten käme ja nur der Berufsvereingung zugute. Man versprach sich schon von der bisherigen Rechtsprechung eine genügende Berücksichtigung der Lohnverhältnisse bei Herabsetzung der Rente. — Im Zusammenhange damit wollte man nichts davon wissen, daß der Arbeiter die ihm von der Berufsvereingung nachgewiesene Arbeit annehmen muß; denn damit würde nur bei den Arbeitern, denen sich keine Arbeitsgelegenheit bietet, die falsche Vorstellung erweckt, sie müssen von der Berufsvereingung auch Arbeit erhalten, wenn sich keine Gelegenheit zur Arbeit bietet. Die Übernahme dieser Verpflichtung erschien den Herren doch bedenklich.

Die Herabsetzung des Reservefonds löste bei den Herren große Verwirrung aus, die Berufsvereinigungen sehen hier nach jahrelangen Bemühungen ihre Wünsche in Erfüllung gehen.

Die Ueberwindung der Unfallverhütungsvorschriften wollen die Berufsvereinigungen selbst in der Hand behalten. Direktor Schauffel von der Seeberufsvereingung lobte die humane Bestimmung der Unternehmer, Unfälle zu verhüten; man müsse sich deshalb sehr gegen die Absicht der Vorlage wenden, den Arbeitern ein Stück Aufsichtrecht zu übertragen. Das heißt, die Arbeiterkontrollen einführen. Und da für solche Posten in der Regel Sozialdemokraten gewählt würden, öffnete man der sozialdemokratischen Agitation im Betriebe Tür und Tor. — Auch dem Versicherungsamt will der Redner jede Befugnis absprechen, in diese Sphäre der Verwaltungstätigkeit der Berufsvereinigungen einzugreifen. Der Seeberufsvereingung stand es nach den bisherigen Erfahrungen wohl am wenigsten an, diese Einwände zu erheben, denn aus ihrem Kreise stammt ja der berühmte Ausspruch in bezug auf die Herabsetzung der Unfallverhütungsvorschriften: „Die Welt will betrogen sein.“

Herr Direktor Caspar vom Reichsamt des Innern hatte gegenüber diesen Angriffen einen schweren Standpunkt und seine Bemühungen, den Herren klar zu machen, daß sie in ihrer Kritik zu weit gehen und doch verschiedene Uebelstände bei der Rentenfestsetzung bekannt seien, begegnete nur einem allgemeinen, lebhaften Widerspruch in der Versammlung. In der nachfolgenden Diskussion trat ein Redner nach dem andern mit großer Schärfe gegen die Ausführungen des Vertreters vom Reichsamt des Innern auf. Herr Raurat Felisch sah in der Reichsversicherungsordnung einen Schlag gegen die Selbstverwaltung der Berufsvereinigungen. Der Arbeiter sei nicht der wirtschaftlich schwächere Teil, sondern der Mittelstand, der auch in der Berufsvereingung stark vertreten sei. Die Berufsvereinigungen müssen deshalb jede neue Belastung ablehnen. Raurat Jung, der Vorsitzende einer Eisen- und Stahlberufsvereingung, beschwor die Regierung in hochtönenden Worten, wieder zu den Motiven zurückzukehren, die bei Schaffung der Unfallverhütungsvorschriften maßgebend waren. „Ich glaube“ — so führte der Redner mit starker Betonung aus — „die Regierung treibt heute ein gefährliches Spiel. Wie sind ihr bisher willig gefolgt; wenn sie aber unsere guten Absichten verkennt, dann werden wir uns zurückziehen. Die Folgen, die daraus entstehen, mag sie sich selbst klarmachen.“ — Noch entschiedener äußerte sich Zimmermeister Nieß-Braunshweig, der Vorsitzende der hannoverschen Baugewerksvereingung. Er sieht in der Vorlage einen schweren Eingriff in die Verwaltungsbefugnisse der Berufsvereinigungen. Nachdem Graf Poldakowitsch mit seinen Diktaturgeleuten zurückgetreten ist, sah er zu seinem Erstaunen, daß die Regierung wieder darauf zurückkomme. Nicht mit Unrecht wandle sich dieser Redner gegen die Behozungung der staatlichen Betriebe, die der Aufsicht über die Innehaltung der Unfallverhütungsvorschriften nicht unterstellt werden sollen. Der Redner konstruiert hier ein Sonderrecht gegenüber der Privatindustrie, wofür jede Begründung fehle.

Nach dieser Debatte wurden dann einstimmig die sehr umfangreichen Thesen, die im Sinne der Referate gehalten waren, von der Versammlung angenommen.

Das Ergebnis der Verhandlungen kann man dahin zusammenfassen, daß das Wenige, was die Vorlage zugunsten der Arbeiter enthält, von den Berufsvereinigungen abgelehnt wird, und die Nachteile, die für die Arbeiter aus der Vorlage entspringen, freudige Zustimmung fanden.

Fürst Eulenburgs Badereise.

Die „B. Z.“ am Mittag“ schreibt über die gestern von uns gemeldete Abreise des Fürsten Philipp von Eulenburg, des ehemaligen Vertrauten und Duzfreundes Wilhelm II., nach Gastein:

„Es ist erreicht. Der Riechenberger begibt sich mit Genehmigung der königlichen Staatsanwaltschaft nach Gastein. Es war nett von ihm, nett und korrekt, daß er diese Genehmigung einholte, und es war freundlich von der Behörde, freundlich und human, daß sie sie ohne weiteres erteilte. Warum auch nicht? Was liegt denn schließlich gegen den Fürsten vor? Bagatellen. Weineid, Anstiftung zum Weineid. Man sieht wirklich nicht recht ein, weshalb die objektivste Behörde der Welt dem belanglosen Mann nicht auf seine alten Tage ein kleines Vergnügen gewähren sollte. Vermutlich sieht sie auch auf dem Standpunkt, in Deutschland sei er abkömmlich. Im übrigen wird der ästhetisch geklimate Betrachter ein reines Vergnügen an dem kunstvollen Aufbau der Handlung haben, die der Schloßherr von Riechenberg für sein Drama zu zimmern wußte. Es gelang ihm, nach tiefem Fall Stufe für Stufe wieder emporzusteigen und sich einen immer größeren Bewegungsspielraum zu erringen. Aus der Hölle in ein bequemes Zimmer, aus der Internierung in die Krankenpflege, aus der Krankenpflege ins Almschloß, aus dem Hause seiner Vorfahren in das Getriebe einer noblen Badstadt, in der der lüsterreiche Mann den Besuchern, die aus aller Herren Ländern herbeiströmen, als ein Wundertier gezeigt werden wird.“

„Wir hören, er sei nicht mehr transportfähig und an eine Vernehmung sei nicht zu denken. Transportfähig ist er ja nun wohl wieder geworden. Der Fürst hat die Reise nach Gastein einer anderen Dislokation vorgezogen und man kann sich in seinen Entschluß hineinsehen, denn er hat sich wohl gesagt, daß seine Pöle auf die Dauer doch nicht haltbar sei, und vielleicht auch vernommen, daß der Rölle-Prozess unter erschwerenden Umständen wieder aufleben könne. So hat er denn das Lied angestimmt: „So leb' denn wohl, du süßes Haus“ und ist vergnügt aus ihm hinausgezogen. Wir aber haben das Nachsehen. Der Fürst zu Eulenburg hat der preussischen Justiz ein Schnippen geschlagen und an allen Stammischen wird heute die Frage besprochen, ob die Rechtsgleichheit im preussischen Staate noch so sicher stabilisiert sei wie zu Zeiten Friedrichs des Großen. Was für ein jeder nach seiner Einsicht und nach seinem Temperament beantwortet.“

Die „B. Z.“ muß danach nicht nur die preussische Justiz „zu Zeiten Friedrichs des Großen“ — vielleicht glaubt sie noch immer an das alberne Märchen vom Müller von Sanssouci — sondern auch die heutige noch immer recht hoch einschätzen, wenn sie meint, Eulenburg habe aus Furcht vor einer anderen Dislokation der Justiz ein Schnippen geschlagen. Die preussische Justiz wird vielmehr froh sein, daß der Fürst nach Gastein zieht. Personen des hohen Standes, wie der Fürst Eulenburg, geht die preussische Justiz nicht an den Kragen, zumal wenn eine solche Person aus ihrem früheren Umgange mit Hoch- und Höchstgeborenen noch allerlei Briefe besitzt, die manchen kompromittieren könnten.

Neuer schwedischer Zolltarif.

Der Handelsvertragsverein hat aus dem offiziell gehaltenen neuen schwedischen Zolltarifentwurf, der von der Kommission ausgearbeitet an das Parlament gegangen ist, interessante Einzelheiten erfahren. Während der alte Tarif 741 Positionen enthielt, zählt der neue deren 1291. Es gibt beispielsweise 24 Positionen für elektrische Maschinen und Apparate und mehr als 100 für andere Maschinen. Des Weiteren ist besonders bemerkenswert die Umwandlung zahlreicher Wertzölle in Gewichtzölle. Nur in einzelnen Fällen sind die Wertzölle erhalten geblieben. Die Bruttoverzahlung wird, abgesehen von gewissen Warengruppen, beibehalten. Was die Höhe des Zolles selbst angeht, so ist durchweg eine beträchtliche Steigerung des Zolles zu konstatieren. Nur einzelne geringfügige Ermäßigungen finden sich, und zwar in der Hauptsache bei Artikeln, die für die schwedische Industrie als Roh- und Hilfsmaterialien in Betracht kommen.

Frankreich.

Gegen die Maßregelungen.

Paris, 26. Mai. Der Hauptausschuß zur Verteidigung der Syndikatsrechte der Staatsbediensteten beschloß, beim Parlament behufs baldiger Wiederanstellung der an-

lässlich des letzten Streikes entlassenen Postbeamten Schritte zu unternehmen. Der sozialistische Deputierte Coutant hat dem Ministerpräsidenten und dem Minister der öffentlichen Arbeiten bereits angezeigt, daß er übermorgen einen Antrag auf Amnestierung und Wiedereinstellung der gemäßregelten Postbeamten in der Kammer einbringen werde.

Auflösung der Beamtengewerkschaft.

Paris, 26. Mai. Die Staatsanwaltschaft hat die bei der Seine-Präfektur hinterlegten Statuten des Post- und Telegraphenbediensteten-Syndikats für durchaus geeignet erklärt. Das Syndikat wird infolgedessen aufgelöst werden.

Der Streik der Seeleute.

Marseille, 26. Mai. Der Streik der eingeschriebenen Seeleute dauert fort. Vier Torpedobootszerstörer sind hier eingetroffen, um den Postdienst nach Algier, Tunis und Korsika zu sichern.

Dänemark.

Die Wahlen.

Dienstag fanden die Wahlen zum Folkething statt. Den Hauptpunkt des Wahlkampfes bildete die Verteidigungsvorlage der Regierung, die eine stärkere Land- und Seebefestigung Kopenhagens fordert. Außerdem soll auch Heer und Marine vermehrt werden. Die neuen Forderungen des Militarismus belaufen sich auf 35 Millionen Kronen. Gegen diese Vorlage des Ministeriums Neergard machte die liberale Reformpartei unter Führung des früheren Ministerpräsidenten J. C. Christensen Opposition. Sie lehnt die Befestigung Kopenhagens ab, wollte aber das Geld für Kasernen, Neubauten usw. verwenden. Die Sozialdemokraten, die in der Kammer 24 Sitze innehaben, verlangten völlige Abrüstung. Da Stichwahlen ausgeschlossen sind und das relative Mehr entscheidet, so liegen in Dänemark Wahlkompromisse nahe und auch diesmal gingen die Sozialdemokraten mit den Radikalen zusammen, die die militaristischen Forderungen gleichfalls ablehnen.

Ueber das Wahlergebnis unterrichtet die folgende Depesche aus Kopenhagen, 25. Mai: Bei den heutigen Wahlen zum Folkething verlor die vom ehemaligen Ministerpräsidenten J. C. Christensen geleitete Gruppe der Linken 13 Mandate; die Radikalen gewannen 6, die Rechte 9 Sitze. Die dem jetzigen Ministerpräsidenten Neergard folgende Gruppe der Linken büßte 3 Mandate ein. Die Stellung der Sozialdemokraten ist unverändert. Finanzminister Bruun, Justizminister Høgsbro und Handelsminister Hansen sind durchgefallen. Das neue Folkething setzt sich folgendermaßen zusammen: Linkengruppe des früheren Ministerpräsidenten J. C. Christensen 24 Mandate, Sozialdemokraten ebenfalls 24 Mandate, Linkengruppe des jetzigen Ministerpräsidenten Neergard 19 Mandate, Rechte gleichfalls 19 Mandate, radikale Linkenpartei 15 und Milde 11 Mandate. Von den Milde schließen sich voraussichtlich 6 Christensen, 3 Neergard und 2 der Partei der radikalen Linken an. Da in Odense ein Wahllokal im zweiten Stadtkreise in Brand geriet und die Stimmzählung dadurch verzögert wurde, wird das Ergebnis der dortigen Wahl erst morgen vorliegen.

Türkei.

Der Konflikt mit Bulgarien.

Die Verhandlungen, die Bulgarien mit der Türkei über die Entschädigung führt, die es für die Expropriation der Orientbahn zahlen soll, sind vor kurzem ergebnislos abgebrochen worden. Bulgarien scheint es jetzt wieder einmal mit Drohungen versuchen zu wollen, um zu bewirken, daß die Türkei sein recht geringes Entschädigungsangebot annimmt. Wie ein Telegramm aus Sofia meldet, ist die Entlassung der übermorgen ihre Waffenübung beendenden Reservemannschaften auf Befehl des Kriegsministeriums aufgehalten worden. Angeblich beabsichtigt die bulgarische Regierung, mit dieser Maßnahme einen neuerlichen Druck auf die Pforte zur beschleunigten Regelung der Orientbahnangelegenheit auszuüben.

Todesurteile.

Konstantinopel, 26. Mai. Eine Tode hat folgende Todesurteile bestätigt: über den ersten Eunuchen des früheren Sultans Deschwer, den Zollbeamten Tewfik, den Redakteur des „Volcan“ Luft, den Staatsrat Tojar, den Tabakhander des früheren Sultans Mustafa Arefendilchi, den Oberst Hall, den Beamten im Unterrichtsministerium und Redakteur Fejzi. Der Leibesname des früheren Sultans Kadir Zman Sedki, der Leibarzt Harrebiz Pascha sowie 68 Offiziere, 87 Zivilbeamte und neun Hohen wurden vom Kriegsgerichte freigesprochen. Neu auf die Prinkipolier verbannte Warden-träger des alten Regimes, darunter der frühere Kriegsminister Niza Pascha, der Großmeister der Artillerie Hefli Pascha, der Marineminister Hassan Rahmi, der Minister des Innern Mondub, der Staatssekretär Tadjon, der Kammerherr Nagib wurden ins Kriegsministerium gebracht, degradiert, zur Internierung in einer Festung verurteilt und ihre Vermögen konfisziert. Das Urteil ist bereits sanktioniert.

Uneinigkeft.

Konstantinopel, 26. Mai. Es verlautet, daß zwischen den Militärmachtshabern, der Pforte und dem jungtürkischen Komitee verschiedene Differenzen ausgebrochen seien, weshalb Scherret Pascha die Abreise nach Solomli verschoben habe.

Ein Protest der Albanesen.

Salonik, 26. Mai. Der albanische Zentralklub in Monastir hat im Namen der Mohammedaner und Christen Süd-albanien von der Regierung und dem Großvezir auf telegraphischem Wege Aufklärungen über zahlreiche Verhaftungen gefordert, welche die Zivil- und Militärbehörden im Einvernehmen mit dem Komitee vorgenommen haben. Der Klub erklärt, daß die Albanesen in diesem Vorgehen eine Verletzung der durch die Verfassung gewährleisteten Freiheiten erblicken.

Persien.

Eine russische Anleihe.

London, 26. Mai. Unterhaus. Der Parlamentssekretär Maximon Wood erklärte auf eine Anfrage, die russische Regierung habe beschlossen, an Persien einen kleinen Vorkauf von 50—100 000 Pfund Sterling zu geben daraufhin, daß der Schah es unternommen habe, die Verfassung wiederherzustellen, der Vorkauf solle für die Auszahlung der zu entlassenden Truppen und andere notwendige Dinge verwendet werden. Es gereiche der britischen Regierung zur Befriedigung, daß der Vorkauf der Sache der persischen Reformen nicht schaden und dem gemeinschaftlichen Streben Englands und Rußlands, das verfassungsmäßige Regime in Persien aufrecht zu erhalten, entsprechen werde.

Gewerkschaftliches.

Scharfmacherallüren.

An dem allgemeinen Kongress der Krankenkassen Deutschlands, der am 17., 18. und 19. Mai in Berlin tagte, hat auch ein Vorstandsmitglied der Betriebskrankenkasse der Firma Krupp in Essen teilgenommen. Der Betriebsleitung gefiel nun diese Befichtigung des Kongresses gar nicht. Die Betriebskrankenkassen sind wohl für die Arbeiter geschaffen, aber das gesetzliche Mitbestimmungsrecht wird diesen, ganz besonders in Rheinland und Westfalen, wo die gewerkschaftlichen Organisationen noch schwach sind, durch die wirtschaftliche Macht der Fabrikanten entzogen.

Auf dem Kongress erklärte der Regierungsvertreter, Ministerialdirektor Dr. Caspar: Er könne den Kongress nicht als eine Vertretung aller Klassen anerkennen, weil die Betriebskrankenkassen fehlten. Nach diesen Ausführungen nahm der Delegierte aus Essen H. Coura das Wort, der dem Herrn die bittere Pille eingab, daß die über große Anzahl der Mitglieder der Betriebskrankenkassen vollständig auf dem Boden des Kongresses stehen. Das mußte gerochen werden! Als Coura nach dem Kongress seine Arbeit wieder aufnahm, wurde er nach zwei Stunden zum Ressortchef befohlen. Dieser gab ihm seine sofortige Entlassung bekannt. Selbstredend erhielt er den vierzehntägigen Lohn ausbezahlt. Auf die Anfrage, warum er denn entlassen sei, lautete die Antwort, er sei trotz der Urlaubsverweigerung ferngeblieben. Auf seinen Einwand, dann hätte man ihm doch Urlaub geben sollen, da augenblicklich eine große Anzahl Beisitzer nach Frankfurt a. M. ebenfalls Urlaub bekommen hätten, wurde ihm erwidert, die Beisitzer (Kruppscher Gesangsverein) wären entbehrlich, er Coura nicht. — Und trotzdem die Entlassung! Nun, wir kennen den Text und auch die Melodie, beide sind alt und bekannt.

Coura ist ununterbrochen 14 Jahre auf dem Werk tätig gewesen, ein Zeichen, daß er seine Pflicht getan hat. Uns kann es recht sein, wenn die Firma Krupp die unentbehrlichen Kräfte entläßt und die entbehrlichen Beisitzer behält.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter auf gelochte Bleche erörterten in ihrer am Dienstag abgehaltenen Branchenversammlung die Frage, ob es ratsam sei, den bestehenden Tarif zu kündigen. Nach reiflicher Erwägung des Für und Wider und unter besonderer Berücksichtigung des Umstandes, daß die geschäftliche Konjunktur immer noch ungünstig ist, beschloß die Versammlung in geheimer Abstimmung mit 57 gegen 24 Stimmen, von einer Kündigung des Tarifs abzusehen. Der Tarif läuft nun, wenn ihn die Unternehmer nicht kündigen, ein Jahr weiter.

Die Barbiergehilfen von Potsdam, Rowawes usw. befinden sich in einer Lohnbewegung. Am 24. d. M. nahmen die selbständigen Barbier und Friseur von Rowawes Stellung zu den Lohnforderungen der Gehilfen. Diese, Berlin als Vertreter der Gehilfen begründete eingehend deren Forderungen: wöchentlich 20 M. Lohn, 14stündige Arbeitszeit, eine einstündige Mittagspause und Freigabe der drei zweiten Feiertage. Die Herren Rahn und Strahl wendeten sich, anscheinend im Auftrage der anwesenden sämtlichen Meister, gegen die Forderungen. Der Referent empfahl die Bildung einer Kommission zwecks Verhandlung mit der Organisationsleitung der Gehilfen, um eine Einigung herbeizuführen. Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt. — Da die Arbeitgeber von Potsdam Verhandlungen ebenfalls ablehnen, haben die Gehilfen ihre Kündigung zum Freitag abend eingereicht.

Deutsches Reich.

Beamte als Unternehmeragenten.

Die Firma Richard Saalfeld, Patentisch- und Möbelfabrik in Helmstedt, hat bekanntlich bereitwillig die Unterstützung der Polizeibehörden in ihrem den Arbeitern infolge ihres Vertragsbruches aufgezwungenen Kampfe gefunden. Die Verhängung des Belagerungszustandes über Helmstedt, Verbot des Streikpostensfahrens und ein halbes hundert Sistrungen und Strafmandate haben indes nicht zu betören vermocht, die Streikenden von der Behauptung ihres Rechts abzubringen bezw. Ersatz für sie heranzuziehen. Um das nun auf einem andern Wege fertig zu bringen, erläßt sie jetzt Befehle nach u. n. organisierten Möbelschneidern usw. in der Provinz, General- und Lokalanzeigerpresse. Die Offerten werden durch das Annoncenbureau Rud. Woffe, Cöthen in Anhalt, vermittelt. Auch hierbei hat sie die Unterstützung einer weiteren staatlichen Behörde, nämlich der der Eisenbahn gefunden. Etwaigen sich meldenden Arbeitern erteilt sie nämlich folgende Antwort:

Helmstedt, 24. 5. 00.

Herrn

Auf Ihre Offerte teile ich Ihnen mit, daß Sie bei mir eintreten können.

Da ich mit den organisierten Leuten Differenzen hatte, (I) wollen Sie sich bitte bei Ihrer Ankunft wegen näherer Auskunft an den Perronschaffner wenden.

Aktungsvoll

Berlin-Helmstedter Patent-Tischfabrik

v. Richard Saalfeld/Wodeis.

Stadtmagistrat, Kreisdirektion und jetzt Eisenbahnbehörde werden sich indes vergebens ins Geschirr legen, dem Vertragsbruch der Firma Saalfeld mit ausnahmsweise gültigen Mitteln Anerkennung erzwingen zu wollen. Alle Holzarbeiter der verschiedensten Branchen seien weiter dringend vor Zugang nach Helmstedt gewarnt.

Zur Aussperrung im Tischlergewerbe in Rheinland-Westfalen.

Vor acht Tagen hatten die Arbeitgeber in Bochum beschlossen, sich der Aussperrung im Schreinergewerbe anzuschließen. Den Gehilfen wurde infolge dieses Beschlusses das Arbeitsverhältnis gekündigt. Die Kündigungstermin läuft Sonnabend, den 20. Mai, ab. Nunmehr hat eine neue Arbeitgeberversammlung den Beschluß gefaßt, sich an der Aussperrung nicht zu beteiligen. Der erste Aussperrungsbeschluß wurde für aufgehoben erklärt und die Kündigung zurückgezogen.

Auch in Duisburg haben die drei größten Firmen die Aussperrung aufgehoben. Mit den Arbeitnehmern ist eine Vereinbarung dahingehend getroffen, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit von bisher 10 Stunden auf 11 1/2 Stunden eintritt nebst einer Lohnhöhung um 2 Pf. die Stunde. Sämtliche Aussperrten sind sofort wieder eingestellt worden.

Tariffbewegung im Baugewerbe.

Die beiden Arbeitgeberorganisationen „Der Vierstädtebund“ (Hamburg-Altona-Wandsbek-Harburg) und der „Vund der Maurer- und Zimmermeister“ haben den Organisationen der Bauhilfsarbeiter, Maurer und Zimmerer die Mitteilung gemacht, daß, wenn bei einem ihrer Mitglieder Forderungen gestellt oder es zur Arbeitsvermittlung bei diesem kommt, die Unternehmer eine allgemeine Aussperrung vornehmen werden. Dasselbe ist in bürgerlichen Zeitungen durch Anzeigen bekannt gegeben.

„Der Vierstädtebund“ hat es von vornherein abgelehnt, mit den Arbeitgeberorganisationen in ein Tarifverhältnis einzutreten und beabsichtigt nur eine Arbeitsordnung zu erlassen, zu der die Arbeiter etwaige Wünsche äußern dürfen. Der „Vund der Maurer- und Zimmermeister“ hat wiederholt mit den Vertretern der Arbeiter verhandelt, lehnte es jetzt jedoch ab, irgendwelche Verbesserungen

der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten zu lassen, angeblich, weil der Vund von dem Verbands „Interarbe“ hieran gehindert wird. Die Tarifverhandlungen haben deshalb auch mit dem Vund der Maurer- und Zimmermeister zu keinem Resultat geführt.

Die Organisationen der Bauhilfsarbeiter, Maurer und Zimmerer werden sich in der laufenden Woche mit der Tariffrage in ihren Mitgliederversammlungen beschäftigen. Von den in Betracht kommenden Arbeitern sind 4110 Maurer Mitglieder des Zentralverbandes, 388 Mitglieder der „Freien Vereinigung“ (Lokalorganisation), 68 gehören dem christlichen Verband an.

Nach einer aufgenommenen Statistik ist die Bautätigkeit in Hamburg und Umgegend noch besser als in den Jahren 1906 und 1907, die beide als gute Baujahre bezeichnet werden können. — Wahrscheinlich werden die Arbeiterorganisationen in den nächsten Tagen den Streik beschließen.

Eine gelbe Organisation bei Krupp.

Der nationale Arbeiterverein des Kruppischen Werkes, der schon seit längerer Zeit im Verborgenen blühte, geht jetzt mit einer großen Agitation an die Öffentlichkeit. Er verbreitet u. a. Tausende von Flugblättern, in denen es u. a. heißt:

Der Zusammenschluß der nichtorganisierten Kruppischen Arbeiter sei notwendig geworden gegenüber dem Terrorismus der anderen Organisationen. Wir wollen — so heißt es — daß die Hegereten und Wählereten in den Werkstätten aufhören. Wir wollen nicht mittun, wenn es gilt, die Firma und ihre Einrichtungen zum Wohle der Arbeiter herunter zu machen, weil die Firma sich einen Anspruch auf das Vertrauen der Arbeiter erworben hat.

Es wird dann weiter ein Brief der Firma Krupp veröffentlicht, in dem dem Vereine die weitgehendsten Unterstellungen zugelegt werden. Eine freiwillige Krankenkasse, die bei 50 Pf. Monatsbeitrag 60 Pf. Krankengeld pro Tag auf 28 Wochen zahlt, ist bereits gegründet.

Wahrscheinlich wird diese Gründung nicht haben, sie wird ihre Mitglieder nur unter den älteren, auf Pension hoffenden Arbeitern finden.

Ein böses Walheur

ist dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe für Rheinland-Westfalen passiert. In ihrem Streben, die Öffentlichkeit für ihre Pläne zu gewinnen, ist gerade diese Scharfmacherorganisation in der Wahl der Mittel nie besonders vorsichtig gewesen, wie die Veröffentlichungen im „Vorwärts“ beweisen. Daß man aber so ungeniert mit der Wahrheit umspringen würde, haben wir für unmöglich gehalten.

In den letzten Tagen brachten die bürgerlichen Blätter in ganz Rheinland-Westfalen ein „Eingelant“ des „Arbeitgeberbundes“. In demselben wurde aufs neue versucht nachzuweisen, wie schlechte Kerle die Arbeiterführer sind und dann verläßt, die dritte Öffentlichkeit für das Streben des Bundes zu gewinnen. Wörtlich sagt man dort:

„Am 14. Mai 1908 haben im städtischen Saalbau unter Vorsitz des Herrn Beigeordneten Dr. Wiedfeldt Einigungsverhandlungen für das Holzgewerbe stattgefunden. In dieser Versammlung hatten sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Einzelheiten des abzuschließenden Vertrages, ebenso über seinen Geltungsbereich — er war für den ganzen in Frage kommenden rheinisch-westfälischen Bezirk bestimmt — vollständig geeinigt. Beweis: Das Zeugnis des Herrn Dr. Wiedfeldt, der noch vor wenigen Tagen in einem Schreiben an den Vorsitzenden des rheinisch-westfälischen Arbeitgeberbundes für das Holzgewerbe sein Erlaunen darüber ausdrückte, daß im Holzgewerbe noch immer Schwierigkeiten bestanden, obwohl man ja bei den Verhandlungen unter seinem Vorsitz schon nahezu einig war. Die Verhandlungen scheiterten lediglich daran, daß die Arbeiterführer im letzten Augenblick auf einer bedeutenden Lohnhöhung, und zwar auf 4 Pf., bestanden und außerdem eine Verlängerung der Arbeitszeit (über die man vorher schon einig war) erneut forderten. Die Arbeitgeber hatten sich bereit erklärt, gewisse Lohnausgleiche vorzunehmen, was für verschiedene Orte sogar eine Erhöhung bedeutet hätte.“

Erstens ist nun unwahr, daß man sich jemals „über die Einzelheiten des abzuschließenden Vertrages — vollständig geeinigt“ hatte; nur über einige nebensächliche Punkte wurde eine Verständigung erzielt.

Zweitens haben die Arbeitervertreter einen Vertrag für den ganzen in Frage kommenden rheinisch-westfälischen Bezirk von Anfang an bis heute entschieden abgelehnt! Drittens haben am 14. Mai 1908 Verhandlungen über einen Vertrag für das Schreinergewerbe gar nicht stattgefunden, sondern im vorigen Jahre nur am 12., 19., 20. und 22. Juni, und endlich viertens wurde unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Wiedfeldt über den Inhalt eines Vertrages im Schreinergewerbe überhaupt nicht verhandelt!

Die im Bezirke in Frage kommenden Arbeiterorganisationen — darunter auch die Holzarbeiterverbände — waren zwar für den 24. Februar 1908 zu einer Vorbesprechung nach dem Essener Rathaus eingeladen, doch wurde an diesem Datum über den Schreinervertrag nicht verhandelt, sondern die Vertreter derselben wurden sehr bald entlassen und in Aussicht genommen, nach Beendigung der Verhandlungen im Baugewerbe, den Schreinervertrag zu beraten.

In einem Schreiben vom 4. Juni wurden die Arbeitervertreter zu Verhandlungen am 12. Juni nach Essen eingeladen. Diese Einladung war von Herrn Dr. Wiedfeldt unterzeichnet. Derselbe wurde aber inzwischen in das Reichsamt des Innern nach Berlin berufen und führte an seiner Stelle Herr Assessor Hättner den Vorsitz bei den Verhandlungen.

Wie kommt nun Herr Dr. Wiedfeldt dazu, zu erklären, daß man unter seinem Vorsitz schon nahezu einig war?

Entweder ist der Brief des Herrn Dr. Wiedfeldt, der inzwischen zum Regierungsrat befördert wurde, gefälscht, oder der Herr Regierungsrat hat sich geirrt!

Jetzt versteht man auch, warum der „Arbeitgeberbund“ am Schluß seiner Erklärung sagt:

„Auf weitere Veröffentlichungen der Zeitungsmeldungen einzugehen, dürfte mit Rücksicht auf die vorstehenden Äußerungen überflüssig sein.“

Nichtsdestoweniger wird der Vorsitzende des „rheinisch-westfälischen Arbeitgeberbundes für das Holzgewerbe“ — Herr Siebel-Düsseldorf, oder Herr Regierungsrat Dr. Wiedfeldt so freumblich sein müssen, hier Ausflücht zu geben, oder — man wird sich seine eigenen Gedanken machen müssen.

Auf den Kampf im Holzgewerbe in dem fraglichen Bezirke hat dieser Schwindel keinerlei Wirkung ausgeübt. Die größten Firmen in Duisburg haben die Aussperrung wieder zurückgenommen und eine Verlängerung der Arbeitszeit von wöchentlich 8 Stunden und Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pf. bewilligt, so daß hier nur noch zwei Firmen an der Aussperrung beteiligt sind. In Herne und Bochum haben neuerdings einige Arbeitgeber ihren Arbeitern gekündigt, doch wird auch hierdurch der Gang der Bewegung nicht beeinflusst, wenn auch ferner der Zugang von Holzarbeitern nach Rheinland-Westfalen ferngehalten wird.

Erfolgreicher Streik der Eisenbahn- und Zementarbeiter in Leipzig.

Die Unternehmer haben die Forderungen der Arbeiter bewilligt, und damit ist der mehrere Wochen andauernde Ausstand beendet.

Die Möbelfabrikanten in Würzburg haben bekanntlich ausgesperrt, weil in einem Betrieb die Arbeit eingestellt wurde. Die Arbeitgeber wollen 1 Pf. in diesem und einen weiteren Pfennig Lohnhöhung für das nächste Jahr gewähren. Verlangen aber als Ablauftermin den 11. Februar 1911 und verlangen das Zustandekommen eines Mindestlohnes, worauf die Arbeiter bestehen.

Welche Art einen anderen Ablauftermin und weitere Lohn-erhöhungen verlangen. Erneute Verhandlungen am 22. Mai verliefen aus diesen Gründen wieder ergebnislos.

Gewerbegerichtswahl in Frankfurt a. M.

Von insgesamt abgegebenen 11082 Stimmen erhielten die freien Gewerkschaften 9974 und die Christlichen 1108 Stimmen. Während die ersteren 29 Beisitzer erhielten, kamen auf die Christlichen vier. Das Verhältnis der Zahl der Beisitzer bleibt mithin wie bisher.

Ausland.

Streik der Seelente.

Marseille, 26. Mai. In der gestrigen Versammlung der Seelente wurde ein Telegramm verlesen, worin die Seelente des Hafens von Ciotan ihre Sympathie für die ausländischen Seelente ausdrückte. Die Versammelten beschloßen hierauf die Fortsetzung des Streiks.

Aus Industrie und Handel.

Ein Krach im Ledergerwerbe.

Schon vor einigen Monaten wurde bekannt, daß die Lederfabrik Eyd u. Straßer sich in Finanzalamitäten befinde. Im Verlaufe der Sanierungsverhandlungen hat sich herausgestellt, daß verschiedene falsche Maßnahmen, Beteiligung bei anderen Werken, Anhäufung von Rohmaterialien unter Benützung hoher Dankkredite usw., das Unternehmen an den Rand des Zusammenbruchs gebracht hat. Zuerst glaubte man, die Schwierigkeiten würden durch Zusammenlegung des zwei Millionen Mark betragenden Aktienkapitals im Verhältnis von 3 : 1 und Ausgabe neuer Aktien zu beheben sein. Eingehende Prüfungen ergaben jedoch, daß eine ordentliche Sanierung die Zusammenlegung von 10 : 1 erfordere. Das war für die Aktionäre natürlich eine harte Nuß, und sie verlangten Entgegenkommen von den Gläubigern, besonders von der kreditierenden Bank des Fürsten Fürstenberg, die Berliner Handelsgesellschaft firmiert und über drei Millionen Mark zu fordern hat. Die Bank verlangte über Sicherheiten, die teils durch Verpfändung, teils durch Bürgschaften gegeben werden sollten. Für Pittwoch war eine Generalversammlung einberufen, in der nach langer Beratung folgende Vorschläge unterbreitet wurden: Es geben die Mitglieder des Aufsichtsrates die Erklärung ab, daß sie bis zu 500 000 M. à fonds perdu zeichnen. Die Gläubiger willigen in die beschriebene Stützung ihrer Forderungen. Es bildet sich ferner ein Garantiefonduum, das 800 000 M. neue Aktien zeichnet. Alsdann müßten sich die anderen Aktionäre noch bereit erklären, 800 000 bis 400 000 M. Aktien zu übernehmen. Die alten Aktien werden von 5 zu 1 zusammengelegt.

Damit die Aktionäre zu den Vorschlägen Stellung nehmen konnten, wurden die Weiterverhandlungen bis zum Abend vertagt. Da bei dem Unternehmen zirka 1800 Arbeiter beschäftigt sind, hat die Frage, ob es zum Konkurs kommt, oder ob eine Sanierung den ungehinderten Fortgang des Betriebes ermöglicht, eine besondere Bedeutung. In der Generalversammlung hatten sich zirka 50 Arbeiter eingefunden. Eine Delegation, der man den Zutritt gestattete, hatte den Auftrag, die Aktionäre zu bitten, den Zusammenbruch zu verhindern.

Der Rückgang des Tabakbaues in Deutschland.

Bei der Frage des Tabakbaues sind auch die Interessen der Tabakpflanzer in Deutschland vorgehoben worden, da man den deutschen Tabakbau schätzen und fördern müsse. Wie wenig aber ein Tabakpflanz im Rückgang und das einstige völlige Verschwinden des Tabakbaues in Deutschland zu verhindern vermag, zeigt ein längerer Bericht des Kaplans Olois Veder in Nr. 15 der agrarischen Zeitschrift „Das Land“ über den Tabakbau im Eichsfeld (Hannover). Dort ist der Anbau des Tabaks seit 1894 ständig zurückgegangen, wie folgende Aufstellung zeigt:

Jahr	Zahl der Pflanzler	Größe der bebauten Fläche	Ertrag in Zentnern	Durchschnittspreis
1894	1600	22 298 Ar	10 500	20,— M.
1896	1748	22 886 „	11 500	18,50
1898	555	9 536 „	3 600	20,75
1900	1118	14 264 „	7 000	20,50
1904	1292	15 121 „	5 000	18,50

Trotz des erhöhten Preises gingen also die Preise für den Inlandstabak zurück — weil die Nachfrage nach dem deutschen, wenig genießbaren Tabak nachläßt. Und damit schwindet auch der Anbau, der sich nur noch in der Rheinpfalz einigermaßen zu halten vermag, aber auch von da nach und nach verschwinden wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Interpellation Dubrowin.

Petersburg, 26. Mai. Neununddreißig oppositionelle Duma-abgeordnete haben in der Reichsduma eine Interpellation eingebracht, worin sie die von einem finnischen Gericht ermittelten Tatsachen anführen und betonen, diese Tatsachen zeugten von einer Tätigkeit des Verbandes des russischen Volkes und Beziehungen zur Polizei, die in einem geordneten Staate unzulässig seien. Die genannten Abgeordneten beantragten, die Duma möge anfragen, ob dem Justizminister und dem Minister des Innern bekannt sei, daß der Generalrat des Verbandes des russischen Volkes mit Wissen der Sicherheits- und der politischen Polizei Kampfgesellschaften organisiert habe, die sich mit Revolvern und Bomben versehen und zwar unter Mitwirkung von Polizeibeamten; daß ferner eine ganze Reihe von Mitgliedern des Verbandes gleichzeitig als Agenten der politischen Polizei fungierten, und daß schließlich diese Persönlichkeiten an der Ermordung des früheren Deputierten Herzenstein und Jollos und der Vorbereitung eines Attentats gegen den Grafen Witte und Miljukow teilgenommen hätten unter Mitwirkung des Generalrats des Verbandes und dessen Vorsitzenden Dubrowin. Falls solches den Ministern bekannt sein sollte, so wäre es wünschenswert zu erfahren, welche Maßnahmen ihrerseits ergriffen worden seien, um derartigen verbrecherischen Handlungen ein Ende zu machen.

Die Interpellation wurde in der heutigen Abend Sitzung nach stürmischen Debatten unter beständigem Lärm und gegenseitigen groben Ausfällen seitens der extremen Rechten und der Linken angenommen und einer Kommission überwiesen, der eine dreitägige Frist zur Begutachtung und Wiedereinbringung in die Plenarsitzung gegeben ist.

Angetretener Kassierer.

Bielefeld, 26. Mai. (V. S.) Der Kaufmann Schulte, Rentant der Spar- und Darlehenskasse in Westbarchhausen, Kreis Halle i. Westf. wurde verhaftet. Durch Urkunden- und Wechselräuberei hatte er die Kasse um zirka 600 000 M. betrogen.

Die schwarzen Pöden.

Heilbronn, 26. Mai. (V. S.) Eine Lumpenfortiererin einer hiesigen Papierfabrik, die mit aus Ausland eingekührten Habern beschäftigt war, ist an den schwarzen Pöden erkrankt. Auch bei ihrer Tochter zeigten sich Symptome der Krankheit. Es sind sofort die unvollständigsten Maßnahmen getroffen worden, um eine Weiterverbreitung der Krankheit zu verhindern.

Abgeordnetenhaus.

96. Sitzung, Mittwoch, den 26. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Rheinbaben.

Zunächst werden die Vorlagen über die Veränderung der Grenzen einiger Kreise in den Provinzen Sachsen und Westpreußen und einiger Amtsgerichtsbezirke im Oberlandesgerichtsbezirk Königsberg angenommen.

Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen tritt das Haus in die dritte Beratung der Stempelsteuervorlage ein.

Abg. v. Kries (L.) empfiehlt die Annahme eines von den Parteien der Rechten, dem Zentrum und den Nationalliberalen gestellten Kompromissantrages, wonach die in zweiter Lesung beschlossene Staffellage der Automatensteuer abgeändert wird. Der Jahressteuerfuß für Automaten soll nach dem neuen Antrage 1 Mark betragen, wenn der Rohwert des Automaten nicht mehr als 30 M. und er soll 2 M. betragen, wenn der Rohwert 30 bis 50 M. beträgt. Der Redner begründet einen weiteren Antrag der Konservativen, die Fahrabsteuer allgemein auf 1,50 M. festzusetzen mit der Maßgabe, daß für Räder von Arbeitern, Schülern und für zu gewerblichen Zwecken benutzte Räder die Steuer bis auf 50 Pf. ermäßigt werden kann. Die Konservativen würden unter allen Umständen an der Fahrabsteuer festhalten und deshalb einen freisinnigen Antrag Gehling auf Befreiung der Fahrabsteuer ablehnen. Die Steuer sei weder antisozial, noch werde ihre Durchführung begatorisch wirken. (Unruhe links, Weisfall rechts.)

Abg. Waldstein (fr. Vg.): Es ist unerhört, hier ohne weiteres Anträge zur Beratung zu stellen, deren finanzielle und soziale Wirkungen gar nicht übersehen werden können. Dies Verfahren führt zu einem völligen Wirrwarr. Sie (nach rechts) haben die Rieten der kleinen Gewerbetreibenden höher belastet als die Pächten bei der Landwirtschaft. Das nennen Sie Mittelstandspolitik. (Unruhe rechts.) Dagegen haben Sie den Jagdpachtstempel herabgesetzt zugunsten der „armen Jagdpächter“. Dies Vorgehen der Rechten ist ganz unsozial. (Bravo! links; Unruhe rechts.)

Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben: Einer unbilligen Belastung der Arbeiter würde ich nicht zustimmen. Aber bei einer Radfahrsteuer von nur 50 Pf. kann man doch unmöglich von einer drückenden Belastung sprechen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Auch den neuen Antrag kann ich nur unterstützen.

Abg. Leinert (Soz.):

Nachdem über die Fahrabsteuer namentlich die Abstimmung beantragt ist, haben Sie (nach rechts) sich wohl gesagt: „Auf einen Schein anderthalb“ und beantragen die Erhöhung der Steuer auf 1,50 M. Freilich sollen Räder, die für gewerbliche oder berufliche Zwecke oder von Schülern benutzt werden, nur eine ermäßigte Steuer von 50 Pf. zahlen. Aber die Steuerbehörde wird diesem Kasus eine andere Auslegung geben als Sie. Sie wird sagen, der Arbeiter braucht das Rad ja nur, um zur Arbeit zu fahren, und das ist kein gewerblicher Zweck. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Nach dem Wortlaut Ihres Antrages wird die Steuerbehörde das so auslegen. Der Finanzminister wollte vom Jagdpachtstempel absehen und wies auf die Ermäßigung des Stempels bei Mietverträgen hin. Dabei sollen jetzt auch mündliche Mietverträge versteuert werden, die früher frei waren; also auch hier tritt eine neue Belastung ein. Sie (nach rechts) sagen, Sie lassen sich von Ihren Grundfragen nicht abbringen. Diese Grundfragen bestehen darin, die Lasten, die Sie zu tragen haben, auf die Schultern anderer abzuwälzen, und davon lassen Sie sich allerdings auch bei der Beratung des Stempelsteuergesetzes nicht abbringen. (Sehr gut! links.) Sie haben es dahin gebracht, daß mehrere hunderttausend Mark aus den Jagdpachtverträgen nicht in die Staatskasse fließen. Dabei spielt auch ein zehnprozentiger Stempel bei den hohen Pächten gar keine Rolle, und kein reicher Mann, der die Jagd benutzt, würde sich dadurch von seinem Vergnügen abbringen lassen, lediglich aus Liebhaberei werden Jagden gepachtet, die durchaus nicht den Preis aufbringen. Bei den Radfahrern aber ist in den allerersten Fällen von einer Liebhaberei die Rede. Der Abg. Vidde sagte zwar, wer ein Rad hat, dem geht es gut, der hat auch Geld. Viel richtiger wäre es zu sagen: Wer eine Jagd pachtet kann, dem geht es gut! Sie

haben ja gar keinen Begriff davon, wie die Arbeiter zum Eigentum eines Rades kommen. Oft kaufen sie ein ganz altes, unbrauchbares für 5, 6 und 10 Mark, oft auch ein neues auf Abzahlung, weil sie nicht in der Lage sind, es auf einmal zu bezahlen. Man soll noch

1,50 Mark Stempel jährlich

darauf gelegt werden. (Zuruf rechts: 50 Pfennig!) Ach, reden Sie doch nicht von 50 Pf., Sie wissen ja gar nicht, wie die Steuerbehörde entscheiden wird. (Sehr richtig! links.) Sie erklären es für ausgeschlossen, daß die Polizeibeamten auf die Radfahrer Jagd machen werden, um die Steuer zu kontrollieren. Bei der Art, wie die Radfahrer öfter von Polizeibeamten behandelt werden, sind solche Jagden im Februar und März mit tödlicher Sicherheit zu erwarten. Sollen übrigens neben den Steuerarten noch diejenigen Karten bestehen bleiben, die auf Grund der Verordnung des Ministeriums ausgegeben werden und die heute schon mit 20, 30 und 40 Pfennig bezahlt werden? Sie schütteln den Kopf, aber ich habe meine Karte auch mit 40 Pfennig bezahlen müssen. Heute sagen die Herren rechts, die Radfahrsteuer sei ja nicht drückend. Ist sie aber einmal eingeführt, so werden Sie jeden Augenblick bereit sein, sie noch zu erhöhen. Bei der Radfahrsteuer fürchteten Sie ja auch eine Erhöhung. Wenn sie erst einmal da wäre, der Finanzminister wies auf die Fahrabsteuer für Helsen hin. Wenn irgendwo in einem der deutschen Vaterländer ein schlechtes Gesetz gemacht ist, das die Rinderdemitteln belastet, sieht man sich in Preußen sofort auch nach diesem Gesetz. Warum nehmen Sie nicht gute Gesetze aus anderen Bundesstaaten? Warum nicht das bayerische Jagdgesetz? (Sehr gut! links.) Herr v. Rheinbaben sagte: „Wir, die wir hier im Hause sitzen, werden vom Jagdpachtstempel nicht getroffen, denn wir haben eine eigene Jagd.“ Warum führen Sie dann nicht eine Abgabe für den Jagdbesitz ein! (Sehr gut! links.) Damit könnten Sie zeigen, daß Sie etwas für die Finanznot des Staates übrig haben. Aber das fällt Ihnen nicht ein. Die Radfahrsteuer bedeutet für die größte Anzahl der Arbeiter auch das Opfer einer Stunde Arbeitszeit. Opfern Sie doch einmal eine Stunde Ihres Einkommens für den preussischen Staat! Wenn Sie schon den Verkehr belasten wollen, so führen Sie Steuern auf Automobile, Equipagen, Reitpferde und dergleichen ein. Es liegt ja auch ein Antrag der Freisinnigen vor, jedes Reitpferd mit 30 M. zu besteuern, ein ziemlich geringer Satz, wenn man den Wert des Reitpferdes mit dem des Rades vergleicht. Der Stempelsteuertarif, wie er hier gefaltet wird, entlastet die agrarischen Kreise und belastet die Arbeiterkreise und bildet so ein Dokument für eine echt preussische Gesetzgebung, die nur in einem Parlament zustande kommen kann, das auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählt ist. Wer eine derartige Gesetzgebung nicht will, muß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht verlangen. (Unruhe rechts), damit Sie, die Sie die Arbeiter belassen, endlich einmal aus diesem Hause herauskommen. (Große Unruhe rechts. Bravo links.)

Zunächst ist ein Antrag Gehling (fr. Vg.) eingegangen, der für den Fall der Genehmigung der Fahrabsteuer einen Reistempel von jährlich 30 M. verlangt. Geheimrat Hummel: Auch im Auslande bestehen Fahrabsteuern, die sich gut behörden. Das Publikum, das durch die Radfahrer belastigt wird (Stimmlicher Widerspruch links), kann eine Sonderbesteuerung der Radfahrer verlangen.

Abg. Herr v. Rheinbaben (L.): Die Ausführungen der Herren Leinert und Waldstein passen mehr für eine Volksberaumung als für dieses Haus. (Unruhe links.) Unsere Beschlüsse bedeuten keine Ermäßigung, sondern eine Erhöhung des Jagdpachtstempels, das sollte Herrn Leinert doch klar sein. Die Härte der Radfahrsteuer könnten die Sozialdemokraten den Arbeitern leicht ersparen, wenn sie einen entsprechend geringeren Beitrag zur Parteikasse erheben. (Seiterkeit rechts.) Wir halten den Verzug des Arbeiters hoch und sehen im Arbeiter unseren Freund. (Bravo! rechts.)

Finanzminister v. Rheinbaben: Ein Arbeiter, der das Rad braucht, um zur Arbeitsstelle zu fahren, zahlt selbstverständlich nur die ermäßigte Steuer, auch wenn er es nebenher einmal zu einem Vergnügungsausflug benutzt.

Abg. Wilmann (natl.) wendet sich entschieden gegen die Radfahrsteuer. Es ist bezeichnend, daß sie vom Zentrum beantragt ist und dann die Zustimmung der Rechten und der Regierung gefunden hat. Der Bundesrat hat noch 1907, als der Plan einmal auftauchte, erklärt, das Fahrrad als das Transportmittel des armen Mannes

musse von allen Belastungen und Steuern verschont bleiben. (Gut! hört! links.)

Finanzminister Herr v. Rheinbaben bestritt, daß der Bundesrat sich so ausgesprochen habe, und wiederholt, daß die Fahrabsteuer für niemand eine Belastung böte.

Hierauf wird ein Schlussantrag angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Waldstein (fr. Vg.): Ich konstatiere, daß Herr v. Rheinbaben mich persönlich angegriffen hat und daß dann von der Rechten die Debatte geschlossen wurde. (Sehr richtig! links.)

Abg. Herr v. Rheinbaben (konf.) bestritt, den Abg. Waldstein persönlich angegriffen zu haben.

Abg. Leinert (Soz.): Abg. Freiherr v. Rheinbaben hat mir unterstellt, ich hätte gesagt, die Stempel für Jagdpachtverträge seien herabgesetzt. Ich habe nur betont, daß sie der Regierungsvorlage gegenüber von der Rechten herabgesetzt sind, und das ist richtig. (Zustimmung links.) Weiter hat Herr v. Rheinbaben sich über meine Erregtheit beschwert. Diese ist in dem Augenblick gekommen, als Sie (nach rechts) mich in ganz ungehöriger Weise unterbrochen haben. (Sehr richtig! links.)

In der Spezialberatung wird der Kompromissantrag bezüglich der Automatensteuer angenommen, ebenso ein freisinniger Antrag Waldstein auf Freilassung der Kommissionsnoten von der Besteuerung.

Bei der Tarifstelle „Radfahrsteuerarten“ liegen die schon erwähnten Anträge vor.

Abg. Humm (fr. Vg.) wendet sich nochmals gegen die Fahrabsteuer. Wie konnte gerade das Zentrum diese Steuer verlangen, das doch behauptet, Laufende von Arbeitern hinter sich zu haben! Die Abgg. Schmieding (P.) und v. Tilly (L.) bestritten nochmals die Fahrabsteuer in Höhe von 1,50 M.

Abg. Weisly (natl.): Schon technisch ist die Fahrabsteuer gar nicht durchgearbeitet. Wer soll sie denn bezahlen bei vermieteten Rädern?

Abg. Ernst (P.): Ich werde mit einem Teile meiner Freunde gegen die Fahrabsteuer stimmen.

Damit schließt die Diskussion.

Die Abstimmung ist auf Antrag des Abg. Dr. Gehling (fr. Vg.) namentlich.

Die Fahrabsteuer in Höhe von 1,50 Mark für Räder zu gewerblichen Zwecken in Höhe von 0,50 Mark wird mit 128 gegen 107 Stimmen angenommen.

Die Rechte begrüßt dies Ergebnis mit lebhaften Bravo!-Rufen. Zur Annahme gelangt ferner ein Antrag Dr. v. Kries (L.), wonach die Fahrabsteuer für mehrere Jahre vorausbezahlt werden kann.

Ein Antrag der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung fordert eine Reistempelsteuer von 30 M. jährlich für jedes Reitpferd.

Abg. v. Tilly (L.): Der Antrag ist in keiner Weise durchgearbeitet, er fordert die sinngemäße Uebersetzung der Bestimmungen bei der Radfahrsteuer. Wie soll das möglich sein bei der Ermäßigung der Räder zu gewerblichen Zwecken.

Abg. Waldstein (fr. Vg.): Den Antrag durchgearbeiten waren wir ja gar nicht in der Lage, er ist ja die logische Folge der Fahrabsteuer. Die endgültige Fassung überlassen wir vertrauensvoll dem Herrenhaus.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Die neuen Steuern dieses Gesetzes sind sämtlich nicht durchgearbeitet, auch die Automatensteuer nicht, und vor allem nicht die Fahrabsteuer. Die Herren rechts schütteln in einem andern Hause ja mit der Wertwachsteuer ohne weiteres 80 Millionen aus dem Kessel. Sie haben also gewiß kein Recht, sich über nicht genügende Durcharbeitung einer Steuer zu beschlagen. (Lebhafter Zustimmung links.) Auch ich vertraue der Weisheit des Herrenhauses bezüglich der endgültigen Fassung. Wir sind höflich gegen das Herrenhaus, trotzdem dort gegen das Abgeordnetenhaus Angriffe gerichtet werden, die, wenn wir sie auch nur verlesen wollten, von den Herren Präsidenten als ungeschicklich zurückgewiesen würden. (Lebhaftes Sehr gut! links.)

Abg. Dr. Arendt (L.): Man kann den Antrag gar nicht ernst nehmen. (Große Unruhe links.) Der ihm zugrunde liegende Gedanke ist allerdings erlösend.

Abg. Waldstein (fr. Vg.): Der Antrag ist durchaus ernst gemeint. Bei den Radfahrern haben Sie sich über die Schwierigkeiten der Fassung leicht hinweggesetzt. Uebrigens beantrage ich zunächst Verweisung des Antrages an eine Kommission. Daß

Kleines Feuilleton.

Die Schönheit der Indianermusik. Im Auftrage des nationalen Bureaus für Ethnologie in Washington hat Miss Alice Fletcher, die sich als Erforscherin der indianischen Volkskunde bereits einen Namen gemacht hat, neuerdings eine große Zahl indianischer Gefänge mit dem Phonographen aufgenommen, so daß nunmehr die Gelegenheit geboten ist, die Musik der Rothhäute eingehend zu studieren. Miss Fletcher stieß keineswegs auf Schwierigkeiten, da die Indianer in den Reservatgebieten der Aufnahme ihrer Lieder nicht nur keine Schwierigkeiten bereiten, sondern sich sogar eifrig um eine möglichst exakte Wiedergabe bemühen, weil sie sich wohl durch die Aufmerksamkeit, die man ihrer Kunst zollt, sehr geschmeichelt fühlen. Sie hatten in der Tat alle Veranlassung, auf ihre Musik stolz zu sein; denn alle Musikkenner, die Gelegenheit erhielten, sie in der Wiedergabe des Phonographen zu hören, sind von ihrer Schönheit überrascht und bewundern sie aufrichtig. Diese Indianermusik, die bisher im allgemeinen für roh und monoton gehalten wurde, zeigt dem tiefer dringenden Kenner eine hochentwickelte Kunst, die — was ganz besonders überraschend wirkt — Analogien mit der Musik unserer modernsten Komponisten aufweist. Insbesondere erinnert ein „Hymnus, „Wo-Way“ (Friedensfeier) genannt, ganz schlagend an eines der charakteristischsten Motive Richard Wagners! Die indianischen Rhythmen sind oft nicht weniger kompliziert und nuanciert wie die eines Schumann oder Chopin. Eine rhythmische Eigentümlichkeit, die stark auffällt, ist die häufige Verwendung einer kurzen Note, die durch einen Trommelschlag markiert wird und merkwürdig an die alte schottische Volksmusik erinnert. Auffällig ist ferner das Fehlen von Variationen eines gegebenen Themas, was jedoch nicht hindert, diese Themen mit tausend Hilfsmitteln und immer neuen Wendungen zu entwickeln, von deren Reichtum die modernen Komponisten Nutzen ziehen könnten. Die indianische Musik entbehrt des Potentialschlüssels; trotzdem ist die Sicherheit und die Präzision, die die Rothhäute in ihren Notenkombinationen zeigen, betwundernswert. Ihre Zusammenhänge befehlen nicht etwa, wie man wohl behauptet hat, das Ohr des gebildeten Musikers, sondern sie üben einen ganz seltsamen Reiz aus. Jeder Indianerstamm hat Hunderte von Gesängen: heitere und traurige Lieder, religiöse, Kriegs- und Liebeslieder, die vom Vater auf den Sohn überliefert werden, ohne daß sie jemals auf irgend eine schriftlich festgehalten würden; aber die Indianer setzen einen besonderen Stolz darin, eine möglichst große Zahl dieser Lieder zu kennen und sie ohne jeden Fehler zu singen.

Lehnsität und Grammatik. Aus Straßburg wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: „Man hat schon längst die Entdeckung gemacht, daß die deutsche Grammatik nicht genügt, um der Sprache eines Deutschen diejenige Ausdrucksfreiheit zu gewähren, die echte Zivilisierte über den simplen Durchschnittspatriotismus hinausgehend und seit langem bemühen sich die Edelsten der Nation, nach dieser Richtung schöpferisch und sprachbildend tätig zu sein. Die „Frankfurter Ztg.“ hat diesen Bestrebungen von jeher ihre erste Aufmerksamkeit zugewendet,

wenn sie auch nicht immer das notwendige Verständnis für das Gezielte zeigte. Sie wird mir aber unzweifelhaft aus vollem Herzen zustimmen, wenn ich ihr im folgenden zeige, daß ein großer Schritt in der Entwicklung unserer Sprache zu einer glänzenden Höhe lokalen Ausdrucks nunmehr getna scheint. Bei der Einweihung des Kaiser Friedrich-Denkmales in Weh hielt der Geheimen Regierungsrat Herrmann die Rede vor dem Prinzen August Wilhelm, dem Sohne des Kaisers; darin kamen nach der Wiedergabe in der amtlichen „Straßburger Korrespondenz“ folgende Stellen vor: „Für diese Gnade bitten Eure Königliche Hoheit wir ehrerbietig...“ und: „Aun bitte Eure Königliche Hoheit ich untertänigst...“ Zum ersten Male ist hier die Inversion, d. h. die Umstellung von Worten zu stilistischem Zweck, im Dienste loyaler Staatsbürgergesinnung verwendet. Längst war es für wirklich patriotisch empfindende Männer ein tiefgefühltes Bedürfnis, auch im Sätze höher gestellten Personen den Vortritt zu lassen. Dies ist jetzt erledigt. Heil dem Geheimen Oberregierungsrat Herrmann! Wir wagen nicht zu prophezeien, aber ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten bieten sich uns: Bald werden wir in Neben, deren einziger Zweck die Demonstration einer brauchbaren Gesinnung ist, die störenden persönlichen Hirnwörter ganz weglassen, sie etwa durch ein diskretes Hässeln oder durch ein Scharren mit dem Radschuß andeuten. Im Druck könnte man sie durch ein besonderes Zeichen, etwa eine Null, ersetzen. — Doch dies sind nur Vorschläge; auf jeden Fall bitte „Sie ich“, Herr Geheimrat, fahren Sie nur so fort!

Theater.

Charlottenburger Schillertheater. „Weslers Millionen“, Lustspiel in 4 Akten von W. Smith und W. Dingle. Dem von ein paar Amerikanern nach einem amerikanischen Roman zusammengezimmerter Stücke ist durch die Aufnahme ins Schillertheaterrepertoire, wenn auch nur als Sommerstück, unverdiente Ehre widerfahren. Die Bezeichnung Lustspiel, die doch irgendwelche feiner verklärte Durchführung eines Notids erwarten läßt, wirkt hier wie Selbstironie. Die Mittel, die die Autoren anwenden, sind plumper als in einem halbwegs geratenen Dugend-sawant und spekulieren, was noch schlimmer, auf arg snobistische Instinkte. Das renommierte Weslager, mit dem die sinnlose Verschwendungswucht eines sechsundzwanzigjährigen Wärschens, des leitenden Kopfes im Verein der „Kredulenz“ geschildert wird, erinnert in dem Ton gedankenlosen Stumpfsinnes an den Geist, der etwa in Hof- und Bestirbungen des „Lokal-Anzeigers“ weht. Die unmöglichen Voraussetzungen, auf denen sich die Handlung aufbaut, hätten eine Entschuldigend gehabt, wenn sie einer würdig höhnenden Satire auf den Progenitus der Dollarkönige zur Grundlage gedient hätten. Aber die Idee, daß sich dem Einfall eine solche Wendung geben ließe und daß er, wenn überhaupt, allein hierdurch ein Interesse erhalten könnte, scheint den Verfassern nicht im Traum gekommen zu sein, oder sie sind ihr — bewußter Kalkulation auf das Geschäft — im weiten Vogen aus dem Wege gegangen. Dem Helben, der eben erst von seinem Großvater ein paar lakonische Mark-Millionen geerbt hat, wird durch die Weisheit eines anderen Erblassers die Aufgabe zuteil, dieses Geld im Laufe eines Jahres

durchzubringen. Wenn ihm das gelingt, erhält er laut Testament das zehnfache seines jetzigen Reichtums zum Lohne. Aber deshalb sind der verstorbene Herr Dufel, der diese Bestimmung getroffen hat, und der Herr Reffe, der sich ihr unterwirft, beide keine Postemaren und kompromittierliche Karikaturen der oberen Zehntausend, wie sie etwa in Pariser Säulenhallen herumlaufen — vielmehr echte, rechte Gentlemen. Die Verschleierung des grob-würdigen Vermögens soll nämlich die gerechte Strafe sein für die Schlechtigkeiten, die der Großvater an des Oheims Schwester, Weslers Mutter begangen hat!

Daraus erklärt sich jene Klausel, und darum bleibt auch Wesler selbst in allen Handlungslagen der Verschwendung immer — respektabel, ein edler Sohn und dito edler Gatte für die Zukunft. Nach dieser eingefügten, abgeschmackten Sentimentalität kann man sich eine Vorstellung von der Richtung und Ziellosigkeit der Späße, von der spießbürgerlichen Platitude des Ganzen machen.

Die Aufführung brachte eine sehr hübsche Schiffdecoration und wurde eifrig befaßt.

Humor und Satire.

Philii.

Schon wieder macht den Gerichten Kerger Philipp, der edle Liebenberger: Von wegen dem eigenen Unwohlsein Weilt er zur Rad in Gastein. Der Staatsanwalt, der Justizminister, (Katholisch unparteiisch ist er) In diesem schwierigen Fall befragt, Haben die Kaufleute streng befragt: Nicht kompetent wären die beiden, Einzig berechtigt zu entscheiden wäre nach strenger Observeanz „Die höchste ärztliche Instanz“. Nur ruhig! Keine Uebereilung! denn solches hohen Herren Heilung Währt eine kleine Ewigkeit Und überdauert Raum und Zeit. Es lebe die Gerechtigkeit! red.

Notizen.

— Der siebente internationale Kongress für angewandte Chemie beginnt heute in London. Ungefähr zweitausend Teilnehmer haben sich angemeldet. — Entenmonat. Die frühesten Getreideernte in Europa findet im Juni statt, und zwar in Spanien, Portugal, Italien, Griechenland und einem Teile von Frankreich; die spätesten im Oktober; in den Finnmarken. In außereuropäischen Ländern wird aber auch schon im Januar geerntet, so in Australien, Neuseeland, Chile und Argentinien. Von da ab könnten wir uns in jedem Monat in einem anderen Lande an der Ernte beteiligen bis zum November. November und Dezember sind die einzigen Monate des Jahres, wo nirgends auf der Erde Getreide geerntet wird.

Im Herrenhause Verständnis für diese Frage herrscht, beweist der Umstand, daß dort unüberwunden geblieben ist, das einzige Gewerbe, welches gegenwärtig prosperiert, sei die Landwirtschaft. (Sehr gut! links.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag, den Antrag an die Kommission zu verweisen, wird abgelehnt, und dann auch der Antrag selber. Für ihn stimmen auch einige Mitglieder des Zentrums und der Rechten. Der Rest des Gesetzes wird nach unwesentlicher Debatte angenommen, und in der Gesamtabstimmung das ganze Gesetz.

Teils behaltend, teils nach unwesentlicher Debatte werden dann in dritter Beratung die Gehaltswürfe betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel (16 Millionen) zur Verbesserung des Wohnungsverhältnisses von Staatsarbeitern und geringfügig bedienten Beamten angenommen, ferner der Entwurf, betreffend den Anschluß von Lehrpersonen an öffentlichen nichtstaatlichen mittleren Schulen an die Alterszulagenklasse der Volksschullehrer angenommen, ebenso der Entwurf, betreffend das Höferecht der Provinz Hannover in zweiter und dritter Beratung, sowie der Entwurf, betreffend die Erweiterung des Landpolizeibezirks Berlin, welchen die Landgemeinde Strausau hinzutreten soll.

Dann begründet Abg. Weiser (Z.) eine Interpellation, was die Regierung zu tun gedenke, um die Anlieger, welche bei der Probabnahme der Kalfperre an der Wästel am 4. Mai 1909 schwer geschädigt sind, zu entschädigen und zu beruhigen.

Landwirtschaftsminister v. Rehm-Criewen: Bei der Abnahme hat sich eine Öffnung als zu groß erwiesen und dadurch ist die Ueberflutung entstanden. Für die Zukunft besteht gar keine Gefahr; die Geschädigten werden vollen Schadenersatz erhalten.

Eine Reipredung der Interpellation wird nicht beantragt. Hierauf verlegt sich das Haus auf Donnerstag, 11 Uhr. (S.-Lundbörsvorlage, kleinere Vorlagen, Initiativanträge.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Die geschichtliche Stellung der Frau.

Genossin Klara Zetkin hielt am Dienstag in Frechers Festhällen den vierten ihrer Vorträge. Das Thema lautete: „Charakter und Konsequenzen der proletarischen Frauenarbeit.“ Vorher ergänzte sie ihren letzten Vortrag in einigen Punkten, die sie am Freitag wegen vorgerückter Zeit nicht hatte behandeln können. Genossin Zetkin verwies auf den Siegeszug, den die Frauenarbeit, sowohl die bürgerliche wie die proletarische, genommen hat, und gab einen Ueberblick über die Tätigkeitsgebiete, die sich die bürgerliche Frau erobert hat. Was nun die Berufstätigkeit der Frau überhaupt betrifft, so tritt mit ihrem Anwachsen zur Massenerschließung klar hervor, daß der Massen Gegensatz auch in der Frauenwelt vorhanden ist. Die Berufstätigkeit tritt unter den Mannkreisen der Klassenlage. Bei der Erweiterung der Berufssphäre der Frauen, bei ihrem Einbringen in die verschiedensten Berufe, tritt ein Unterschied zwischen den proletarischen und den bürgerlichen Frauen zutage. Da die Steigerung des Profites der Lebensnerv der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft ist und der Wettbewerb der Frauenarbeit ihm günstig erscheint, bewillt sich die bürgerliche Gesellschaft, den Wettbewerb in allen Zweigen durchzuführen. Es vollzieht sich auch fast kampflös die Erweiterung der Berufssphäre der Proletarierinnen. Anders bei den bürgerlichen Frauen, die Berufe ergreifen, deren Ausübung an sich als Vorrecht erscheint. So sehen wir, daß es der bürgerlichen Frau einen zähen Kampf mit dem Manne ihrer Klasse kostet, sich einen Anteil an jenen Berufen zu erkämpfen. Sie muß für das Recht auf Arbeit und Bildung kämpfen. Die proletarische Frau als Berufsarbeiterin muß auch kämpfen, aber nicht für das Recht auf Arbeit, sondern für das Recht der Arbeit, nämlich gegenüber dem kapitalistischen Ausbeutertum. — Rednerin legt dar, wie mit Naturnotwendigkeit die bürgerlichen und die proletarischen Frauen zu der Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne kommen müssen. Praktisch stellt sich die politische Gleichberechtigung als ein Mittel dar, Macht auszuüben zur Herbeiführung von Rechten, auf die die Frau gemäß ihrer heutigen wirtschaftlichen Stellung Anspruch hat. Dasselbe Forderung hat aber einen ganz anderen Sinn für die Proletarierin als für die bürgerliche Frau. Nicht die ganze bürgerliche Frauenwelt steht geschlossen hinter der Forderung und die verschiedenen Arme der bürgerlichen Frauen treten mit verschiedener Energie dafür ein. Das Maß dieser Energie sieht im umgekehrten Verhältnis zu der Klasse, die der Forderung spielt. Den Frauen der oberen Zehntausend gibt ihr großer Geldbeutel und ihr großer sozialer Einfluß auch ohne politische Rechte die Möglichkeit, ihre Bedürfnisse in der Gesellschaft durchzusetzen. Anders im Mittelbürgertum und in der Untertugend. Je mehr die Frauen gezwungen sind, ihre eigene Arbeit zur Grundlage zu machen, um so bedeutender wird für sie das Stimmrecht. Es erweist sich als Hammer, um soziale und rechtliche Schranken zu zertrümmern. — Und die Befähigung? Sie sehen, was sich hinter der Forderung verbirgt, die früher gemeinhin lautete: Gleiches Recht für Frauen unter denselben Bedingungen, wie die Männer es besitzen. Das bedeutet nichts anderes, als daß den Frauen der bestehenden Klassen die gleiche politische Macht zuerkannt werden solle, als es die bestehende Männerklasse auch hat. Das bedeutet nicht ein Wahlrecht für die Frau als Persönlichkeit, sondern ein Wahlrecht des Besitzes. Unter dem äußeren demokratischen Mantel verbirgt sich eine plutokratische Seele. Ganz anders fassen wir die politische Gleichberechtigung auf. Nichts wäre törichter, als wenn das Proletariat seine Wahlrechtsforderung so auffassen wollte, daß man vielleicht als eine Abschlagszahlung das beschränkte Frauenwahlrecht betrachten könnte. Nein, das beschränkte Frauenwahlrecht ist eine Schranke gegen die politische Emanzipation sowohl des weiblichen wie des männlichen Proletariats.

Rednerin führt Beispiele aus der neueren Geschichte an und bemerkt: Die bürgerliche Frauenbewegung ist eine bloße Reformbewegung, die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zugunsten des weiblichen Geschlechts reformieren will, sich aber dagegen sträubt, daß die Bevorrechtung der bürgerlichen Klassen angefochten wird. Dagegen will die proletarische Frauenbewegung das weibliche Geschlecht gleich ausgerüstet wie das männliche auf den Plan des Klassenkampfes stellen, um zunächst der bürgerlichen Gesellschaft Reformen abzudrängen, dann aber diese zur Stärkung des Proletariats verwenden und es kampffreudiger machen, damit es die kapitalistische Gesellschaft beseitigen könne. — Eingehend beschränkte sich die Rednerin dann mit der proletarischen Frauenarbeit und schilderte, wie einerseits die Technik, dann das kapitalistische Profitbegierden und die Not des Proletariats beitragen, die Frauenarbeit als Massenarbeit aufzutreten zu lassen. Das Kapital nimmt keine Rücksicht auf das Menschentum, keine Rücksicht auf das Weibtum. Im Gegenteil rechnet das Kapital damit, daß die Arbeiterin einen Teil ihres Lebensunterhalts als Weib gewinnt, sei es nun in der Ehe oder auf dem Markt der Prostitution. — Rednerin zeigt die Einwirkung der Frauenarbeit nach verschiedenen Richtungen hin, legt den ursächlichen Zusammenhang zwischen Prostitution und kapitalistischer Wirtschaft klar und machte auf die gesundheitlichen Gefahren aufmerksam, die der Frau und der Nachkommenschaft aus rücksichtsloser Ausbeutung erwachsen. Auch in geistiger Beziehung ist die Frau infolge der kapitalistischen Ausbeutung nicht in der Lage, ihre Aufgaben als Mutter richtig zu erfüllen. In den unangenehmen Tendenzen der Berufsarbeit der Frau gehört auch, daß es dem Kapitalisten ermöglicht ist, die Unterhaltskosten der Familie statt auf eine, auf zwei Personen zu verteilen, wovon die weitere Folge die Tendenz ist, die Löhne des Mannes zu senken oder doch den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen durch billige Frauenarbeit einzudämmen. — Diese ganze Entwicklung hat sich allerdings nur vollziehen können unter einer Verschärfung und Erweiterung des Gegensatzes zwischen Ausbeuteten und Ausbeutern. Sie lasse den Klassenkampf auf einer höheren Stufe entbrennen, den Klassenkampf, dessen letztes

Wort es sei, daß nicht bloß der Mann, sondern auch die Frau nicht eher ruhen könne, als bis das geschichtliche Weibertum eintritt, das wir als soziale Revolution bezeichnen. (Lebhafte Beifall.)

Den fünften und zugleich letzten Vortrag des Zklus über die geschichtliche Stellung der Frau wird Genossin Zetkin am Freitag, den 28. Mai, halten, und zwar wieder bei Frecher (Kellers Festhällen) in der Stoppentstraße 29.

Aus der Partei.

Die Legende des „Vollblatts für Anhalt“.

Das „Vollblatt für Anhalt“ zu Dessau hat es als eine Legende bezeichnet, daß die famose Taktik des Dessauer Gewerkschaftskartells bei den Gewerbegerichtswahlen in Rücksicht auf die kommenden Dessauer Stadtverordneten- und Landtagswahlen beschlossen worden sei. Diese Behauptung des „Vollblatts“ ist hier schon von einem Anhalter Genossen auf ihren wahren Wert zurückgeführt worden. Nachträglich hat uns noch ein Genosse aus Zeitz mitgeteilt, daß auf einer Konferenz von Gewerkschaftskartellen, die am 10. Mai in Zeitz stattfand, der Vorsitzende des Dessauer Kartells, Genosse Ehner, in der Verteidigung des Kompromisses ausgeführt hat:

„Wenn man diese Sache richtig beurteilen will, muß man die näheren Umstände (Zwischenruf: Dessauer Umstände!) kennen. Wir wissen wohl, daß die Hirsche und Christen eine verrückte Gesellschaft sind, aber trotzdem hielten wir diesen Beschluß für nötig. In allen Flugblättern zu den verschiedenen Wahlen schreiben wir nicht „Parteilosen!“ sondern „Arbeiter, Bürger“ wählt diese und jene. Wir wollten ja nicht nur die Stimmen der Genossen, sondern aller auch der christlichen und Hirsch-Dumckerischen Arbeiter und aller Bürger haben. Und dann kommt noch hinzu, daß die Gewerbegerichtswahlen eigentlich ein Vorspiel sind zu den kommenden Wahlen zum Landtag und der Stadtverordneten-Versammlung. Wir sind das vorige Mal unterlegen und gedenken diesmal natürlich durch eine persönliche Taktik in bezug auf die anders gestimmten Arbeiter in Dessau die Verluste wieder auszugleichen. (Große Unruhe und Gelächter.)“

Diese Ausführungen wurden in Gegenwart des Genossen Pauli, Redakteurs am „Vollblatt für Anhalt“ gemacht; Genosse Pauli hat dazu geschwiegen, trotzdem nach Ehner eine ganze Reihe Redner zum Wort kamen. Wenn Genosse Pauli gegen die Erklärung des Genossen Ehner irgend etwas einzuwenden gehabt hätte, so würde er sicher das Wort genommen haben, wie er es tags zuvor bei weniger wichtigen Fragen getan hat.

Von einem Genossen aus Dessau wird uns gleichzeitig mitgeteilt, daß die „Legende“ sich auch auf wiederholte Äußerungen in den Debatten des Dessauer Gewerkschaftskartells stützen kann!

Von all dem weiß das „Vollblatt für Anhalt“ nichts. Merkwürdig! Sehr merkwürdig! Ein betrübender Fall hartnäckiger Gedächtnischwäche!

Neulich brachte das „Vollblatt für Anhalt“ folgende Notiz: In gestriger Holzarbeiter-Versammlung, in der auch die Gewerbegerichtswahl zur Sprache kam, ward von einer ganzen Anzahl Redner die Tendenz des Vorgehens des Kartells (einer Verhinderung unter den Arbeitern entgegenzuwirken) als durchaus richtig aufrecht erhalten. Die „Vorwärts“-Redakteure stecken nicht in den Fabriken und wählten nicht, wie der Geist der Feindseligkeit unter den Arbeitern auf die ganze Organisations- und Agitationsarbeit lähmend wirkt“ aber bemerkt der Dessauer Genosse:

Dazu wird uns aus Dessau bemerkt, daß der Bericht eine nicht unbedeutende Lapsus verzeichnet — nämlich die, daß Genosse Peus in dieser Versammlung referierte. Das ist deshalb auffällig, weil die Leser des „Vollblatt für Anhalt“ nicht daran gewöhnt sind, daß Genosse Peus sein Licht unter den Scheffel stellt.

Zu dem Sage: Die „Vorwärts“-Redakteure stecken nicht in den Fabriken“ und wählten nicht, wie der Geist der Feindseligkeit unter den Arbeitern auf die ganze Organisations- und Agitationsarbeit lähmend wirkt“ aber bemerkt der Dessauer Genosse:

„Das ist eitel Gumbung, unsere Organisation (die der Metallarbeiter) und ihre Industrie ist maßgebend am Orte und da liegen die Dinge so, daß unseren Leuten die Arbeit durch eine solch elende Politik äußerst erschwert, an manchen Stellen sogar rein unmöglich gemacht wird! Nicht selten erfolgen Denunziationen gegen unsere Leute, um sie aus Lohn und Brot zu bringen. Bei der Verbearbeitung wird ihnen entgegengehalten: Was wollt ihr denn? Ihr habt still und „gut Freund“ zu sein, seid froh, wenn wir uns mit euch einlassen, wir sind ebenso berechtigt als ihr, froh seid ihr ja wenn man mit euch nur ein Kompromiß abschließen kann, da seht einmal euren Peus!...“

Eine prächtige Wirkung der schlaunen persönlichen Taktik!

Der Monatsbeitrag.

In der letzten Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Rostock wurde scharf getagt, daß mehrere Genossen den Beschluß des Rürnberger Parteitages, wonach jene Genossen, die ohne Lohnausfall feiern, einen Tagesverdienst abliefern sollen, nicht beachten haben. Eine vom Vorstand dazu gestellte Resolution, gleichlautend mit der in Brandenburg angenommenen, wurde vor der Abstimmung zurückgezogen, da der Verlauf der Diskussion zur Genüge zeigte, wie die Mehrzahl der Anwesenden dieses Verhalten beurteilt.

Ein Monatsbeitrag von 50 Pfennig für männliche Mitglieder ist in der Urabstimmung vom Sozialdemokratischen Verein für den Wahlkreis Eilen mit 584 gegen 288 Stimmen beschloffen worden. Bisher betrug der Beitrag der männlichen Mitglieder 40 Pfennig.

Beitragserhöhung in Mecklenburg. Der Sozialdemokratische Verein Rostock beschloß in seiner letzten Versammlung nach einem Referat über den Entwurf des Organisationsstatuts, den in diesem Entwurf vorgeschlagenen Monatsbeitrag von 30 Pfennig einzuführen, auch wenn der Parteitag die Zustimmung ablehnen sollte.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Mißlungene Randauflockerung.

Am 11. November 1908 wurden in Kiel bei den Stadtverordnetenwahlen in den sechs freigewordenen Bezirken sozialdemokratische Kandidaten gewählt. Unter den Gewählten befand sich der Genosse Lewin, dessen Mandat mit 22 Stimmen Mehrheit erobert wurde. Das Kieler Stadtverordnetenkollegium erklärte die Wahl Lewins für ungültig, weil festgestellt worden war, daß 24 Wähler, die zwar in der Wählerliste eingetragen standen, aber zur Zeit der Wahl ihren Wohnort nicht mehr in Kiel hatten, für Lewin gestimmt haben. Genosse Lewin forderte diese Ungültigkeitserklärung in Verwaltungsstreitverfahren an und berief sich darauf, daß nach der Spruchpraxis des Oberverwaltungsgerichts die Wählerliste maßgebend für die Abstimmungsbeurteilung sei. Das Stadtverordnetenkollegium wollte diesen Grundlag nur für die städtischen Provinzen Preußens, nicht aber für Schleswig-Holstein gelten lassen.

*) Mehrere haben darin gesteckt, was ihnen von den Dessauer Holzarbeitern hoffentlich als mildernder Umstand angerechnet wird. Red. d. „Sonn.“

Der Bezirksausschuß in Schleswig hat jetzt die Entscheidung des Kieler Stadtverordnetenkollegiums aufgehoben und die Wahl des Genossen Lewin für gültig erklärt. In der Begründung wird ausgeführt, daß das Oberverwaltungsgericht auch schon für Schleswig-Holstein entschieden habe, daß die Wählerliste allein maßgebend sei.

Soziales.

Das Konkurrenzverbot der Näherin.

Ein Konkurrenzklauselfreigelegte gestern vor der 6. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zur Entscheidung. Die Näherin B. war von der Korsettfabrik von Gebrüder Lewandowski mit der Bedingung engagiert worden, daß sie auch Verkaufstätigkeit ausüben habe und sich im übrigen verpflichte, innerhalb einer bestimmten Zeit nach Austritt in kein Konkurrenzgeschäft innerhalb Groß-Berlins in einem Umkreise, der sogar Potsdam noch umfaßt, sowie in etwa zehn anderen namentlich aufgeführten Großstädten einzutreten. Die Firma kündigte nach einiger Zeit der Näherin und klagte, da diese entgegen der Konkurrenzklausel Stellung an nahm, auf Auszahlung der Konditionalstrafe. Als Grund zur Kündigung führte die Firma mangelhafte Arbeitsleistung und Ähnliches an. Die Beklagte Angeklagte wandte ein, daß sie durch die ihr erteilte Kündigung geradezu in die Zwangslage verlegt wurde, in der Korsettbranche Stellung zu suchen, wenn sie ihre kaufmännischen und ganz besonders ihre gewerblichen Kenntnisse nutzbringend verwerten wollte.

Das Kaufmannsgericht wies die Firma mit ihrer Klage ab, indem es aus folgenden Gründen die Konkurrenzklausel für nichtig erklärte: Da der Beklagten nicht nur Groß-Berlin in weitestem Umkreise, sondern auch eine ganze Anzahl anderer Großstädte verschlossen werden sollten, so sei die Vereinbarung als unzulässige Erschwerung des Fortkommens der Beklagten anzusehen. Besonders sei dabei zu berücksichtigen, daß die Beklagte auf Verwertung ihrer technischen Fähigkeiten als Korsettmacherin angewiesen war. Die Beklagte hat auch nicht selbst gekündigt, sondern ihr ist gekündigt worden. In einem solchen Falle müßten zur Aufrechterhaltung eines Konkurrenzverbotes schon ganz erhebliche Gründe zur Kündigung vorzulegen haben, Gründe, die die Berechtigung zur sofortigen Entlassung beinahe streifen. Dem sonst könnte jeder Chef einem mit Konkurrenzverbot Angestellten nach wenigen Wochen kündigen und ihm seine Existenzmöglichkeit völlig unterbinden. Die Beklagte brauche darum die Konditionalstrafe nicht zu zahlen.

Langsame Rechtsprechung.

Selt Jantar vorigen Jahres prozessierten zwei Klemmer gegen die Firma Heinrich Kunz, Bauempfeher, um ihren Lohn zu erhalten. Die Kläger haben für die Beklagte in Grabow i. Meckl. Arbeiten ausgeführt. Die Beklagte liegt wegen der Nähe mit ihrem Auftraggeber noch im Streit. Sie hat durch einen ihrer Werkführer die Arbeiten der Kläger annehmen lassen und letzteren die Arbeiten ordnungsmäßig abgenommen. Mit der Zahlung des Lohns ist sie aber jedem der Kläger gegenüber mit über 100 Mark Lohn rückständig geblieben. Die Verhandlungen über die Klage sind wegen des Streites der Firma mit ihrem Auftraggeber wiederholt vom Innungschiedsgericht vertagt worden. Am Dienstag aber glaubte es nicht mehr den Klägern zumuten zu können, noch länger auf ihren Lohn zu warten. Es verurteilte die Firma den Klageanträgen entsprechend. Da die Objekte jedoch 100 M. übersteigen, ist das Urteil noch nicht vollstreckbar.

Prinzipienfest.

Am Dienstag klagte vor dem Innungschiedsgericht der Zimmerer B. gegen den Zimmermeister Wilhelm Heber auf Zahlung von 80 Pf. Fahrgehalt. Der Tarif für das Zimmerergewerbe besagt, daß den Arbeitern das pro Woche 1,20 M. übersteigende Fahrgehalt vom Arbeitgeber zurückvergütet werden muß. Trotzdem weigerte sich der Vertreter des Beklagten auch noch nach der zureichenden Rechtsbelehrung durch das Innungschiedsgericht, die Forderung anzuerkennen. Er forderte „aus prinzipiellen Gründen“ Entscheidung. Diese konnte natürlich nicht zu seinen Gunsten ausfallen. Dem Kläger wurde der geforderte Betrag zugesprochen. Worin das vermeintlich verfolgte Prinzip der Beklagten besteht, ist unerfindlich.

Gerichts-Zeitung.

Außergewöhnliches oder gewöhnliches Leichenbegängnis?

In Siegen war im September 1908 der Schlosser Saliger gestorben. Der Mitglied des Metallarbeiterverbandes war. Der Arbeitersekretär Bogowski, ebenfalls ein Mitglied dieses Verbandes, sorgte für die Bestattung der Leiche, da Saliger in Siegen keine Angehörigen hatte. Am Grabe hielt Bogowski an die etwa 50 Leidtragenden, die meist zum Verbands gehörten, 3 bis 5 Minuten lang eine Ansprache über den Lebensgang des Verstorbenen. Der auf dem Kommunalfriedhof anwesende Stadtrat Knop, der eine „Demonstration“ befürchtete, unterbrach ihn. — Bogowski wurde demnach angeklagt. Eine Polizeiverordnung, welche das Halten von Grabreden durch Laien von einer Erlaubnis abhängig macht, erachteten das Schöffengericht und das Landgericht unter der Herrschaft des Reichsvereinsgesetzes für nicht mehr anwendbar. Sie zogen die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes heran, wonach außer-gewöhnliche Leichenbegängnisse einer Genehmigung bedürfen. Das Schöffengericht verurteilte B. als Leiter eines außergewöhnlichen Leichenbegängnisses zu einer Geldstrafe, weil die Genehmigung nicht eingeholt sei. Das Landgericht zu Arnberg sprach ihn aber frei, indem es ein gewöhnliches Leichenbegängnis annahm. Es läge, führte es aus, nichts vor, was auf die Absicht einer Demonstration schließen lasse. Kränze mit roten Schleifen seien nicht niedergelegt worden und der Inhalt der Rede habe sich nur auf den Lebensgang des Verstorbenen bezogen. Und was das Halten einer Grabrede durch einen Laien angehe, so mache dies nicht immer ein Leichenbegängnis zu einem außergewöhnlichen. In Siegen sei es auf Grund der dortigen Verhältnisse zu verneinen. Dort sei es nicht ungewöhnlich, daß Grabreden von Laien gehalten werden. Die in der Gegend befindlichen zahlreichen Sekt- und freireligiösen Gemeinden hielten sich allerdings immer die polizeiliche Erlaubnis. Auch sonst werde vielfach Laien die Erlaubnis gegeben. Tatsächliche Übung — und auf die allein käme es an — sei es daher in Siegen, daß dort häufig Laien Grabreden hielten. Die Leichenbestattung hier habe nichts Außergewöhnliches und nichts von den Freiern freireligiöser Gemeinden Geheilenes an sich gehabt. Der Angeklagte sei, wenn er auch als Leiter der Beerdigung nach den Umständen gelten müsse, von der Beschuldigung des Vergehens gegen das Reichsvereinsgesetz freizusprechen.

Das Kammergericht, vor dem Rechtsanwalt Th. Lieb-smecht den Angeklagten am Montag vertrat, gab der von der Staatsanwaltschaft eingelegten Revision statt und verwies die Sache zu anderweiter Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht in Hagen. Die Polizeiverordnungen über das Halten von Laienreden am Grabe, so heißt es in dem ausführlichen Beschlusse des Kammergerichts, seien unter dem Reichsvereinsgesetz nicht mehr gültig. Und es könne auch keineswegs gesagt werden, daß Leichenbegängnisse, bei denen Laien reden, immer ungewöhnliche seien und der Genehmigung bedürfen. Wenn das Landgericht aber hier ein gewöhnliches Leichenbegängnis annahme, weil es gleichzeitig vielen anderen genehmigten Verordnungen gewesen sei, so lasse das einen Rechtsirrtum erkennen. Für jene anderen würde die Genehmigung ja gerade nachgesucht worden sein, weil es außergewöhnliche Leichenbegängnisse gewesen seien, für die auch unter dem alten

Verbandsrat eine Genehmigung erforderlich war. Aus einer Reihe genehmigter außergewöhnlicher Zeichenbegänge lasse sich nun nicht folgern, daß andere Zeichenbegänge, die ihnen in der Form gleichen, zu gewöhnlichen geworden sind. Da die Vorinstanz den Begriff des gewöhnlichen Zeichenbeganges verkennt habe, so müsse das Urteil aufgehoben werden. Der Senat halte es für angemessen, die Sache an das Landgericht in Hagen zu verweisen.

Diese Kammergerichtsentscheidung beruht auf außerordentlich groben Verstößen gegen prozessuale Rechtsnormen und gegen das Vereinsgesetz. Nach der Strafprozessordnung unterliegen der Prüfung des Kammergerichts nicht die tatsächlichen Feststellungen. Das erwähnte Urteil verstößt hiergegen, indem es die, übrigens den Begriffen der Logik und des gesunden Menschenverstandes zweifellos entsprechende tatsächliche Feststellung des Landgerichts, daß ein gewöhnliches Zeichenbegangnis vorgelegen hat, einer Prüfung unterzogen hat. Die Kammergerichtlichen Ausführungen verkennt gleichzeitig den Begriff eines „gewöhnlichen Zeichenbegangnisses“ in ungewöhnlich auffälliger Art. Die Deduktion des Kammergerichts überläßt zunächst, daß nicht für die Zeichenbegänge, bei denen Laienreden gehalten wurden, sondern für das Halten der Laienreden wegen der früher als gültig erachteten Polizeiverordnungen, die die Arbeits- und Erwerbsmöglichkeit der Prediger erhöhen wollten, polizeiliche Genehmigung nachgesucht wurde. Die Entscheidung des Kammergerichts geht über auch deshalb irre, weil das Sprechen am Grab etwas allgemein übliches ist, ein Zeichenbegangnis, das mit einer Ansprache endet, also keinesfalls ein ungewöhnliches ist. Das hätte auch das Landgericht klar ausgesprochen. Wenn das Kammergericht die Sache jetzt an ein anderes Landgericht verwiesen hat, so wird hoffentlich das Hagen'sche Gericht schon aus der durch das Arnberger Gericht getroffenen Feststellung, daß in seinem Bezirk solche Zeichenbegänge herkömmlich sind, zu der Feststellung gelangen, daß ein „gewöhnliches Zeichenbegangnis“ vorgelegen habe. Wenn übrigens die vom Kammergericht beliebte Liste zulässig sein soll, so ist es erlaubt, ihr entgegen zu halten: die Verurteilung war ja wie jede Verurteilung polizeilich genehmigt. Der Angeklagte war Veranlasser der Verurteilung, nicht des Zeichenbegangnisses. Die getroffene Kammergerichtsentscheidung ist deshalb wesentlich, weil durch sie das höchste preussische Gericht versucht, in das Vereinsgesetz hineinzulegen, was nicht in ihm steht.

Wahlrechtsdemonstrationen vor Gericht.

Am 31. Januar fanden in Spandau zwei Versammlungen statt, welche der Wahlrechtsdemonstration dienten. Als die Besucher nach Schluß der Versammlungen den Heimweg antraten, hatte der Polizeikommissar Wangelin — wie er später vor Gericht sagte — die Überzeugung, es sei ein Demonstrationenzug nach der inneren Stadt geplant. Der Kommissar hielt es für seine Pflicht, die gute Stadt Spandau vor einem sozialdemokratischen Demonstrationenzug zu bewahren. Deshalb ließ er durch seine Beamten die Zugänge nach dem Stadttinnern besetzen und forderte die aus den Versammlungen kommenden Menschen auf, auseinanderzugehen und sich nach Hause zu begeben. Bei dieser Gelegenheit wurden die Parteigenossen

Hoffmann, Schubert und Wilde polizeilich fixiert und zur Anzeige gebracht, weil sie nach Annahme der Polizei den § 116 des Strafgesetzbuchs verletzt haben sollten, welcher denjenigen mit Strafe bedroht, der bei einem Aufruf nach dreimaliger Aufforderung durch den zuständigen Beamten sich nicht entfernt.

Das Schöffengericht Spandau hat sich am 24. März mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Aus den Zeugenvernehmungen ging hervor, daß die Polizei durch ihre Abperrungsmahregeln einen großen Teil von denen, die der Kommissar zum Nachhausegehen aufgefordert hatte, den einzigen Weg, auf dem sie hätten nach Hause kommen können, versperrt hatte. Die Leute versuchten zwar den Heimweg einzuschlagen, sie wurden aber von den Beamten zurückgewiesen. Der Angeklagte Hoffmann, dem es ebenso ging, wandte sich an den Polizeikommissar Wangelin mit der Frage, auf welchem Wege er sich dem nach Hause begeben solle, da ihn doch die Beamten nirgends durchließen. Statt einer befriedigenden Antwort erteilte der Kommissar einem Beamten die Weisung, Hoffmann zu fixieren. — Der Angeklagte Schubert, der mitten aus der Menge heraus fixiert worden ist, hat seine Sistierung — wie aus der Schöffengerichtsverhandlung hervorging — wohl lediglich dem Umstande zuschreiben, daß er Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins ist und der Polizeikommissar Wangelin deshalb annahm, Schubert sei der Führer der Demonstration, und wenn der Führer nicht mehr am Platze sei, werde sich auch die Menge verlaufen.

Das Schöffengericht hielt nicht für erwiesen, daß die Menschenmenge, gegen welche die Polizei einschritt, die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört habe. Deshalb hielt das Gericht die Angeklagten auch nicht des Vergehens gegen § 116 schuldig, verurteilte sie aber zu Geldstrafen von je 15 Mark mit der Begründung, die Angeklagten hätten der Aufforderung des Beamten, sich zu entfernen, nicht Folge geleistet und dadurch die Straßenpolizeiverordnung verletzt.

Gegen dies Urteil legten die Angeklagten, vertreten durch den Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld, Berufung ein, die am Mittwoch vor dem Landgericht III verhandelt wurde. Hier gaben der Polizeikommissar Wangelin und ein Polizeiergeant mit viel größerer Bestimmtheit, als sie es vor dem Schöffengericht getan hatten, an, daß gerade die Angeklagten ausdrücklich zum Fortgehen aufgefordert worden seien, der Aufforderung aber nicht Folge geleistet hätten. — Der Verteidiger zog diese Angaben in Zweifel, da doch angeht, daß der Sachlage ein Irrtum der Beamten sehr wahrscheinlich sei. — Das Gericht hielt die Aussage des Kommissars Wangelin für vollkommen beweiskräftig und verwarf die Berufung.

Ein kleiner Freundschaftsdienst

hatte die Veranlassung zu der Erhebung einer Klage wegen qualifizierter intellektueller Urkundenfälschung gegeben, mit der sich gestern unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten von Loefen das Schwurgericht des Landgerichts I beschäftigten mußte. Angeklagt waren der Kraftwagenführer Hermann Rodmann und der Arbeiter Emil Witt. — Der kleine Freundschaftsdienst bestand darin, daß Witt für seinen Freund Rodmann eine Haftstrafe abgelesen hatte. Rodmann befand sich in Berlin als Automobilführer in Stellung. Im Herbst v. J. wurde gegen ihn

vom Amtsgericht Charlottenburg wegen zu schnellen Fahrens ein Strafmandat über 20 M. erlassen. Diese Strafe bezahlte R. nicht, so daß die im Nichtbeitreibungsfalle substituierte Haftstrafe von vier Tagen gegen ihn zur Vollstreckung gelangen sollte. Da R. befürchtete seine Stellung zu verlieren, wandte er sich an den ihm näher bekannten jetzigen Mitangeklagten Witt, der damals gerade arbeitslos war. Diefem bot er zehn Mark an, wenn er für ihn die Haftstrafe „abkrummen“ würde. Witt ging auch darauf ein und meldete sich mit dem Strafanktrittsbescheid und den nötigen Informationen versehen bei dem Gefängnis, wo er sich als angebl. „Rodmann“ in die Gefangenenbücher eintragen ließ. Die Geschichte kam jedoch durch einen Zufall zur Kenntnis der Polizei, die dann das jetzige Strafverfahren gegen die Angeklagten in die Wege leitete. — Vor Gericht stellte es sich heraus, daß auch der Bruder des Angeklagten Witt, Oskar W., für Rodmann eine dreitägige Haftstrafe abgelesen hatte. — Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß lautete das Urteil gegen Witt auf drei Monate, gegen Rodmann wegen Beihilfe auf zwei Monate Gefängnis.

Tolle Schweinereien in einem Commercotal.

Durch den gestrigen Gerichtsbericht über die skandalösen Vorkommnisse in dem Restaurant von Ernst Ziefow in Heiligensee ist das Wilhelm Ziefow'sche Restaurant „Heiligensee Schweiz“ in Heiligensee (Sandhausen), dessen Deconom W. Blesin ist, wie aus verschiedenen Zuschriften an Herrn Blesin hervorgeht, mit dem des Angeklagten Ernst Ziefow verwechselt worden. Herr Blesin bittet uns deshalb, mitzuteilen, daß das von ihm verwaltete Restaurant mit dem im gestrigen Gerichtsbericht erwähnten nicht identisch ist. Wir kommen dieser Bitte gern nach. Das Ernst Ziefow'sche Lokal in Heiligensee, dessen schweiniische Wirtschaft vor Gericht debütierte, wird seit vielen Jahren von kassenbewußten Arbeitern nicht besucht. Es befindet sich nicht auf der Lokalliste. Das durch Mäuse, Ragen, Hunde- und sonstigen Dreck ausgezeichnete Ernst Ziefow'sche Lokal wurde nur von solchen Gästen frequentiert, die sich um die Lokalliste nicht kümmern.

Witterungsübersicht vom 26. Mai 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in C.
Stettin	760.0	SW	4	10	Caparanda	764.9	SW	2	10
Danzig	759.5	SW	3	12	Petersburg	760.0	SW	2	10
Berlin	759.5	SW	3	13	Scilla	759.9	SW	3	11
Konigsbrunn	760.0	SW	5	13	Aberdeen	745.0	SW	4	8
Wien	762.0	SW	3	11	Paris	758.5	SW	3	10
München	759.0	SW	3	15					

Wetterprognose für Donnerstag, den 27. Mai 1909. Ein wenig kühler, zeitweise aufklarer, vorherrschend wolkig mit leichten Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Theater.
Donnerstag, den 27. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Ein Wintermärchen.
Königl. Schauspielhaus. Die Braut von Messina.
Deutsches Haus. Kammerstücke. Der Arzt am Scheidewege. Anfang 8 Uhr.
Neues königliches Opernhaus. Geschlossen.

Theater.
Donnerstag, den 27. Mai, Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Ein Wintermärchen.
Königl. Schauspielhaus. Die Braut von Messina.
Deutsches Haus. Kammerstücke. Der Arzt am Scheidewege. Anfang 8 Uhr.

Theater.
Donnerstag, den 27. Mai, Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Ein Wintermärchen.
Königl. Schauspielhaus. Die Braut von Messina.
Deutsches Haus. Kammerstücke. Der Arzt am Scheidewege. Anfang 8 Uhr.

Theater.
Donnerstag, den 27. Mai, Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Ein Wintermärchen.
Königl. Schauspielhaus. Die Braut von Messina.
Deutsches Haus. Kammerstücke. Der Arzt am Scheidewege. Anfang 8 Uhr.

Theater.
Donnerstag, den 27. Mai, Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Ein Wintermärchen.
Königl. Schauspielhaus. Die Braut von Messina.
Deutsches Haus. Kammerstücke. Der Arzt am Scheidewege. Anfang 8 Uhr.

Theater.
Donnerstag, den 27. Mai, Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Ein Wintermärchen.
Königl. Schauspielhaus. Die Braut von Messina.
Deutsches Haus. Kammerstücke. Der Arzt am Scheidewege. Anfang 8 Uhr.

Theater.
Donnerstag, den 27. Mai, Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Ein Wintermärchen.
Königl. Schauspielhaus. Die Braut von Messina.
Deutsches Haus. Kammerstücke. Der Arzt am Scheidewege. Anfang 8 Uhr.

Theater.
Donnerstag, den 27. Mai, Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Ein Wintermärchen.
Königl. Schauspielhaus. Die Braut von Messina.
Deutsches Haus. Kammerstücke. Der Arzt am Scheidewege. Anfang 8 Uhr.

Theater.
Donnerstag, den 27. Mai, Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Ein Wintermärchen.
Königl. Schauspielhaus. Die Braut von Messina.
Deutsches Haus. Kammerstücke. Der Arzt am Scheidewege. Anfang 8 Uhr.

Theater.
Donnerstag, den 27. Mai, Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Ein Wintermärchen.
Königl. Schauspielhaus. Die Braut von Messina.
Deutsches Haus. Kammerstücke. Der Arzt am Scheidewege. Anfang 8 Uhr.

Theater.
Donnerstag, den 27. Mai, Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Ein Wintermärchen.
Königl. Schauspielhaus. Die Braut von Messina.
Deutsches Haus. Kammerstücke. Der Arzt am Scheidewege. Anfang 8 Uhr.

Theater.
Donnerstag, den 27. Mai, Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Ein Wintermärchen.
Königl. Schauspielhaus. Die Braut von Messina.
Deutsches Haus. Kammerstücke. Der Arzt am Scheidewege. Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Tricoche und Cacolet.
Morgen und folgende Tage:
Tricoche und Cacolet.
Theater des Westens.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Freitag: Ein Walzertraum.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Freitag: Ein Walzertraum.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Freitag: Ein Walzertraum.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Freitag: Ein Walzertraum.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Freitag: Ein Walzertraum.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Freitag: Ein Walzertraum.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Freitag: Ein Walzertraum.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Freitag: Ein Walzertraum.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Freitag: Ein Walzertraum.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Freitag: Ein Walzertraum.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Freitag: Ein Walzertraum.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Freitag: Ein Walzertraum.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Freitag: Ein Walzertraum.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Freitag: Ein Walzertraum.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Vater und Sohn.
Freitag, abends 8 Uhr:
Vater und Sohn.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Karollinger.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Narziss.
Freitag, abends 8 Uhr:
Brester's Millionen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Doktor Klaus.

CASTAN'S PANOPTICON
Friedrichstr. 165 (Paschorpalest).
Neu! Ohne Extra-Entree. Sensationell!
Mariedl, die größte lebende Riesin der Welt.

Bellachini's Zauberwelt!
Täglich: Nachm.: Solireen. — Abends 8 Uhr: Haupt-Soliree.
Täglich: 7 1/2 Uhr abends: Ohne Extra-Entree!
Humoristische Künstlerabende. Sonntags 2 Vorstellungen.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor. Inh.: Ernst Liebig.
1., 2. und 3. Pfingstfeiertag:
Garten-Konzert von

Johann Strauß aus Wien
mit der gesamten Kapelle (90 Künstler).
Anfang 4 Uhr. — Bei unangenehmer Witterung im Saal.
Billets zum ermäßigten Preis. Entree 40, reserviert 60 Pf., in der „Vorwärts“-Spekulation bei Zucht, Zimmereisenstraße 12, und Mahlnisch, Auguststraße 50, zu haben.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Dannebergstr. 16.
Am 1. Pfingstfeiertag:
Wiedereröffnung
in den gänzlich renovierten Räumen.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Sonnabend, 29. Mai: Cessantische Generalprobe.
Anfang 7 Uhr. Entree frei.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 45/49.
Abends 8 Uhr:
Rom und die Campagna.

Passage-Theater.
Walter der zigeunertige Vortragskünstler.
Bruns-Lebrun der fahrende Sänger
Jaka Jshad Maur, Schlangentänzerin. 2ter Monat.
Das neue Mai-Programm ein voller Erfolg!

Schweizer-Garten
eröffnet mit
täglichen Vorstellungen
zu Pfingsten
Sonntag, 30. Mai.
An beiden Feiertagen:
Früh-Vorstellungen
Entree 30 Pf. Anf. 5 Uhr früh.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Anfang 8 Uhr.
Ximmere dich um Amelie.
Schwank in 3 Akten (4 Bildern) von Fejdelm.
Morgen u. folg. Tage: Die Vorstellung Sommerpreise.

Luisen-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Krone und Fessel.
Freitag 8 Uhr: Die Grille.
Sonnabend 8 Uhr: Auf neuem Wege.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Rabale und Liebe. 8 Uhr: Krone u. Fessel.
Montag nachm. 3 Uhr: Mädchen von Heilbrunn. 8 Uhr: Die Grille.

Gastspiel-Theater
Königsplatz 68. Heute 8 1/2 Uhr:
Lord Lister!
(Raffles). Der große Unbekannte.
Qualitative Detektivromane in 4 Akten.
Unsere Abonnementen haben die bekannte Ermäßigung.

Brennabor
ist das auf der Rennbahn am meisten vertretene Rad. Die schnellsten Rennen der Welt, viele Weltrekorde und Meisterschaften wurden auf Brennabor gewonnen.
Brennabor-Werke, Brandenburg a. H.
Filiale: Berlin W., Kronenstr. 11.

Freie Volksbühne
Nächste Serie der Nachmittagsabteilungen im Neuen Schauspielhaus vom 30. Mai bis 8. Juni, abends 8 Uhr:
Mahé Vaudeville mit Musik und Ballett von Walden und Schönau.

Mahé Vaudeville mit Musik und Ballett von Walden und Schönau.

Die Abendvorstellungen im Thalia-Theater
finden bis 20. Mai abends 8 Uhr jeden Abend statt. Auführung:
Hans Huckebein.

Hans Huckebein.
Zu diesen Abendvorstellungen sind abends bei den Obluten im Theater Gastkarten für die Angehörigen der Mitglieder zu haben. Vorbestellungen für Gastkarten nehmen die Zahlstellen entgegen.
241/2 Der Vorstand: In Vertr. G. Winkler.

DERNHARD ROSE THEATER
Ge. Frankfurter Str. 162.
Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne Ehre.
Sensationelles in 4 Akten v. Melville.
Bogenstagenpreis.
Morgen und folgende Tage: Das Mädchen ohne Ehre.

Zirkus Charles
Schöneberg, Salzburger Straße, gegenüber den Beamtenhäusern.
Größter und elegantester Zirkus Deutschlands.
Heute Donnerstag, abends 8 Uhr:
Elite-Vorstellung
mit Weltstadt-Riesen-Programm, wie solches bisher hierorts kein Zirkus geboten hat.
Täglich abwechselndes Sensationsprogramm.
Alles Nähere befragen die Plakate.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 M., von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Panoptikum.
Lebend!
Die letzten weiblichen Wesen vom Stamme der Azteken!
Ohne Extra-Entree!
Experimente der IV. Dimension. Neapol. Briganten. Alles ohne Extra-Entree!

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das große Mai-Programm. Grete Gallus, die beliebte Sourette, u. die übrigen Spezialitäten: Freikonzert.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Beginn der Sommer-Saison:
30. Mai.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung.

Berliner Uk-Trio.
Felix Schoner
Stralauerstr. 1

WINTERGARTEN

Letzte Woche!
„Durga“
 das fliegende Piano.
Liane d'Eve
 Excentrique française.
Yetta Rianza
 Prima Ballerina von der Opéra
 comique Paris
 und eine Kette
 hervorragender Kunstkräfte.
 Reservierter Pl. 2 M. Entree 1 M.
 (einschl. Programm u. Garderobe).

Apollo Theater

9 1/2 Uhr: 9 1/2 Uhr:
 Der tollste Schwanz der Gegenwart:
Er oder Er mit
Hartstein
 in der Doppelrolle als
Max und Moritz.
 Vorher 8 Uhr:
 Die glänzenden Spezialitäten.

Metropol-Theater
 Die oberen Zehntausend.
 Amerik. Operette v. Jul. Freund.
 Musik v. Gust. Kerker. In Szene
 gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
 Tänze von Mr. Bishop.
 Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger.
 Neu! Neu!
„Mein Freund Hugo.“
 Burleske von Meyzol.
 Anfang
 wochentags
 8 Uhr,
 Sonntags
 7 Uhr.

Sanssouci,
 Kottbusser
 Straße 6.
 Direction Wilhelm Kolmer.
 Wegen Vorbereitung zu den
Uffingst-Feiertagen
 geschlossen.
 An allen drei Feiertagen:
 Gastspiel
 des **Bossen-Ensembles:**
Die Weltenbummler
 mit ihrem
Solo-Programm!

Max Kliems
 Sommer-Theater und Festsäle
 Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.
 Täglich:
Großes Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
 Art. Leitung: Walter Gravenitz.
 Jeden Donnerstag: **Elitetag.**
 Während und nach der Vorstellung
Tanzkränzen.

Ausverkauf
 der aus der **S. Hoffmanschen** 13852
Konkursmasse
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 12,
 Ecke Schülstraße,
Herrn- und Knaben-Garderoben
 fertig und nach Maß
 findet täglich von 8-12 und 3-8 Uhr statt.
 Die enorm billigen Preise sind aus den 5 Schaufenstern ersichtlich.

Hut-Arnold Dresdenstr. 116
 (kein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft.
 Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Stroh Hüte für Herren, Knaben, Mädchen u. garnierte Damenhüte
 Aussergewöhnlich reiche Auswahl in allen Preislagen!

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität
 hat der
Kapitän-Kautabak
 seinen guten Ruf erhalten.
 Der echte Kapitän-Kautabak (gesetzl. geschützt)
 wird nur noch in Etiketten verpackt zum 10 Pfennig-
 Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel).
 Unverpackte Ware ist, weil unecht, zurückzuweisen.
 Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine
 Priemdoson gratis erhältlich sind.
 Vertrieb: **Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 112 (Amt 7, 3861).**

Echte Panama-Hüte



Der echte Panama-Hut in feinsten Qualitäten ist federleicht und fast unverwundlich; bei einiger Schonung trägt man ihn jahrelang, denn er gewinnt nach jedesmaligem Waschen ein neues Aussehen. Der echte Panama-Hut hat einen hohen imaginären Wert, für besonders feine Exemplare sind von Liebhabern schon 1000 M. und mehr bezahlt worden. Der echte Panama-Hut wird aus den Blättern einer Pandanoneen-Art, einem palmähnlichen Gewächs mit lederartigen Blättern, das im tropischen Amerika heimisch ist, hergestellt.

Die Hüte können in jeder Façon getragen werden, da sie sich beliebig kniffen lassen. Die Hutbänder sind je nach Wahl schwarz oder farbig.

Panamahut Alvarez . . . M.	8.-	Panamahut Regenerado M.	21.-
„ Fernandez . . .	10.-	„ Don Miguel . . .	24.-
„ Cordillero . . .	15.-	„ La Fuente . . .	27.-
„ Istmo	18.-	„ Presidente . . .	30.-

Unter Preis, vorjährige Bestände:

Panama-Hüte von 2⁵⁰ | Stroh-Hüte von 25 Pf.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes, gegründet 1891
Chaussee-Straße 29-30 □ **II, Brücken-Straße 11**
Gr. Frankfurterstr. 20 □ **Schöneberg, Hauptstr. 10**
 Der Haupt-Katalog Nr. 37 und der Livree-Katalog Nr. 36 kostenlos und portofrei.

Königsstadt-Kasino.
 Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
 Täglich:
Bellermanns Brantschan.
 Schwanz in 1 Akt.
 Neues Spezialitäten-Programm.
 The Morrays, Neo & Shoe, Marco
 & Tatjana, Paulsen, Lorbe, etc. etc.
 Anfang Sonntag 5 1/2 Uhr,
 wochentags 7 1/2 Uhr.

Damms Volkspark-Theater
 Landsberger Allee 74/77.
Große Vorstellung
 des
Sächsischen Volks-Theaters
 nebst Auftreten erstl. Spezialitäten.
 Zum ersten Male in Berlin.
 Ran amüßert sich Köpfe!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Arbeitnachscheid: Verwaltungssitz Berlin. Hauptbureau:
 Hof I. Amt 3, 1239. Charitestraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.
 Der Feiertage wegen bleibt das Bureau an
 folgenden Tagen geschlossen:
Sonnabend, den 29. Mai, nachmittags,
Montag, den 31. Mai, den ganzen Tag,
Dienstag, den 1. Juni, nachmittags.
 117/15 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (E. H. No. 2)
 Oertliche Verwaltung Berlin.
 Freitag, den 28. Mai 1909, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im Gewerkschaftshaus, Engelauer Nr. 15, Saal V.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1909. — 2. Stellungnahme zur
 Generalversammlung. Der Vorstand. 259/2
 3. U. Richard Schröder, Berlin O., Tilsiter Str. 7, n. IV.

Achtung! Ausflügler. Achtung!
Bergschloßrestaurant Waidmannslust
 (dicht am Bahnhof gelegen).
 Für Vereine besonders günstig. Viel Nebenräume. Großer Garten.
 Tanzsaal. Platz für 6000 Personen. Jeden Sonntag Reunion.
 Der Bergwirt R. Heinrich.

Augen auf!
 Jedem Herrn, der sich elegant und billig kleiden will, empfehle ich elegante Monatsgarderobe, in feinsten Werkstätten Berlins gearbeitet, von Herrschaltern, Doktoren, Kavaliereu nur kurze Zeit gebraucht (für jede Figur passend)
Monats-Jackett-Anzüge . . . 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge . . . 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Herren-Paletots . . . 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herren-Hosen . . . 2.50, 5.00 M.
Große Abteilung neuer Garderobe
J. Wand Hauptgesch.: **Gr. Frankfurter Str. 116**
 an der Andreasstraße.
 2. Geschäft: **Chausseestraße 89**
 gegenüber der Liesenstraße.
 3. Geschäft: **Brunnenstraße 179**
 an der Invalidenstraße.
 Garderoben jeder Art werden billigst vorrätig.

Deutscher Kürschner-Verband
 Filiale Berlin.
 Am 25. Mai verstarb unser
 Mitglied, der Rühmlicher
Felix Schadach.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Freitag,
 den 28. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr,
 von der Halle des Sebalten-
 Kirchhofes in Reinickendorf, Gum-
 boldtstraße, aus statt. 102/9
 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden
 und Bekannten die traurige Nach-
 richt, daß mein lieber Mann,
 unser guter Vater, Groß- und
 Schwiegervater
Franz Walla
 am Dienstag, den 25. Mai, vor-
 mittags 11 1/2 Uhr, an Gehirn-
 blutung verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Frei-
 tag, nachm. 4 1/2 Uhr, vom Trauer-
 hause, Liebenwalder Straße 61,
 aus statt. 13752
 Um stille Teilnahme bitten
 Die trauernden Hinterbliebenen.
Frau Walla.

Für Gäbler! Gnadauer
Freizein. Bartsch, Borchstr. 15.
Planino erster Hoflieferanten-Firma
 meist unter Wert. (sogar ver-
 käuflich) **Französischestr. 15, 1. r.**

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin, Oranienstr. 158
abgepaßte Fenster,
 weiß und crème
 per Fenster
 2⁶⁵, 3⁵⁰, 4²⁵-20 M.
Imit. Point-lace-
Gardinen, pr. Patr. M. 650
Eleg. Sezessions-
Tüll-Stores M. 200
Gestickte echte
Spachtel-Stores M. 775
Goldfarb. reich-
gestickte M. 985
Band-Stores
Tüllbettedecken
 Gr. 180/220 M. 2⁵⁰, 3⁰⁰
 cm M. 2⁵⁰, 3⁰⁰
Reichgest. Erbs-
tüllbettedecken M. 675
Elegante Tüll-
Bettrückwände M. 675
Brisse, Bisse (Scheibenschleier)
 Stück 0,30 M. (Wert 0,50 M.)
 Nach anwärts per Nachnahme
Soeben erschienen:
Mein neuer Pracht-Katalog.
 Zusendung gratis und franko.

Garderobe
 für Herren
 für Damen
 für Kinder
 in kolossaler Auswahl,
 nur neueste Fassons.
 Ferner empfehle:
Möbel
 Polsterwaren, komplette
 Wohnungs- u. Küchenein-
 richtungen, Leib- u. Bett-
 wäsche, Betten, Stepp-
 decken, Teppiche, Gardinen
 Portieren, Bilder, Uhren,
 Gas- u. Petroleum kronen,
 Sport- u. Kinderwagen
auf Kredit
 an jedermann eventuell
 ohne Anzahlung
 bei
 kleinster Anzahlung
 Möbel- u. Waren-Kredit-Haus
S. Dorn
 Alte Schönhauser Str. 3
 Bis 10 Uhr abends
 geöffnet.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Am 23. Mai verstarb unser Mit-
 glied, der Bekannte
Wilhelm Büttner
 Karlsruher Straße 3.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 28. Mai, nachmittags
 4 Uhr, von der Leichenhalle des
 Hüblichen Friedhofes, Pöhl-
 straße, Ecke Seestraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 227/13 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
 Am 24. Mai verstarb unser
 Mitglied, der Arbeiter
Richard Häusler
 Hennigsdorfer Str. 13.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Donnerstag, den 27. Mai, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Ruzareth-Kirchhofes in
 Reinickendorf, Rögellstraße, aus
 statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 227/12 **Der Vorstand.**

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
 Ortsverwaltung Berlin 2.
 Den Mitgliebrn zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Präse-
 arbeiter
Richard Häusler
 am Montag, den 24. d. M., im
 Alter von 24 Jahren an Lun-
 genentzündung gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 27. Mai, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Ruzareth-Kirchhofes,
 Reinickendorf, Berliner Straße,
 aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 67/15 **Verwaltung 2.**

Allen Verwandten, Freunden
 und Bekannten die traurige Nach-
 richt, daß mein lieber Mann, unser
 guter Vater, der Galtwirt
Wilhelm Platen
 am Montag, den 24. d. M., nach
 schwerem Leiden im 40. Lebens-
 jahre verstorben ist.
 Dies zeigen mit der Bitte um
 stille Teilnahme an
Marie Platen
 nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 28. d. M., nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 halle des neuen Pauls-Kirchhofes,
 Wilmersdorf, aus statt. 2781b

Sozialdemokratisch. Wahlverein
 des
6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todes-Anzeige.
 Am 24. Mai verstarb unser Mit-
 glied, der Galtwirt
Wilhelm Platen
 Schwedenstr. 18a.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen
 Freitag, den 28. Mai, nachmittags
 5 Uhr, von der Leichenhalle des
 Pauls-Kirchhofes in Wilmersdorf
 aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 227/11 **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.
 Zweigverein Berlin.
 Sektion der Pöcher.
 Unseren Mitgliebrn den Mitgliedern
 des Gefangenenvereins zur Nachricht,
 daß unser Mitglied
Friedrich Lehmann
 im Alter von 58 Jahren an
 Leberleiden verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Donnerstag, den 27. Mai, nach-
 mittags 6 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Andreas-Kirchhofes in
 Dohren-Schönhausen, Berliner
 Straße 33/34, aus statt. 157/19
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt 62/9*
 für Haut- und Harntleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
 Moritzplatz
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Sargmagazin
 von G. Paschke,
Charlottenburg,
 Leibnizstr. 77, Eing. Vorkolonnade.
 — Tel. 2658. — 9622*

Partei-Angelegenheiten.

Weihensee. Den Mitgliedern des sozialdemokratischen Wahlvereins zur Kenntnis, daß die Vereinsbibliothek zwecks Regelung und Neuordnung im Monat Juni geschlossen ist. Da nun noch zirka 100 Bände ausstehen, ist eine unverzügliche Ablieferung bis zum Sonnabend, den 20. Mai etc. beim Genossen Rohlfopf, Königshäuser 88, dringend geboten. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Grünwald-Flor.

Der quertalbein durch den Forst wandert, dem werden ein paar beschriebene Schmuckstücke der heimatischen Flora nicht entgehen. Weithin heben sich vor allem gelbe Flecken vom Grase ab. Auf kaum fuhohohen Stengeln sitzen unscheinbare, aber bei näherer Besichtigung recht sonderbar gebaute Blüten in dichten Dolden. Die grünlich gelben Blütenbüschel werden so leicht nicht gebrochen, denn wir haben es mit der Hypophyse-Wolfsmilch zu tun, der, wie allen anderen Arten ihres Geschlechtes, der Ruf der Giftigkeit anhaftet. In der Tat besitzt der weiße Milchsaft, der bei der geringsten Verletzung der Pflanze hervorquillt, ägide Eigenschaften, ohne daß man ihn deshalb übermäßig zu fürchten hätte. Er fließt aus Milchdrüsen, die die Pflanze nach allen Richtungen durchziehen, und er schützt sie vor dem Gefressenwerden, eine Aufgabe, die allein gegenüber der schon gezeigten Raupe des Wolfsmilchschwärmers verfaßt, der die Blätter der Wolfsmilch trefflich schmeckt. So auffallend die gelben Dolden der Wolfsmilch, so unscheinbar sind die hübschen tiefschwarzen Veilchen, die im Grase und zwischen ihrem eigenen Laub sich kaum vom Waldboden erheben. Sundaibelchen heißt die Art. Vielleicht ist der Name eine vom Volksmund geprägte Strafe dafür, daß die Blumen nicht riechen, wie beim Kürbisveilchen.

Neben den Veilchen altern weiße Röschen zwischen dreizähligen graugrünen Blättern; die Erdbeeren blühen. In der Mitte der Blüte sitzt der kleine Fruchtknoten, der noch nichts von seiner späteren Größe, seiner Farbe und seinem Aroma ahnen läßt. Aehnlich wie die Erdbeerblüten, jedoch nicht weiß, sondern schön gelb erscheinen die Blüten des Frühlings-Rümpferkrautes mit den tief (fingerartig) eingeschnittenen Blättern. Damit haben wir, wenn wir von einigen großartigen Gewächsen absehen, deren Blüten sich durch die aus den Hüllblättern herausragenden gelben Staubbeutel verraten, die Mai-Flora des Grünwaldes so ziemlich erschöpft.

Bei der Heimkehr sehen wir an Bahndämmen und auf allen Grasplätzen die eigentliche Maiblume unserer Gegenden. Nicht das Raigblüchlein, das man nur in dunklen Laubwäldern findet, sondern die als Löwenzahn oder Butterblumen bekannten gelben Blüten. Sie blühen fast das ganze Jahr hindurch, im Mai aber zu ungezählten Tausenden. Auch die Butterblume läßt beim Pflücken einen weißen Milchsaft ausfließen wie die Wolfsmilch; hier aber ist er unschädlich und den Kühen auf der Weide ein Hochgenuß.

Verlegung von Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn ist genötigt, wegen Straßenbauarbeiten der Stadt zwei wichtige Linien zu verlegen. Es sind dies die Linien 11 Moabit-Börslicher Bahnhof und 20 Schweinlender Straße-Niedorf. Die Stadt Berlin will am 2. Juni mit der Asphaltierung der Dresdener Straße von der Bulower Straße bis zum Dramenplatz beginnen. Es wird deshalb notwendig, die beiden Linien für die Dauer der Arbeiten über den Vorplatz durch die Prinzen- und Oranienstraße umzuleiten. Die Arbeiten nehmen voraussichtlich sechs Wochen in Anspruch.

Der Mohrtod im Religionsunterricht. Die Religion soll „dem Volk erhalten werden“. Dem „Volk“ soll sie erhalten werden, das heißt: der „niedereren“ Volk. Der unruhig gewordenen Arbeiterklasse, die sich nicht länger auf die Bonnen des Jenseits verließen lassen will, gilt die religiöse Erziehung als ein wichtigstes Mittel der Volkserziehung. Sie muß in den Rudiments der Arbeiterklasse ein reichlich bemessenes Quantum „Religion“ hineinbringen, Bibelgeschichten, Kirchenlieder, Spruchweisheit und dergleichen mehr. Das ist aber nicht so leicht, wie es aussieht. Bei vielen Kindern läßt es sich nur erreichen mit Hilfe eines ebenso reichlich bemessenen Quantums Sniebe.

Manchen Eltern ist es ganz unsahbar, daß sogar im Religionsunterricht nicht ohne dieses Universalmittel auszukommen sein soll. So meldet uns sehr wieder ein Vater in großer Erregung, daß in der 141. Mädchen-Gemeinschaft (Niederstr. 48) in Klasse VM seine Tochter von dem Lehrer soigt im Religionsunterricht mit dem Stock auf die Hände geschlagen worden sei. Das Kind hat angegeben, deshalb geschlagen worden zu sein, weil es das Lied „Herr Jesu Christ, dich zu uns wend“ nicht nach Wunsch habe herlesen können. Das erscheint durchaus glaubhaft nach allem, was aus unseren Schulen über das Wallen des Mohrtodes im Religionsunterricht bekannt geworden ist. Empört ist der Vater nicht nur über den Grund der Rüchtigung, wie ihn das Kind dargelegt hat, sondern auch über Art und Maß. Als die Kleine mittags nach Hause kam, war an der einen Hand ein Fingernagel blutunterlaufen. Sie versicherte, das rühre von einem Mohrtodstiche her. Der Vater will die Mahnung beherzigen, die kürzlich einem wegen Lehrverleumdung und Hausfriedensbruch angeklagten Ehepaar von dem verurteilenden Richter gegeben wurde. Er will nicht sich persönlich an den Lehrer oder an dessen Rektor wenden, wobei man nur zu leicht sich obenein noch eine Anklage holen kann, sondern beabsichtigt, gegen den Lehrer eine Anzeige einzureichen.

Es wirkt wie eine grimmige Ironie, daß jüst das Wort „Herr Jesu Christ, dich zu uns wend“ Anlaß geworden sein soll, den Mohrtod in Bewegung zu setzen. Wenn Jesus Christus heute unter uns wandeln und solcher religiöserhaltenden Tätigkeit zuschauen könnte, dann würde er selber wahrscheinlich sich abwenden von den stochswingenden Werbem für das Gotteswort. Und vermuthlich wäre er der Erste, der es begreiflich fände, daß auch die Arbeiterklasse sich abwenden, immer mehr sich abwenden von einer Kirche, deren Lehre mit Prügelein eingeleitet werden muß.

Jeremiaden über die Kirchenaustrittsbewegung

wurden auf der Tagung der Kreisynode Berlin-Köln Stadt angeflimmt. Die liberalen Pastoren schreiben die Schuld an den vielen Kirchenaustritten den orthodoxen Pastoren zu und lehnen wieder den Liberalen. Der liberale Prediger Steiniger meinte: Viele Leute kämen schon verärgert nach Berlin. Sie haben früher immer gesehen, wie der Pfarrer mit dem Landrat ging; nun macht sich der Nachbar die Verbindung von Thron und Altar geltend. Geht man die Verbindung von Religion und Politik auf, so wird man bald das Herz der Arbeiter gewinnen. (1. Red.) Jetzt höre man, daß die Geistlichen sozial wirken sollten. Hätte man das vor 20 Jahren gesagt, so wäre die Austrittsbewegung nicht

so stark geworden. Man könne mit dem Erlasse des Evangelischen Oberkirchenrats über die Austrittsbewegung einverstanden sein, sofern er rechtliche Folgerungen zieht, aber widersprechen müsse man ihm, daß man sage: Die Ausgetretenen unterstehen noch immer unserer Seelsorge. Die moderne Theologie und der kirchliche Liberalismus hat an dieser Bewegung keinerlei Schuld. Im Gegenteil, diese Bewegung ist die Quittung für die Art, wie Sie predigen, lehren, reglementieren im Konfirmandenunterricht usw.!

Dem widersprach der orthodoxe Hsprediger Dsh. Der meinte: „Unsere Stadtmissionsbrüder haben festgestellt, daß in den meisten Fällen ein ganz unerhörter Zerror der Sozialdemokratie die Leute zum Austritt treibe. Die Sozialdemokratie hat nun einmal die Parole ausgegeben, daß die Kirche durchgegriffelt werden müsse für die Schlappe der Partei bei den Reichstagswahlen. Man könnte dieser Bewegung übrigens auch eine andere Seite abgewinnen: wir sind dadurch aus dem Dämmerzustand unklarer Verhältnisse hinausgetreten in das Licht des Tages, wo man schärfer sieht und wo die Entscheidung kräftiger ist. Nun fällt im Sturm das dicke Holz. Es ist interessant, daß sich von den Ausgetretenen — vielleicht mit einigen Ausnahmen, die zu den Selten hinübergehen — niemand findet, der auf positivem Boden steht, sondern, bei genauerem Zusehen, stehen sie ihren Anschauungen ungleich näher! (Widerspruch links.) Nun, ich würde das hier nicht ausgesprochen haben, wenn Sie vorher nicht die Austrittsbewegung als in die Schube geschoben hätten, indem Sie sagten: sie sei die Quittung auf unsere Arbeit! Auf eine solche Provolation mußte ich antworten. Hier ist ein Schriftchen von Dekar Zimmer, das für die Austrittsbewegung agitiert, indem es geradezu in virtuoser Weise die liberale Theologie benutz! (Hört! hört!) Das läßt doch tief bliden. Also ich denke, wir gehen lieber nicht auf das Gebiet gegenseitiger Vorwürfe. Daß wir uns um die Ausgetretenen mit aller Liebe kümmern müssen, ist für uns selbstverständlich. Wollen wir doch in dieser nachgehenden Fürsorge in einem Wettbewerb treten!“

Wir wollen mit dem Herrn Hsprediger nicht weiter rechten über die sogenannte Feststellung der Stadtmissionsbrüder von dem Zerror der Sozialdemokratie in Sachen der Austrittsbewegung. Diese Feststellung ist einfach eine Plankerei der frommen Brüder; denn wer austritt, läßt sich in der Regel mit diesen aufdringlichen Leuten gar nicht erst ein. Uns amüsiert nur die Tatsache, daß Liberale und Positive sich gegenseitig die Schuld für die vielen Kirchenaustritte in die Schuhe schieben. Aber recht hat niemand, diese Erscheinung hat andere Ursachen als die frommen Herrschaften vermuten. Immer deutlicher erkennen die Massen, daß die Kirche heute nur noch ein Werkzeug der herrschenden Klassen ist, sich in ihren Dienst gestellt hat. Sie dient nur noch zur Niederhaltung der Emanzipations- und Kulturbestrebungen der Arbeiterklasse und deshalb lehren immer größere Kreise der Arbeiter dieser Kirche den Rücken.

Zur Warnung für Malenbändler. Seitens der Gemeindebehörde in der Umgebung Berlins wird durch Bekanntmachung darauf hingewiesen, daß in früheren Jahren vielfach Wirtenfränder durch Malenverkäufer unbefugterweise gestohlen, wobei rüchichtslos vorgegangen und ganze Anlagen verwüstet worden seien. Das unbefugte Abbrechen von Malen wird streng bestraft und die Eigentümerbeamten haben die Anweisung erhalten, in den nächsten Tagen ihr Augenmerk auf derartige Forstfreiber zu richten.

Wenn man vor Gericht Zeuge spielen muß. Die Reizung, in einer Gerichtsverhandlung sich als Zeuge vernehmen zu lassen, ist bei den meisten Leuten nicht groß. In weiten Kreisen der Bevölkerung besteht eine Scheu vor den Gerichten, die die Rechtspflege erschwert und gewiß schon manchem unschuldig Angeklagten verderblich geworden ist. Es ist ein arges Unrecht, sich der Zeugenpflicht entziehen zu wollen. Man kann aber solche Stimmung einigermaßen verstehen, wenn man weiß, wie wenig zumeist den Zeugen die Erfüllung ihrer Pflicht erleichtert wird. Der Ton, in dem manche Richter verhandeln, die Zeitverluste, die den Zeugen zugemutet werden, die Genauigkeit, mit der an ihren Gebührensorderungen herumgeknauert wird — alles das wirkt nachteilig nicht ermutigend. Lehreich ist eine Erfahrung, die letzten ein Barbier, selbständiger Geschäftsinhaber, hat machen müssen. Bei einer durch einen Schupmann vorgenommenen Verhaftung war er ohne seinen Willen von dem Beamten als Zeuge notiert worden, und er wurde nun geladen. Da er sein Geschäft ohne Gehilfen betrieb, so mußte er am Tage der Gerichtsverhandlung eine Aushilfskraft annehmen, wenn er nicht den Laden schließen wollte. Die Aushilfskraft bekam er nur für den ganzen Tag, mithin hatte er 4,50 M. Lohn zu zahlen und die übliche Verpflegung zu geben. Nachdem er seine Zeugenpflicht erfüllt hatte, forderte er an der Gebührenberechnungsstelle vollen Ersatz seiner baren Ausgaben. Da kam er aber böse an. Man speiste ihn ab mit 2,50 M. für Zeitverlust und 40 Pf. für die Fahrt. Er nahm zunächst, was man ihm gab, reichte aber Beschwerde ein und legte dar, daß ihm selber viel höhere Ausgaben entstanden seien. Was wurde ihm geantwortet? „Die höchste einem Zeugen zustehende Entschädigung für Zeitverlust beträgt bestimmtungsgemäß pro Stunde 1 M., auch im Falle angemessener Vertretung.“ Für den Termin wurden 1/2 Stunde, für Hin- und Rückfahrt je 1 Stunde angerechnet, die Entschädigung für zusammen 2 1/2 Stunden wurde auf 2 M. abgerundet, dazu kamen die 40 Pf. Fahrkosten, macht 2,40 M., so daß dem Zeugen noch ein Rest von 50 Pf. zusteht, den er sich abholen oder sich zuschicken lassen kann. Der Mann hat nach dieser Erfahrung kein Verlangen mehr, vor Gericht Zeuge zu spielen. Darf man's ihm verdanken?

Ein aufregender Verkehrsunfall hat sich Dienstagabend in der Prinzen-Allee zugetragen. Der 43 Jahre alte Kutsher Hans Waldow, Prinzen-Allee 45 wohnhaft, hatte nach vier Monat langer Arbeitslosigkeit endlich wieder Stellung bekommen. Vorgestern abend hielt er vor einem Grundstück in der Prinzen-Allee mit seinem Gesährt, als plötzlich einige Hunde gegen die Pferde gelaufen kamen, wodurch die letzteren scheu wurden. Sie gingen durch und W., der gerade neben den Tieren gestanden hatte, wurde umgerissen und mitgeschleift. Dem Bedauernswerten wurde der rechte Oberschenkel zerschmettert und der linke mehreremale gebrochen. Auch im Gesicht und am Kopf wurde der Verunglückte schredlich zugerichtet. In hoffnungslosem Zustand wurde W. nach dem Sirchow-Krankenhaus gebracht.

Von der Ordnung in den Bureaus unseres Rathhauses liegt schon wieder eine eigenartige Probe vor, die weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient. Die Stadt Berlin vermalst eine Stiftung, die sogenannte „Friedrich-Wilhelm-Anstalt für Arbeitame“, die hiesigen Einwohnern bei Erwerbschwächung durch Krankheiten, Unglücksfälle usw. zinslose Darlehen gewährt, um vor Verarmung zu schützen. Ein Barbier W., der durch Krankheit manche Schädigung in seinem Geschäft erlitten hatte, wandte sich an diese Stiftung und bekam von ihr 100 M. geliehen. Bezüglich der Rückzahlung wurden Vereinbarungen über Höhe der Malen und Beginn der Zahlungen getroffen, doch konnte W. die Bedingungen nicht so erfüllen, wie sie festgesetzt worden waren. Schließlich wurde von der Stiftung gegen ihn, den sie durch ihre Hilfe hätte schützen sollen, das Gericht

mobel gemacht, aber auch so kam sie zunächst noch nicht zu ihrem Geld. Ein Versuch, ihn wegen der Restschuld von 66,75 M. auszufänden zu lassen, blieb erfolglos. Indes, das Kuratorium ließ nicht Loder und griff sogar zu dem Mittel, das W. und seiner mitberpflichteten Gattin die Leistung des Offenbarungseides zu fordern. Nun borgte W. sich den fehlenden Betrag an anderer Stelle, ließ nach dem Bureau der Stiftung und bezahlte, was er schuldig war. Das geschah an demselben Tage, an dem er den Offenbarungseid leisten sollte, am 16. Februar, eine Stunde vor dem Termin. W. glaubte, hierdurch sei alles erledigt, und mit der ihm eingehändigten Quittung ging er beruhigt nach Hause. Der Offenbarungseid war, so nahm er an, jetzt nicht mehr nötig, und im den Termin meinte er sich nicht weiter kümmern zu sollen. Mählich wurde dem Ahnungslosen am 20. April eine Gerichtsverfügung zugestellt, die gegen ihn und seine Gattin die Haft anordnete, weil sie sich der Leistung des Offenbarungseides entzogen hätten. Wieder glaubte W., seine Schritte tun zu sollen, da er ja alles auf Heller und Pfennig bezahlt habe und man den Termin schon selber merken werde. Da fand sich am 22. Mai ein Gerichtsvollzieher bei ihm ein und ersuchte das Ehepaar, sich zur Eidesleistung zu stellen oder sich einfinden zu lassen. W. besorgte nun schleunigst für das Geschäft eine Vertretung, auch wurden die drei Kinder in einer befreundeten Familie untergebracht, und dann ging am 24. Mai hinaus nach Moabit. Dort wurde W. und Gattin zunächst voneinander getrennt und in Zellen für Untersuchungsgefangene gesteckt. Dem Richter, vor den sie später geführt wurden, wies W. die Quittung vor. Aber der antwortete, ihn gehe das nichts an, er habe nur den Offenbarungseid abzunehmen. Auf des Ehepaars Beigerung, den überflüssig gewordenen Eid zu leisten, antwortete der Richter mit der Ankündigung, daß sie dann in Haft bleiben müßten. Da leisteten beide den Eid und wurden dann entlassen. Im Rathhaus, wo W. am nächsten Tage sein Erlebnis vortrug, zudte man die Akten. Man fand ein, daß kein Zahlungsbetrag zu den Akten gelangt sei, so daß die Sache hatte weiterlaufen müssen. So kann's einem ergehen, wenn man mal die „Friedrich-Wilhelm-Anstalt für Arbeitame“ um Beistand gebeten hat und das gewährte Darlehen nicht schnell genug zurückzahlt.

Ein Güterwagen in Brand geraten. Ein mit 200 Zentner Stroh beladener Güterwagen geriet auf dem Gelände an der Gürtelstraße plötzlich in Brand. Durch ausgeworfene Funken aus einer vorüberfahrenden Lokomotive wurde die Ladung entzündet und nach kurzer Zeit hatte sich das Feuer über den ganzen Wagon hinweg verbreitet. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit gelang es der herbeigerufenen Feuerweh, den Brand zu löschen.

Wer ist die Tote? Aus der Spree wurde gestern in Treptow die Leiche einer unbekanntem Frau gelandet. Die Ertrunkene ist etwa 25 Jahre alt und 1,65 Meter groß. Sie hat braunes Haar, eine hohe Stirn, eine kleine Nase, einen dicken Mund (aufgeworfene Lippen), ein rundes Gesicht und eine starke Gestalt und trug ein schwarzes Tuchjackett, einen schwarzen Rock, eine grauschwarze gestreifte Bluse, ein schwarzgrünes Korsett, schwarze Schürstiefel, graue Strümpfe und ein weißes Hemd ohne Zeichen. Die Leiche befindet sich in der Halle zu Treptow.

Rom und die Campagna teilt sich ein neuer Vortrag, der, mit farbigen Lichtbildern künstlerisch ausgestattet, gestern zum ersten Male in der Urania in der Taubenstraße gehalten wurde. Die Zahl der Kunststätten und der Kunstschätze, die uns gezeigt werden, wenn auch nur im Wilde, ist so groß, daß es ganz unmöglich ist, sie hier alle einzeln aufzuführen. Unser besonderes Interesse nahmen die Bauten oder Ruinen in Anspruch, die an das alte Rom erinnern, an die altömische Kaiserzeit. Eine längst verunkunte Kulturperiode taucht vor unserer geistigen Auge auf und läßt ungeachtet der gewaltigen Triumphbögen, der antiken Tempel, Grabdenkmäler in und eine kleine Ahnung von Glanz und Pracht aus längst vergangenen Zeiten aufkommen. Auch die Kunstschätze des Vatikan werden uns im Wilde gezeigt, darunter Werke eines Raffael und Michelangelo, die jeden in seinen Bann zwingen, der nur das leiseste Interesse für Schönheit und Kunst hat. Im zweiten Teil des Vortrages werden wir in die römische Campagna geführt, wo wir aufs neue durch die wunderlichsten An- und Ausblicke gefesselt werden.

Im Berliner Prater-Theater beginnt am Sonntag, den ersten Feiertag, die Sommerfaison.

Die Feuerwehr alarmiert wegen einem verschluckten Gebiß.

Die Feuerwehr wurde wegen einer Leuchtgasbergiftung nach der Wallstraße 21 gerufen. Gleichzeitig hatte man die Sanitätswache am Spittelmarkt benachrichtigt. Da der dortige Arzt wegen eines anderen Anfalls nicht abkommen konnte, wurde die Sanitätswache 18 (Neu-Adlon), Kommandantenstr. 40 um Hilfe ersucht. Inzwischen hatten sich schon zwei zufällig vorbeigehende dienstfreie Feuerwehrmänner mit der Rettung des Vergifteten bemäht. Als die Feuerwehr erschien, wurde dem Lebensmüden Sauerstoff eingebläst. Dem Arzt fiel dabei der völlig zahnlöse Oberkiefer auf. Es stellte sich heraus, daß der Mann das Gebiß verschluckt hatte. Nachdem mit vieler Mühe die krampfartig zusammengepreßten Riefer geöffnet, gelang es dem Arzt, das im Halse studegebliebene Gebiß zu entfernen.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Stadtvorordneten-Sitzung. Die am Dienstag abgehaltene Sitzung eröffnete der stellvertretende Stadtvorordnetenvorsteher mit der Mitteilung, daß er in Verfolg einer Einladung zu den Vorbereitungen für den Empfang der englischen Delegation einige Stadtvorordnete zu einer am Abend im Reichstages saalfindenden Zusammenkunft eingeladen habe. Unsere Genossen erklärten, daß sie das als eine persönliche Angelegenheit betrachteten. Der Vorsitzende meinte, richtig gehandelt zu haben, weil die Veranstaltung der Pflege freundschaftlicher Beziehungen mit England diene. Ihm wurde erwidert, daß solche Kundgebungen, wie die in Betracht kommende, bei gleichzeitig gegenfeitigem, probozierendem Vertrauen wenig Zweck habe. In prinzipiellen Auseinandersetzungen gab eine Vorlage, betreffend Einführung des Institutes der Bezirksvorsteher Anlaß. Schon in der vorbereitenden Kommission hatte der Magistrat die Ansicht vertreten, daß die Stadtvorordnetenversammlung rechtlich lediglich die Einführung des Institutes beschließen könne; ein vollständig dem Magistrat separiertes Recht sei es, den Pflichtkreis der den Bezirksvorstehern zu überweisenden Aufgaben formell und materiell zu umgrenzen, weil ihm nach der Städteordnung der Erlass einer Instruktion zustehe. Wie in der Kommissionsberatung traten unsere Genossen dem Anspruch des Magistrats entgegen. Die formelle Funktion des Erlasses einer Instruktion bedeute nicht auch das Recht, diese mit Ausschluß der Stadtvorordneten selbstherrlich zu gestalten. Gleichzeitig mit dem Antrag auf Vertagung forderten unsere Genossen, der Magistrat solle beauftragt werden, den Stadtvorordneten zunächst eine Abschrift der zu erlassenden Instruktion zu überweisen. Die Versammlung mußte entscheiden über in der Kommission abgelehnte und eventuell über noch anderweitig verlangte materielle Aenderungen in dem Entwurf. Trotz Widerspruch der unter Leitung eines Herrn Schachtel stehenden Vorkgruppe fand der Antrag Annahme. Eine lange Diskussion veranlaßte diese Gruppe sodann beim nächsten Punkt der Tagesordnung: Anstellung eines Leiters des projektierten Krankenhauses, indem sie, entgegen einem früheren Beschluß, nunmehr von der Anstellung des leitenden Arztes schon für die Vorzeit abzusehen beantragte, obwohl darauf hingewiesen wurde, daß, wenn der Forderung stattgegeben werde, die Ausführung sich zweifel-

Los sehr verzögert. Die Abstimmung ergab Ablehnung der Forderung. Angenommen wurde ein von unserer Seite gestellter Zusatzantrag, der die Ausschreibung der Stelle und die Mitwirkung einer gemischten Kommission bei der Auswahl der Kandidaten forderte. Geschlossen stimmten die Bürgerlichen für einen Antrag, der die Anstellung von nur einer Lehrerin an der höheren Mädchenschule verlangt, während die Vorlage des Magistrats einen Oberlehrer und eine technische Lehrerin forderte. Auf der Tagesordnung einer gemeinsamen Sitzung standen drei Punkte. Einer betraf die Pensionierung eines Beamten, ein anderer die Gewährung einer Abschlagszahlung an die städtischen Beamten auf die bevorstehende Gehaltsaufbesserung und der dritte die Auszahlung der den Lehrern zugebilligten Feuerzulage. Die Lehrer hatten gebeten, ihnen die Zulage auf einmal, anstatt in vierteljährlichen Raten auszahlen. Unsere Genossen beantragten, darüber in öffentlicher Sitzung zu verhandeln. Das wurde abgelehnt! Trotzdem fanden die Vorlagen Zustimmung, die Gehelmlappe hat diesmal nichts genutzt.

Nigdorf.

Eine öffentliche Stadtvorordnetenversammlung findet heute nachmittags 5 Uhr im Rathhause statt. Auf der reichhaltigen Tagesordnung steht u. a.: Einstellung des Personals für das städtische Krankenhaus im Ausweis und Festsetzung der Besoldungs- und sonstigen Anstellungsbedingungen; Erstattung von Umzugskosten bei der Anstellung von Lehrkräften an den höheren Schulen; Vertrag mit der Firma Franz Leuwer wegen Vermietung der Laternenreklame; Polizeiverordnung für das öffentliche Fuhrwerk; Abänderung des Ortsstatuts über die Vergütung der Beamten und sonstigen Angestellten bei Unfällen; Nachtrag zum Ortsstatut betreffend die Pflichtfortbildungsschule in Nigdorf.

Schöneberg.

Zur Ausschmückung des Barbarossaplatzes schreibt der Schöneberger Magistrat eine öffentliche Konkurrenz aus. Den Mittelpunkt der Schmuckanlagen soll eine Denkmalsanlage bilden, die aus weiterbestehendem Material bestehen muß. Die Bedingungen sind folgende: 1. Zur Teilnahme an der Konkurrenz werden alle Bildhauer Groß-Berlins zugelassen. 2. Für die Einlieferung der Entwürfe ist den konkurrierenden Künstlern eine Frist von zwei Monaten vom Tage der Ausschreibung ab gerechnet zu bewilligen. 3. An Preisen werden ausgesetzt: ein I. Preis von 1200 M., ein II. Preis von 800 M. und ein III. Preis von 500 M., außerdem werden für Ankäufe von nicht prämierten Entwürfen der Jury 500 M. zur Verfügung gestellt. Die Ausführung des Denkmals soll gegen eine Entschädigung von 25 000 M. für Bildwerk und Architektur oberhalb der Erde von der städtischen Kunstdeputation demjenigen Bildhauer übertragen werden, dessen Entwurf von der Jury zur Ausführung angenommen wird.

Ein Notizfret über die miserable Beschaffenheit des Weges vom Auguste-Viktoria-Krankenhaus zum neuen Friedhof im Südgelände geht uns als Leserkreis zu:

Die Leichenbegängnisse vom Auguste-Viktoria-Krankenhaus zu dem neuen Friedhof im Südgelände bedeuten für die Angehörigen der Verstorbene wie der Leidtragenden geradezu eine Marter. Die Leichenhalle des Krankenhauses befindet sich auf dem südlichen Teil, der an freies Feld grenzt. Die Zufahrt zur Halle ist derartig schlecht, daß die Kutsher alle Vorsicht anwenden müssen, um mit dem Wagen nicht zu verunglücken. Ebenso ist der Fahrweg, der zum Friedhof führt, uneben und an regnerischen Tagen unpassierbar; an trockenen Tagen herrscht ein furchtbarer Staub. Kommt ein Leichenzug am Friedhof an, so muß beim Herunterheben des Sarges vom Leichenwagen der Sarg erst besichtigt werden, ob nichts gelodert ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei einem derartigen Transport selbst der tote seine Lage verändert. Eine Gelegenheit, die Kleider sowie Gesicht und Hände vom Staub und Schmutz zu reinigen, ist leider nicht vorhanden. In der kurzen Spanne Zeit ist es auch nicht gut möglich, denn kaum hat die Gruft den Sarg aufgenommen, so lautet es schon; es ist dies das Zeichen, daß die Besucher den Friedhof zu verlassen haben. Dieser standalöse Zustand könnte mit Leichtigkeit beseitigt werden, wenn der Fahrweg gepflastert würde.

Röpenitz.

Unter dem Verdacht, die 26 Jahre alte unberechnete Wäscherin Marie Gerlach ins Wasser gestochen und ertränkt zu haben, ist der 80 Jahre alte Arbeiter Karl Weische verhaftet worden. Er bestritt die ihm zur Last gelegte Tat; er behauptet, daß die G. in der Nacht zum Dienstag mit ihm zusammengetroffen und am Vollwerk ins Wasser gefallen sei.

Steglich.

Das Gewerkschaftsstatut nahm in seiner letzten Sitzung den Bericht von der Meißeler entgegen. Ein Antrag, den Ueberschuh derselben an den örtlichen Bildungsausschuß abzuführen, wurde abgelehnt. Die Gewerkschaftskommission sieht sich durch Ausgaben für den Bildungsausschuß usw. genötigt, den Jahresbeitrag für das nächste Jahr auf 10 Pf. zu erhöhen. Zweck Veranstaltung des diesjährigen Volksfestes wurde der Vorstand beauftragt, sich mit dem Wahlvereinsvorstand in Verbindung zu setzen. Ferner wurde dem Obmann aufgegeben, bei der hiesigen Gemeindevertretung die Ermäßigung der Preise in der hiesigen Badeanstalt zu beantragen. Es fehlten die Vertreter der Töpfer, Dachdecker und Steinseher.

Groß-Lichterfelde.

Die Verlängerung des Vertrages mit der englischen Gasgesellschaft angenommen! Auf der Tagesordnung der Gemeindevertretung am Montag stand diese Angelegenheit als einziger Punkt. Der Vertragsentwurf, der mit nur unwesentlichen redaktionellen Änderungen gegen eine Stimme angenommen wurde, zeigte schon vor Senale die Abhängigkeit der Gemeinde von der genannten Gesellschaft und die geradezu unübersehbaren finanziellen und wirtschaftlichen Nachteile, wenn kurzfristige und geschäftsungehörige Monopolgesellschaften zur Ausbeutung überlassen. Obwohl der bisherige Vertrag erst im Jahre 1939 erlischt, hatte man es trotzdem sehr eilig, um ein Linienrecht jetzt schon eine weitere Verlängerung einzugehen, Gemeinde und Bürger um weitere 20 Jahre einer privaten Erwerbsgesellschaft auszuliefern: Nach dem neuen Vertrage tritt eine Ermäßigung des Preises von 2,6 Pfennig auf 1,633 Pfennig pro Strohenflamme mit O-Grenner und Brennstunde ein. Die Gemeinde ist berechtigt, Änderungen in der Konstruktion der der öffentlichen Beleuchtung dienenden Laternen zu verlangen, wenn sie die Mehrkosten dieser Veränderung nach billigem Ermessen ersetzt, abzüglich der im Betriebe durch diese Veränderung der Gasgesellschaft etwa entstehenden Ersparnisse. Die Gemeinde verpflichtet sich, soweit dies ihr möglich ist, die Gasgesellschaft bei Ausübung ihres Betriebes zu fördern und ihr bei Begründung aller etwa sich entgegenstellenden Schwierigkeiten behilflich zu sein! Die Gasgesellschaft wird diejenigen Veränderungen und Verlegungen ihrer Leitungen auf eigene Kosten und ohne Entschädigung vornehmen, die von der Gemeinde zur Durchführung ihrer eigenen häuslichen Veranstaltungen für notwendig erachtet werden. Die Gemeinde wird sich bemühen, derartige Veränderungen und Umlegungen nach Möglichkeit zu vermeiden. Und nun kommt im § 3 das Schlimmste, was jemals in Verträgen zwischen Gemeinden und Privatgesellschaften vereinbart werden konnte und was geeignet ist, jede selbständige Bewegung der Kommune von vornherein förmlich zu erlösen. Wir wollen diesen Teil als warnendes Exempel in Ruh und Frommen anderer Gemeinden wörtlich mitteilen: „Mit Rücksicht auf § 873 des B. G. B. für das Deutsche Reich bewilligt und beauftragt die Gemeinde auf denjenigen ihrer im Gemeindebezirk gelegenen oder unabhängig von ihrer örtlichen Verfassung, der Verfügung der Gemeinde unterstehenden, an das Groß-Lichterfelder Strohenwerk anschließenden Wege — Straßen — und Platzgrundstücke, für welche ein Grund-

buchblatt bereits angelegt ist, in Abteilung II die Eintragung folgender Belastung: Der Imperial-Kontinental-Gas-Assoziation steht nach Maßgabe der Verträge vom 11. Dezember 1888, 17./20. September 1892, 17./20. Februar 1900 und . . . bis zum . . . und im Falle der Verlängerung des Vertragsverhältnisses für die Dauer der Verlängerung das ausschließliche Recht zu, in dieses Grundstück Gasröhren zu legen, darauf Anschlußleitungen herzustellen, ferner Änderungen und Ausbesserungen an Haupt- und Anschlußleitungen vorzunehmen und mittels dieser Röhren die Gemeinde Groß-Lichterfelde und andere Gemeinden usw. mit Gas zu versorgen. Auch nach Ablauf des Vertragsverhältnisses mit der Gemeinde bleibt die Imp.-Kont.-Gas-Assoziation berechtigt, in diesem Grundstücke zum Zwecke der Versorgung der Privatabnehmer, anderer Gemeinden usw. ihre bisherigen Einrichtungen fortbestehen zu lassen, zu verändern, zu verbessern und auszudehnen, also namentlich ihre sämtlichen vorhandenen Röhren liegen zu lassen, noch andere Röhren zu legen und jene wie diese auszubessern und zu erweitern, sofern dadurch andere Anlagen der Gemeinde nicht beeinträchtigt werden. . . . Ferner hat die Gemeinde die Verpflichtung, alle Straßen und Plätze, die sie später eigentümlich erwirbt, der Gasgesellschaft in bestimmter Frist bezuzugewen, damit diese „ewigen Rechte“ auch auf sie ausgeübt werden, die auch für die Rechtsnachfolger der Gasgesellschaft in Kraft zu bleiben haben. So sieht dieser Vertrag aus, wie ihn wohl zum Glück keine zweite Gemeinde im ganzen Deutschen Reich haben dürfte. Und mit welcher Berachtung und geistigen Ueberlegenheit mögen diese Künslinge des Dreiklassenwahlrechts, die seinerzeit diesen geradezu blühenden Vertrag mit den gerissenen Juristen der Privatgesellschaft abgeschlossen haben, auf die Bestrebungen der Sozialdemokratie, Einfluß auf die Gemeindeverwaltungen zu erringen und die Kommunen vor derartigen ungeheuren Schäden zu bewahren, herabgesehen haben! — Schöpfe Lengner vertat die Vorlage des Gemeindevorstandes. Die Kommission sei zu der Ansicht gelangt, daß die Errichtung einer eigenen Gasanstalt für Groß-Lichterfelde aus technischen und Vertragsgründen unüberwindlich sei. Von allen Gemeinden sei Groß-Lichterfelde mit dem „ewigen Monopol“ der Gasgesellschaft am übelsten daran. In seinen Ausführungen spielen die 2 Millionen, die der Ort angeblich in drei bis vier Jahren „spart“, wieder eine große Rolle; leider vergaß er hinzuzufügen, wie viel Millionen Gewinn der privaten Erwerbsgesellschaft infolge der unglaublich kurzfristigen Politik der jeweiligen Gemeindevertretungen und der schmachvollen, die Gemeinde für alle Zeiten fesselnden Verträge der früheren Jahre in die Taschen gestopft wurden und noch werden. Gemeindevorteiler Jäger belämpfte energisch die weitere Verlängerung des Vertrages, umso mehr als man heute noch gar nicht wissen könne, welche technischen Fortschritte auf dem Gebiete der Beleuchtungswissenschaften in 80 Jahren gemacht würden. Die Gemeinde stehe jetzt abermals vor einem Wendepunkt; es sei bedauerlich, daß sie nicht einen einzigen muthbringenden Versuch bestige. Jäger empfiehlt, um aus den Klauen der Gesellschaft herauszukommen, zum Zwecke der Beleuchtung das Wassergasverfahren. Sein Antrag, den Beschluß über die Vorlage auszusagen, erst sachmännische Urteile und Berechnungen bezüglich der Errichtung einer eigenen Gasanstalt zu sammeln, wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt und sodann der ganze Vertrag gegen eine Stimme (Jäger) angenommen. Die Herren Gemeindevorteiler hatten es sogar so eilig, auch sofort die zweite Lesung vorzunehmen. Damit ist der obdite Vertrag auf weitere 20 Jahre in Kraft, und die späteren Generationen werden die Weisheit der kommunalen Massenvertretung aus dem Jahre 1909 mit lauten Worten preisen. — Vielleicht wird jetzt die englische Gasanstalt, deren Direktor als Gemeindevorsteher auch in der Lichterfelder Kommunalverwaltung tätig ist, der Gemeinde durch Stiftung des dritten Kronleuchters mit Hängellicht im Rathhausaal ihren Dank bezeugen. Die gewöhnlichen Gemeindevorteiler mögen sich aber einmal die Frage vorlegen, ob es nicht im Interesse beider Teile läge, wenn Beamte von privaten Erwerbsgesellschaften, die mit Gemeinden in einem Vertragsverhältnis stehen, in solchen Kommunen kein Amt bekleiden dürften.

Mariendorf-Südende.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte Genosse Reichardt über „Das Wahlrecht der Landgemeinden.“ Der Referent ging in seinen Ausführungen auf die Wahlen der Landgemeinden erläuternd ein. Bezugnehmend auf die örtlichen Verhältnisse, wird der Redner an der Hand einer genauen Statistik nach, daß an Orte vermöge des famosen Wahlrechts 11 Wähler der 1. Klasse dasselbe Wahlrecht besitzen wie 148 Wähler der 2. Klasse und 2154 Wähler der 3. Klasse. Da Mariendorf jedenfalls in Stärke von einer Wahl überlastet werden wird, ist es Pflicht jedes Einzelnen, das uns zusehende Mandat von neuem zu erobern. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Allgemein bedauert wurde, daß die Sperre über das Lokal Grahl's Gesellschaftshaus (früher „Zum alten Aulaner“), Chaussee, Ecke Eisenacherstraße nicht scharfer beachtet wird. Der Garten, welcher nach den Berliner Friedhöfen führt, ist Sonntags voll bis auf den letzten Platz. Der organisierten Arbeiterschaft von Mariendorf verweigert dieser Herr Grahl sein Lokal.

Zohannisthal.

Die Einführung der Wertzuwachssteuer wurde in der letzten Gemeindevertretung nach unwesentlichen Änderungen der ersten Beratung für den Ort beschlossen. Die Steuer beträgt bei 10 Proz. des Wertzuwachses 5 Proz.; sie erhöht sich bei jeder weiteren Steigerung des Wertzuwachses von 10 Proz. um 1 Proz. Bei Grundstücken, deren letzter Eigentumswechsel vor dem 1. April 1905 liegt, soll als Erwerbsswert der Betrag angesehen werden, nach dem das Grundstück im Steuerjahr 1906/07 zur Gemeindegrundsteuer veranlagt worden ist. Die Steuer verringert sich um 1/2 oder um 1/3 ihres Betrages, wenn bei bebauten Grundstücken der Besitzwechsel nach fünf oder nach zehn Jahren stattfindet. Persönliche Leistungen und Erweiterungsbauten sowie einmalige Kosten für Kanalisation und Wasserleitung kommen als Wertsteigerung nicht in Frage. — Heilmannstritten wurde das Ortsstatut des Feuerlöschwesens. Hiernach soll eine Pflichtfeuerwehr aus ansehnlichen Bürgern gebildet werden, aus denen der Reihenfolge nach die freiwillige Feuerwehr ergänzt wird, wenn sie die genügende Stärke nicht besitzt. Die Kosten des Feuerlöschwesens sowie 150 M. für Spandienste sollen von den Hausbesitzern nach Maßgabe des Nutzungswertes getragen werden. — Die Reorganisation der Grundsteuer wurde der Finanzkommission überwiesen. — Der Feuerwappung des Rathleiers soll eine Neuausschreibung vorangehen.

Wahldorf a. d. Ostbahn.

Eine von Frauen und Männern gut besuchte Volksversammlung hörte am 22. d. Mts. ein treffliches Referat der Genossin Friedländer Berlin über „Die Frau im öffentlichen Leben“. Im Anschluß hieran schied sich der Gemeindevorteiler Genosse D. w. Schumann an, das gleichfalls auf der Tagesordnung stehende Thema „Die Gemeindevertretung in Wahldorf“ zu behandeln. Doch kaum hatte er mit seinem Referat begonnen, als auch schon der die Versammlung überwachende Gendarm den Vorstehenden auf-forderte, die Versammlung zu schließen, da die Polizeistunde eingetreten sei. Trotzdem der Referent sowohl wie auch der Vorstehende hiergegen Einspruch erhoben, verwarf der Beamte auf seine Forderung. Das besagte Thema soll daher in einer späteren Versammlung behandelt werden. Gegen den Beamten wird der Beschwerdeweg beschritten.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeitswillige.
Wenn auch augenscheinlich eine starke Zunahme der erwerbs-tätigen weiblichen Arbeitskraft sich vollzog, so brachte doch erst das

Resultat der letzten Verurteilung ein richtiges Bild von dem gewaltigen Anschwellen der arbeitenden Frau auf allen Gebieten des gewerblichen Lebens. Diesen Hof wuchs die Zahl der im Produktions-prozess tätigen Frauenhände; in immer mehr Berufen drang die Frau als Erwerberin ein, suchte und behauptete ihren Platz. Die vielfältigen direkten Ursachen, die der weiblichen Arbeitskraft den Weg frei machten um verlässlichen Eindringen in Fabrik und Werkstatt, laufen letzten Endes alle auf die Formel hinaus: Verbilligung der Produktion!

Wenn im allgemeinen technische maschinelle Neuerungen als um-gestaltende Faktoren im Wirtschaftsgebiete geltend gemacht werden, die durch erweiterten Maschinenbetrieb größere Nachfrage nach billigeren Arbeitskräften herbeiführen, so waren doch auch noch Umstände anderer Art für die mehr oder weniger starke Heranziehung weiblicher Kräfte bestimmend. Neben Umgestaltung einiger Kleinbetriebe in Großbetriebe, größerer Zunahme von Fabrikations-äweigen, in denen von jeher Frauen beschäftigt waren, hat auch Mangel an männlichen, besonders jüngeren Arbeitskräften die Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte für Beschäftigungen, die sonst nur von Männern ausgeführt wurden, veranlaßt. Auch sind bei hoch-gelagerter Konjunktur häufig Arbeiter in andere Betriebe, bei denen größerer Verdienst im Auslicht stand, übergegangen, deren Stellen dann Frauen einnahmen. Einschränkungen in weniger beschäftigten Industriezweigen, schlechter Geschäftsgang, gaben ebenfalls, wie die Gewerbeinspektoren mitteilen, Anreiz zur stärkeren Heranziehung der billigeren Frauenarbeit.

Hast überall haben sich nach den Berichten die weiblichen Arbeitskräfte bedrängt und sind dann der niederen Löhne wegen beibehalten worden.

Bedauerlich dabei ist, daß wie verschiedentlich als Grund der Einführung weiblicher Arbeitskräfte angegeben wird, bei Arbeits-einstellungen der Männer Frauen an deren Stelle zu niederen Löhnen die Arbeit aufzunehmen, als Streikbrecherinnen fungierten.

So wurden infolge eines Streiks der Klemptner in einer Lampenfabrik Frauen zu Lötarbeiten herangezogen. Da sie sich gut bewährten, hat man sie zu niederen Löhnen beibehalten, und ihnen auch andere Arbeiten, die mehr Geschicklichkeit als Körperkraft erfordern, übertragen. Diefem Beispiele sind dann auch andere Fabrikbetriebe gefolgt. Ebenso ist in einer Gasmessfabrik nach einem Streik die bisherige Männerarbeit in Frauenhände übergegangen. In letzterem Falle hat die Fabrik die Arbeit an Heims-arbeiterinnen abgegeben und beschäftigt nur noch hauptsächlich für Reparaturen, eine männliche Arbeitskraft. Die starke Zunahme weiblicher Kräfte in der Zigarrenindustrie kann zum Teil auch auf die gleiche Ursache zurückgeführt werden, da nach einem Ausstände in einigen Zigarrenfabriken Frauen in verstärkter Zahl an-gestellt wurden. Bei gleicher oder Mehrleistung zu niedrigeren Löhnen hat die Frauenarbeit hier die Männerarbeit verdrängt. Als weitere Gründe für die Einstellung von Arbeiterinnen werden angeführt, daß sie im „allgemeinen zufriedener“, leichter lenkbar“ und „nicht so fest organisiert seien“, als die Männer. — nicht so leicht zum Wechsel der Arbeitsstätte und zu Ausständen neigen, und meist auch keine festen Lohnsätze haben. Das heißt mit anderen Worten, daß die Frauen im allgemeinen noch immer ein Objekt der Willkür in den Händen des Unternehmers sind, der ihre Kraft ausbeuten kann, soweit es „angänglich und geleglich zulässig“ ist.

Kein Zweifel kann darüber obwalten, daß im hervorragendem Maße die weibliche Arbeitskraft zu Lohnbrüderreien benutzt wird, daß die Arbeiterinnen vielfach als Konkurrenzkräften gegen den Mann auftreten und ihn durch Billigkeit verdrängen. Diese Tatsache unter dem Gesichtswinkel der Massenhaftigkeit der Verwendung der weiblichen Arbeitskraft und dem weiteren Zustrom in immer neue Gewerbe und Betriebszweige gewürdigt, gibt der Erscheinung eine wirtschaftliche Bedeutung, deren Uebersehung man nicht leicht sich schuldig macht. Sider geschieht aber das Gegenteil!

Kein modern denkender Arbeiter kann auf den Gedanken kommen, der Konkurrenz, deren Mittel die billige, willige Frauenarbeit ist, durch Verbot oder Beschränkung dieser über den durch die gebotene Mäßigkeit auf den Nachwuchs gezogenen Grenzen hinaus entgegenzutreten zu wollen. Auch ist entschieden der Ansicht zu begegnen, als ob der mit der weiblichen Arbeitskraft verbliche Mißbrauch der Ausflucht ethischer oder moralischer Rindertwertigkeit der Frau sei, daß diese der Charakterqualifikation zur Befundung von Solidarität ermangle. Die Frau ist hier lediglich das Opfer ihrer Ausnahmestellung, ihres minderen Rechts, ihrer wirtschaftlichen und sozialen Unterdrückung, ihrer falschen Erziehung, ihrer Unwissenheit und politischen Indifferenz als Folge dieser; vor allem kommt als Ursachenquelle ihre jahrtausendlange Anrechnung als Geschlechtswesen in Betracht. Daher muß es unsere Aufgabe sein, die Frau aus allen diesen Fesseln zu befreien, in ihr das Persönlichkeitsbewußtsein zu wecken, für ihre materielle, soziale und geistige Gleichberechtigung einzutreten. In welchen Opfern das Weib fähig ist, wie enorm ihre Widerstandskraft gegen physische und psychische Leiden ist, das zu beweisen erübrigt sich. Wer eine wahrhafte Mutter um ihr krankes Kind sich sorgen sah, braucht keine weiteren Beweise. Doch Frauen und Mädchen aber auch als Streiterinnen im wirtschaftlichen und politischen Kampf, was Mut und Ausdauer anlangt, mit dem Mann wetteifern, wenn sie erst zum Klassenbewußtsein erwacht sind, dafür liegen schon genügend Tatsachendeweise vor. Es bedarf also nur der Erziehung und Aufklärung, um dem angeführten Uebel zu steuern. Was die Gewerkschaften betrifft, so haben sie ja auch noch gegen Unverständnis und Gedankenlosigkeit beim männlichen Geschlecht zu kämpfen. Sind es doch die Arbeiter aus rücksichtlosen Gegenden, die manche im wirtschaftlichen Kampfe errungene Position bedrohen. Nicht ist aber zu verkennen: Die billige weibliche Arbeitskraft ist in gewissen Sinne gefährlicher als das Angebot ungelernter, bedürftiger, unaufgeklärter, indifferenter Arbeiter, weil die erstere gerade infolge der technischen Entwicklung dem Unternehmer eine viel größere Verwendungsmöglichkeit bietet als der unwissende, schwerfällige, in großer Beschäftigung stehende Landproletariat, den man nicht an die, minutiöse Aufmerksamkeit, große Geschicklichkeit, Fingerfertigkeit, überhaupt körperliche Beweglichkeit usw. erfordernde Maschine stellen kann, für deren Bedienung die Frau größere Befähigung aufweist, als der Mann im allgemeinen. Die Gewerkschaften werden daher der Organisierung der weiblichen Arbeitskräfte ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Je früher und energischer hier eingesetzt wird, desto besser für die gesamte Arbeiterbewegung.

Schlufantrag.

Frau Long Breitfeld sendet uns folgendes Schreiben:
Sehr geehrte Redaktion!

Ich darf Sie wohl bitten, folgenden Beilen Aufnahme in Ihrem geschätzten Blatt zu gewähren:
In Ihrem Bericht (Nr. 119 des „Vorwärts“ vom 25. Mai) über die letzte Versammlung der Vereine Frauenwohl und Frauenstimmrecht beschäftigen Sie sich auch mit meiner Person und kennzeichnen mich als „nette Demokratin“, weil ich befürwortet hätte, die englisch-amerikanische Geschäftsordnung auf internationalen Kongressen so zu handhaben, daß man sie gegebenenfalls durch Schlufanträge zur Ausschließung widerstrebender Elemente von der Debatte benützen könne.“

Ihr Berichterstatter hat dabei wohl überhört, daß ich gesagt habe: in Ausnahmefällen, wenn es sich darum handelt, einer fortschrittlichen Idee — wie etwa der Idee des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts — zum Siege zu verhelfen und durch einen Schlufantrag die Möglichkeit dazu gegeben wäre, müßten auch wir lernen, von solchen Schlufanträgen Gebrauch zu machen; und ich habe auch nicht nur beifällig erwähnt, daß man Mrs. Montefiore das Wort abgeschnitten hat, sondern ich habe es in hohem Maße bedauert und dabei, wenn ich mich nicht irre, das Wort „brutal“ angewandt.

Sobiel zur direkten Verichtigung. Ich kann aber auch nicht verstehen, wie man einen Schlufantrag unter allen Umständen als einer Demokratin unwürdig hinstellen kann. In sozialdemokratischen Versammlungen wird doch ebenfalls davon Gebrauch gemacht. Und in Ihren „Generalversammlungen“

werden doch sogar Medner, die außerhalb ihrer Partei stehen, gar nicht zum Wort zugelassen, selbst wenn Sie nur Berichtigungen geben wollen, so auf dem Frauenparteitag in Mannheim 1906.

Es kann also doch nicht so absolut undemokratisch sein, in besonderen Fällen auch von Schlußanträgen Gebrauch zu machen. Daß sie nur in solchen Anwendungen finden sollten, habe ich deutlich genug ausgesprochen, und ich glaube auch, daß niemand in der Versammlung — vermutlich auch Frau Huben nicht — angenommen hat, daß ich „Ratschläge zur Niederbütelung mitleidiger Minoritäten“ erteilen wollte.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Tony Breitscheid.

Zu der Rederei wollen wir nur bemerken, daß Frau Tony Breitscheid anscheinend vollständig die Situation vergißt, in der sie die beanstandete Äußerung in der von uns gebrachten Form gebraucht. Sie erzählte, daß die Amerikaner durch Schlußantrag eine auf dem Stimmrechtskongreß anwesende Minorität einfach mundtot machten, und sie empfahl das gleiche Mittel zu gleichem Zweck. Solche — liberale Praxi mit Debattenschlußanträgen in sozialdemokratischen Versammlungen und mit Nichtzulassung von der Partei fernstehenden Personen zu Verhandlungen auf Parteitagen in Vergleich zu bringen, ist so töricht, daß es genügt, die Tatsache zu konstatieren.

Vermischtes.

Fünf Personen im Rhein ertrunken. Ueber ein bedauerliches Bootunglück wird aus Straßburg i. E. berichtet. Ein Boot mit neun Arbeitern aus Gambenheim, welches gestern abend die Leute nach der Arbeit über den Rhein ans badische Ufer setzte, schlug in den hochgehenden Wellen um. Fünf Personen im Alter von 22 bis

33 Jahren ertranken, zwei wurden an der unterhalb liegenden Brücke gerettet; einer von diesen liegt schwerkrank danieder. Zwei weitere Arbeiter konnten sich durch Schwimmen retten.

Achtzehn Gehöfte niedergebrannt. Einer Meldung aus Nordhausen zufolge wurde in der vergangenen Nacht das nahegelegene große hannoversche Bauerndorf Urbach von einem bedeutenden Brande heimgesucht. Gegen Mitternacht entstand in dem Gehöft des Landwirts Hahnemann Feuer. Innerhalb drei Stunden waren 18 Gehöfte eingäschert. Auch die Dorfskirche fing an zu brennen, konnte aber erhalten werden. Viel Vieh und das gesamte Mobiliar verbrannte. Die Bewohner haben nur das nackte Leben gerettet. Der Schaden wird auf eine halbe Million Mark geschätzt. Die Entstehungsurache ist noch unbekannt.

Bergmannsloß. Deutlicher Meldung zufolge geriet der Bergmann Schmiedel in der Eminenzgrube unter den Förderford und wurde zu einer formlosen Masse zerquetscht.

Zwölf Personen ertrunken. Telegramme aus San Sebastian und Bilbao melden Stürme und Schiffbrüche. Zwölf Personen sind ertrunken.

Eingegangene Druckschriften.

Jahresbericht des Arbeitersekretariats für das Sauer- und Siegerland 1908. 63 Seiten. H. Bogomski, Siegen.
Alba. Ein Novellenband von F. Schumann. 3,50 M. R. Braun, Schweig, Wien und Leipzig.
Fachblatt für Goldarbeiter. Heft 5 des vierten Jahrgangs, Mai 1909. Erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Postämtern und Verwaltungsstellen des Deutschen Goldarbeiter-Berbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Berlin O. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Die Tuberkulose, Krebs und ähnliche Seuchen, ihre Entstehung, und Prophylaxe. Von H. Naack. 104 Seiten. Selbstverlag in Kolberg.
Uziel Nostra. Selbstbiographie. 42 Seiten. Polnische Buchhandlung, Lemberg.

Aus dem Liebesleben der Tiere. Von Dr. E. Schröder. Biologische Betrachtungen über die Begattung im Tierreiche. Geh. 1,40 M., kart. 2 M. Französische Verlagshandlung, Stuttgart.

Der kleinere Jenseit. Roman aus Berliner Architektureisen. Von A. Philipp-Georgel. Preis geb. 4 M., geb. 5 M. Kugel-Lander Verlag, Stuttgart.

Wage Wadelung. Jagd auf Tiere und Menschen. Geh. 4 M., geb. 5 M. E. Fischers Verlag, Berlin.

Wage hinauf. Von Franziska Kemm. Verse von G. Hart. 48 Seiten. B. Cassner, Berlin W. 35.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	24. 5.	24. 5.		24. 5.	24. 5.
	om	ora ¹⁾		om	ora ¹⁾
Remel, Mühl	193	+6	Saale, Großh.	68	+6
Bregel, Jüterburg	-11	+4	Havel, Spandau ²⁾	63	-7
Weißel, Thorn	228	-20	Havel, Rathenow ²⁾	112	-7
Oder, Ratibor	163	+3	Spreer, Spremberg ²⁾	65	0
„Krosen	170	-13	„Seestrom	84	-4
„Frankfurt	181	-13	„Hinden	97	-9
„Saxum	62	-4	„Norden	16	-2
„Landsberg	68	-6	Rhein, Rheinfähren	406	+4
„Berdanun	27	-1	„Koblenz	158	+1
„Leimert	-25	+1	„Köln	138	-1
„Dresden	-142	-8	„Rhein, Birsheim	95	-2
„Batz	111	-4	„Koblenz	95	-2
„Magdeburg	106	-6	„Trier	18	-7

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Fall. — ²⁾ Unterpegel.

Kennen Sie unser P. K. Porträt?

Verlangen Sie Zählkarten kostenlos.

Passage-Kaufhaus
Friedrichstraße 110-112
Oranienburgerstr. 54-56a
Betriebsgesellschaft m. b. H.

Wir versenden franko bei Aufträgen von 15 M. an und nehmen Nichtgefallendes anstandslos auf unsere Kosten wieder zurück.

Donnerstag,
Freitag,
Sonnabend:

Preiswerte Blusen

Sowelt Vorrat

Bluse aus weißem India-Mull, Vorderteil in Falten mit Stückerel u. Madeira-Einsatz	3.25	Bluse aus weißem Seldenbatist, Vorderteil ganz aus Madeira-Stückerel mit Valenciennes-Entredeux	5.75	Bluse aus weißem Klöppelstoff, mit Tüllpassé	3.75
Bluse aus weißem Seldenbatist, Vorderteil ganz aus Entredeux u. Valenciennes-Spitzen zusammengesetzt	3.75	Bluse aus weißem Seldenbatist, Passe und Vorderteil a. Madeira- u. Valenciennes-Entredeux-Einsatz	6.75	Bluse aus weißem gest. Tüll mit Spachtel-Eins. a. Futt., 9,90	8.50
Bluse aus weißem Seldenbatist mit Batist-Stückerel und imitiertem Klöppel-Einsatz	4.90	Bluse aus weiß. gest. Batist, mit Madeira zusammenges. 10,75	9.75	Bluse aus weißem Spachtelstoff mit Stückerelmotiven und Seldengarnitur, ganz auf Solde	16.50

Besonders günstiges Angebot:

DAMEN-HÜTE

ca. 3000
Matelot-Glocken
Hüte
allerletzte Neuheit, Pa. Satina-Gefl., mit gut. Ripsband garn.
2.75
Dieselben, engl. Geflecht, mit 2 sparten Hutnadeln garniert
2.95

Florentiner
Rembrandt- und
Glocken-Form
mit voller Seldengarnitur, sehr schicker Hut für junge Damen
7.90 6.90
Glocken-Toque
sehr schick, handgenäht m. breitem Kopf, garniert mit voller Seldensbandschleife, in allen Farben 13.50

ca. 1500
Matelot-Hüte
neueste grosse Form, mit aufgesetztem breitem Kopf, mit Ripsband garniert
1.45
Dieselben mit Samitband und 2 sparten Hutnadeln garniert
1.75

Kinder-Hüte
blau-weiß Japan-Geflecht, sehr haltbar
75 Pf.
Kinder-Hüte
mit grosser Ripsbandschleife garniert
1.35

ca. 3000
ungarniert. Hüte
nur letzte, neueste Formen, Prima Qualitäten
aussergewöhnliche Gelegenheit
v. M. 1.00 bis M. 6.50

Weisse Promenad.-Jupons

Besonders preiswert:
Lange weisse Stickerei-Röcke
zum Aussuchen Serie I II III IV
1.65 2.90 4.25 5.25
Lange weisse Spitzen-Röcke
zum Aussuchen Serie I II III
2.95 4.45 4.95
Anstandsröcke aus cremefarb. baumwoll. Sommerflanell mit Languetten-Volant 1.40
Anstandsröcke aus la Renforcé mit Spitzen-Volant 2.10

Korsetts

Prinzess-Fasson m. 2 Strümpfhaltern in weiss, rosa, gold, tadelloser Sitz 3.50
Empire-Fasson auf echtem Fischbein, weiss, natur, Dreil 2.35
Amerik. Untertaillen mit Ballen-Einlagen, für jede Figur passend 1.60

Ein Posten
Damen- u. Herren-Taschentücher
ganz weiss oder mit bunter Kante in nur prima Qual.
Serie I II III
Besondere Gelegenheit 1/3 Dtzd. 80 Pf., 1.05 1.25

Kinder-Bekleidung

Weisse Batist-Kinderhäubchen
mit Schleifen- und Blumengarnierung 1.35, 90 Pf.
Weisse Helgoländer m. reicher Stickerei-Garnierung in verschied. Grössen 1.55, 1.25, 1.10
Weisse Kinder-Hänger mit Stickerei-Volant und Bandgarnierung in verschied. Ausführungen f. das Alter v. 1-3 Jahren Serie I II III IV
zum Aussuchen 2.95 4.15 4.95 5.45

Rehwild

Sonderangebot für Lebensmittel

Blätter . Stück 1.85 1.65 1.45
Keulen . Stück 6.50 6.00 5.50
Rücken Stück 9.00 8.00 7.50
Pa. junge Gänse . Pfund 1.10

Aale, lebend,

1-3 Pfund schwer Pfund 1.20
Maifische Pfund 25 Pf.
Suppen-Krebse Mdl. 1.50 1.- 70 Pf.
Tafel-Krebse Mdl. 2.75 2.25 1.75

Frischer Spargel

mittel stark extra stark
Pfund 15 25 35 Pf.
Gurken . . . Stück 20 25 30 Pf.
Citronen . . . 12 Stück 30 40 Pf.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.

12 Schaufenster. Sonntags geöffnet. 2 Häuser v. Dönhofsplatz.

Enorme Preisermässigung.

Elegante Jackenkleider, Sport- und Reisekleider

mit Miederrock und langen Paletots aus prima Tuch, feinsten Kammgarn- und englischen Stoffen und imprägnierten Loden

12, 15, 21, 27, 32, 40 M.

Weisse Leinen- und Cheviot-Jackenkleider.

Seidene Rips-Jackets und Paletots 18, 24, 30, 36 M.

1000 moderne Paletots aus prima Covercoat und engl. Stoffen 7, 9, 12, 15 M.

Staub- und Reisemäntel, imprägniert 6, 8, 11, 14 M.

Elegante Frauenmäntel, Tuch, Rips und Seide 18, 24, 27, 33 M.

Französische Kleider, Prinzess, Empire nur eigene Konfektion 20, 30, 40, 60 M.

2000 Kostümröcke, Prima Satintuch, Alpaka, Cheviot, Diagon, Tuch u. Taft 8, 10, 12, 15 M.

Fussfreie Röcke von 3 M. an. Miederröcke von 11 M. an.

Batist- und Leinenkleider 8, 12, 18, 24 M.

Tüll-Spachtelblusen 4⁵⁰ M. Batistblusen 1⁵⁰ M.

Seidene Blusen 6⁵⁰ M.



Vasere Konfektion bietet durch Verarbeitung erstklass. Stoffe u. Zutaten vollständige Garantie höchster Realität.

Gilliges Vorortland. 1. Stufe 6 St. an. Große Parkmit. Wohnungen 6 St. an. 10 St. an. 2. Stufe, 16 St. an. Prof. graf. Brunnhofer, Berlin, Rollendortf. 3.

Raucht Pologlow Cigaretten

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuester Katalog. In Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grad. u. H. Unger, Gummiwarenfabrik. Berlin NW. Friedrichsstr. 91/92

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum,

in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillerplatzes vorzüglich gelegene, 2- und 3-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhäufe, mit auch ohne Bad, Balkon pp. sofort demietbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Brieger Straße, Hülli-Straße, Hölzler- und Thuner Straße.



Warum wollen Sie gleiche Preislagen anderer Fabrikate teurer bezahlen, wenn Sie 10 Stück

JOSETTI VERA

CIGARETTEN für 30 Pfg. kaufen können. Es gibt viele Marken, die teurer und doch qualitativ geringer sind.

Josetti Vera m. u. o. M. 10 Stück 30 Pfg.

16. Ziehung 5. Kl. 220 Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 26. Mai vormittags.

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

90 345 695 719 87 [1000] 881 81 [1000] 874 87 [1000]

04 423 647 89 771 808 61 2137 [500] 399 [500] 599 969

[500] 302 3090 176 715 834 [500] 802 [500] 84 4009 229

304 46 66 452 [1000] 821 720 845 5099 187 211 515 54

711 870 [1000] 813 6108 50 294 264 759 812 7484 954 8065

010 40 290 208 21 74 [500] 426 643 715 803 9098 233 353 747

10035 93 150 411 238 41 860 63 908 11087 215 202

671 835 77 12208 907 13033 43 99 471 869 14124 507

09 638 771 15181 312 422 540 695 704 811 37 72 16078

172 844 401 [1000] 555 923 700 25 17054 308 681 879 942

118084 [1000] 127 52 706 52 341 [1000] 613 [1000] 75

[500] 749 884 915 19215 75 78 467 593 812 802 [500] 304

20232 55 [500] 87 375 [500] 477 79 001 703 21000

42 [500] 182 14 397 440 82 502 11 [500] 79 79 748 [1000]

64 856 45 22583 805 905 23128 238 320 51 09 684 95 872

[500] 87 928 94 24043 129 437 [500] 74 659 948 25098

60 128 214 84 [500] 469 84 [500] 541 [1000] 833 [1000]

26184 381 84 [500] 811 63 83 [500] 781 [500] 81 873

993 27342 56 [1000] 324 320 [500] 54 729 83 28101 10

60 342 426 257 29223 78 88 127 261 366 072 749 903

30066 129 828 97 682 710 914 83 31883 [500] 83

139 218 95 [1000] 60 374 430 553 821 32664 144 33190

64 208 49 372 78 423 554 532 975 [500] 34919 [500] 274

60 618 57 793 890 [1000] 35127 597 438 [1000] 831 36017

[500] 105 209 615 73 95 796 37045 662 738 874 979

62 97 38043 61 135 76 373 469 656 86 766 39110 276

506 35 602 [500] 783 854 99 956

40312 422 780 61 902 89 916 41288 97 339 486

42045 55 82 114 245 405 817 43077 91 216 79 536 44033

[500] 164 78 271 324 401 654 834 45098 199 279 329 48

628 670 707 90 [500] 852 89 024 [1000] 96 46281 [500]

498 67 [1000] 703 387 47123 214 875 704 32 55 84 893

48012 214 19 810 609 617 [500] 078 49051 107 35

296 462 765 305

50077 [500] 143 56 224 448 509 19 783 834 947

51235 20 755 52182 89 396 373 881 53182 65 98

632 771 81 668 985 66 54213 408 604 9 38 [500] 683 93

682 55064 149 69 85 38 246 333 [1000] 419 668 735 823

64 56198 670 72 83 87314 18 [500] 63 639 227 966

65233 [500] 682 436 48 697 741 65 975 59199 214 78 418

648 96 92 608 793

60083 200 487 [1000] 565 61011 27 285 369 321 820

47 62064 120 100 200 431 583 89 626 75 760 984 [500]

63022 [1000] 127 67 785 [500] 31 916 35 64603

65822 523 723 822 49 900 66044 [1000] 242 345 75 75

475 609 723 899 [500] 908 67081 127 35 276 527 674

81 667 818 906 15 68230 [500] 456 723 67 916 69119

[500] 119 [500] 51 271 [1000] 262 458 707

70131 90 215 34 459 550 690 71076 601 535 88 91

603 724 625 73122 320 [500] 343 [1000] 87 [1000] 123

601 378 74623 478 575 97 130 730 934 75180 263 94

545 75 724 808 822 [500] 48 67600 [1000] 108 305 [500]

604 21 815 41 77098 210 69 423 887 99 78485 668 86

67 79969

80218 92 328 521 [1000] 70 82 81061 6 872 501 45

684 [1000] 82900 407 48 59 64 [500] 800 705 83012 44

[500] 45 69 180 425 633 84033 372 689 [1000] 24 824

85002 59 707 [500] 85084 209 14 334 474 [1000] 607 24

[1000] 49 749 87018 130 490 430 535 600 24 23 60 783

88100 286 [1000] 437 46 549 790 867 70 89068 107 815

69 87 535 85 864 [1000] 998

90319 468 738 872 96 91174 511 [1000] 63 671 772

814 [500] 92649 309 718 93028 [1000] 87 227 323 45 81

8111 67 905 94066 [500] 268 478 615 874 93 903 68 95136

87 29 [1000] 798 489 320 [500] 688 581 96104 [1000] 83

822 484 378 645 97699 207 217 533 82 743 89 872 974 93

98147 508 [500] 40 99005 192 472 79 [1000] 799 [500]

100059 [1000] 107 3 663 89 799 329 101081 72

[500] 112 85 285 849 635 810 [500] 102068 [500] 477

103045 [500] 93 115 81 95 666 818 78 82 [500]

104214 520 63 820 62 105477 612 707 39 106041 253

47 447 616 23 84 713 882 107088 811 504 39 85

108230 [1000] 31 338 663 785 800 885 109095 107 421

41 547 739 980

110202 50 507 809 111188 335 95 481 685 785 860

948 50 112181 335 [500] 408 65 645 96 707 97 113065

370 84 571 114010 96 135 48 73 430 62 09 508 21 72

741 43 810 115150 297 [1000] 385 485 582 772 [500] 809

648 116209 198 458 811 609 745 64 812 22 25 30 117038

284 95 317 600 649 713 81 837 118042 177 314 63 789 886

419359 748 [500] 801 974

120110 370 548 632 76 715 76 90 938 121089 289

597 679 [1000] 751 73 88 900 122066 143 80 850 423

672 123 41 123272 [500] 359 430 [500] 561 738 63 883

959 124237 225 76 552 781 848 125147 [500] 79 418

900 [1000] 89 621 704 [500] 83 906 40 126157 261 442

723 844 127690 25 128102 617 85 817 129205 82 488

681 262 50

130460 78 89 555 609 [1000] 131009 290 248 78 578

704 35 132175 28 454 85 723 35 875 133170 389 543 655

79 739 79 830 [500] 96 853 134013 105 15 244 90

455 793 822 [1000] 135081 292 375 681 711 [1000] 41 66

74 824 920 136150 [1000] 41 [1000] 227 427 529 [500]

688 722 [500] 978 137053 [500] 82 223 391 581 851

138187 878 732 66 844 994 139188 362 628 [500] 883

919 88

140133 80 65 120 519 664 [1000] 83 769 [500]

141078 500 845 142105 [500] 26 276 707 143084 233

690 743 844 144004 78 311 445 623 786 847 931 145030

64 91 861 821 [500] 400 85 708 99 783 146120 215 81

82 919 88

Im Gewinnzettel vertheilt: 1 Prämie à 50000 M.,

1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 2 à 4000,

7 à 3000, 9 à 2500, 25 à 2000, 42 à 1000, 781 à 500,

1270 à 1000, 1267 à 500.

Bezugsort: Berlin, Rollendortf. 3.

5. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Dresden, 25. Mai 1909.

Zweiter Verhandlungstag.

Alle Anträge, die Bezug nehmen auf die „Gewerkschaft“ sowie auf die Verwaltung, werden mit zur Debatte gestellt. So beantragt z. B. die Zahlstelle Dresden:

„Gründung einer Reichssekktion für das Krankenpflege-, Massage- und Baderpersonal mit Anschluss an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.“

Die Organisation soll dahin wirken, daß sämtliche Baderanstaltsbesitzer verpflichtet werden, nur fachwissenschaftlich ausgebildetes Personal zu beschäftigen; Krankenkassenvorstände sowie Ärzte sollen erzwungen werden, selbige zu kontrollieren.

In den Badeanstalten ist die gänzliche Sonntagsruhe einzuführen; wo selbige nicht durchführbar, jedoch den Arbeitsschluß um mittags 12 Uhr eintreten zu lassen.“

Ferner beantragt die Prekominmission die Einführung der „Gleichheit“, die den weiblichen Mitgliedern unentgeltlich zu gestellt werden soll.

In der

Debatte

führt

Hedder, Dresden unter anderem aus, daß für den Gemeindefacharbeiterverband nicht viel übrig bleibt, wenn die Agitation und Organisation unter den städtischen Arbeitern nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses betrieben werden solle. Der Beschluß sei als Ausfluß der Nichtachtung des Gemeindefacharbeiterverbandes zu betrachten, die Redner darauf zurückführt, daß der Verband noch sehr wenig Streiks geführt habe.

Das beantragt

Genossen Bauer als Vertreter der Generalkommission zu der Forderung, der Vorwurf, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands habe in Fragen der Grenzstreitigkeiten dem Gemeindefacharbeiterverband nicht genügend Entgegenkommen gezeigt, treffe zum Teil zu. Das liegt aber in der Natur der Sache selbst. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung kenne eben nur Berufs-, keine Betriebsorganisationen. Im Interesse des Verbandes liege es, nicht mit Vorbedacht gegen die Kongreßbeschlüsse zu verstoßen. Die Gemeindefacharbeiter müssen sich damit abfinden, daß Berufsarbeiter, wie Steinfeher, Gärtner usw., die in städtischen Betrieben tätig sind, den zuständigen Berufsorganisationen angehören.

Bürger, Hamburg macht längere Ausführungen zu folgender Resolution, deren Annahme er dringend empfiehlt:

Der 5. Verbandstag beschließt, da Organisationsfolge unter dem Personal der Kranken-, Irren- und teilweise auch der Baderanstalten ausgeblieben sind:

Der Verbandsvorstand hat in Würde eine Spezialkonferenz der beteiligten Branchen einzuberufen. Dieser Konferenz soll vornehmlich die Konstituierung eines Unterverbandes (Reichssekktion) überwiesen werden. Zur Leitung der Reichssekktion sind zwei befähigte Personen zu berufen, denen neben der Organisations- und Werbearbeit auch die Geschäfte der Redaktion der „Sanitätskarte“ obliegen. Der Leiter der Reichssekktion hat Mitglied des Verbandsvorstandes zu sein. Die Geschäfte der Reichssekktion unterliegen im Prinzip der Beschlußfassung des Verbandsvorstandes. Die Beiträge der Reichssekktion sollen, soweit das interne Personal in Frage kommt, den hier herrschenden Verhältnissen angepaßt sein. Diese Frage ist auf der Spezialkonferenz zu lösen.“

Schald, München wünscht bezüglich der Grenzstreitigkeiten mehr Klarheit. Die Haltung des Vorstandes in allen diesen Fragen erkennt er als richtig an.

Im Verlauf der Debatte wird mehrfach Kritik an den Maßnahmen des Vorstandes geübt; hauptsächlich wird das späte Erscheinen des gedruckten Berichtes getadelt. Der von Bauer empfohlenen Wiederaufnahme von Hassel (Münchberg) wird scharfer Widerstand entgegengesetzt.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt und die Sitzung nach einigen geschäftlichen Mitteilungen und Verlesung von Begrüßungstelegrammen auf Mittwoch früh vertagt.

Im Bericht vom ersten Verhandlungstage hat sich ein Fehler eingeschlichen. Es muß in dem folgenden Satz: „mehr als 10 000 Arbeiter, die dem Verband der Staats- und Gemeindefacharbeiter angehören“, sollten angefügt werden.

6. Verbandstag der Seelente.

Hamburg, 25. Mai.

Zweiter Verhandlungstag.

Am Dienstag begann die Beratung über die wichtigste den Verbandstag beschäftigende Frage, die Wirkung und den weiteren Ausbau der

Unterstützungseinrichtungen

des Verbandes. Seitens des Zentralvorstandes ist ein revidierter Statutenentwurf vorgelegt, der wesentliche Änderungen und Erweiterungen vorsieht. Die entscheidenden Fragen sind: Erhöhung des Beitrages von 40 auf 60 Pf. wöchentlich und Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Von Danzig ist für den Fall der Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung, Einführung der Erwerbslosenunterstützung beantragt. Die Arbeitslosenunterstützung ist in der Form geplant, daß Mitglieder, die mindestens 104 Wochenbeiträge gezahlt haben, vom 22. Tage der Arbeitslosigkeit ab Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden kann, die nach 2 Jahren auf 12,00 M., d. h. 60 Pf. für die Dauer von 21 Tagen steigt, und sich alljährlich erhöht bis auf 112,50 M., d. h. 1,50 M. für die Dauer von 75 Tagen nach zehnjähriger Mitgliedschaft. Weiter sind nicht unerhebliche Veränderungen in den übrigen Unterstützungseinrichtungen vorgesehen, die größtenteils eine Erhöhung der Sätze bedeuten. Die Krankenunterstützung wird nach einem Jahr im Höchstbetrage von 7 M. für 14 Tage gewährt, sie beträgt im Höchstfalle nach zehnjähriger Mitgliedschaft für 75 Tage 105 M.

Verbandsvorsitzender Müller begründete die Vorlage ausführlich.

Die Diskussion setzte sehr rege ein; namentlich die Delegierten der Unterwerferorte bekannten sich als strenge grundsätzliche Gegner der Unterstützungseinrichtungen, lehnten auch aus praktischen Gründen die Beitragserhöhung ab. Die Stettiner Delegierten erklärten sich ebenfalls gegen die Einführung dieses Unterstützungszweiges, weil sie infolge der damit bedingten Beitragserhöhung einen Mitgliederchwund bis zur Hälfte des Bestandes befürchten, zumal die Stettiner Seelente weniger von der Arbeitslosigkeit betroffen würden. Die Vertreter von Hamburg, Danzig und Hlensburg sprachen für, der Bremer Vertreter gegen die Einführung.

In namentlicher Abstimmung gelangte nach langer Debatte mit 21 gegen 7 Stimmen diese Resolution zur Annahme:

Der 6. Verbandstag beschließt im Prinzip die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit der Maßgabe, daß die beantragte Beitragserhöhung von 40 auf 60 Pf. pro Woche in Ge-

meinschaft mit der Arbeitslosenunterstützung nicht vor dem 1. Juli 1910 in Kraft tritt. Vor dem 1. Juli 1910 hat eine Reichskonferenz der Funktionäre des Verbandes über eine Vorlage betreffs Ausführungsbestimmungen zur Arbeitslosenunterstützung zu beschließen.“

Zur Beratung dieser Vorlage wird eine aus sieben Delegierten bestehende Kommission gewählt. Um der Kommission Zeit zu gewähren zur Bewältigung ihrer umfangreichen Arbeit wird der Verbandstag auf Mittwoch vertagt.

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft langsam, Preise unverändert. Wild: Zufuhr gering, Geschäft lebhaft, Preise beständig. Fisch: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise beständig. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, besonders in Gurken, Geschäft langsam, Preise gedrückt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenrunde findet Enderstrasse Nr. 7, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl 1. Stockwerk, wochentags abends von 7 bis 9 Uhr statt. Beschriftung 7 Uhr Sonntag abends beginnt die Ehrenrunde um 6 Uhr. Jeder Anruf ist ein Nachruf und eine Zahl als Antwort zu bezeichnen. Briefkasten für 11 Tage werden nicht erreicht. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 11 Tage vergehen. Bitte Fragen rasch an die Ehrenrunde vor.

1. R. 1866. In der Regel nein. — G. W. 11. Die meisten sind zunächst an den Magistrat oder an die Armenverwaltung mit dem Antrage wenden, können zu befehlen, daß Sie zur Freigabe der Kasse des Prozesses außer Stande sind. Dies ist nicht das Landgericht, in dessen Bezirk der Mann wohnt, ein, legen den Grund der Klage dar, führen die Beweismittel an und beantragen, Ihnen das Armenrecht zu bewilligen. Zweckmäßig ist es, bereits bevor oder während Sie den Antrag bei dem Magistrat stellen, den Säbnertermin beim Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Mann wohnt, zu beantragen. Erst wenn der Säbnertermin erfolglos verlaufen ist, kann das Landgericht das Armenrecht erteilen. Dem Antrage an das Landgericht ist auch das Urteil über die Fruchtlosigkeit des Säbnertermins beizufügen. — J. 100. Leider nein.

— A. R. 100. Auf Grund des Gesetzes vom Mai 1886 kann der Antrag auf Zahlung von Zinsen geltend gemacht werden. Zweckmäßig ist es im Berlin an das Volkstribunal, auf dem Lande an den Landrat den Antrag zu richten. — A. R. 1000. Verjährung liegt nicht vor, verfolgen Sie es mit einer Klage. — W. C. 50. Wenn eine Zahlungsfrist des Schuldners nachgewiesen ist, so ist dieser haltbar. Die Klage ist bei Anträgen bis 300 M. beim Amtsgericht, bei höheren an das Landgericht zu richten. — Arbeiterlehre I. 1. Die Unterhaltungsgehälter haben Sie auch für das vorerhellte geborene, von Ihnen anerkannt Kind zu erhalten. 2. Auf Antrag werden Ihnen die Steuern für die Monate, in die die Geburt fällt, erlassen. — A. W. 37. Die Mieter können auf Befreiung der Erbschwerung beim Amtsgericht klagen. — C. Rein.

— Johann Gr. Wie in der Darlegung vom 23. März mitgeteilt ist, hat das Oberverwaltungsgericht unter dem 6. Juli 1905 entschieden, daß angemessene Abkürzungen wegen Abminderung des von den Arbeitern der Fabrik zu leistenden oder der Arbeitsleistung sowie Abzüge wegen der Fabrik zur Arbeitsstätte abzugeben sind. Halten Sie den Einspruch aufrecht. — W. T. 116. 1. Die Reichsbank ist eine unter Aufsicht und Leitung des Reiches stehende Bank, welche die Eigenschaften einer juristischen Person besitzt und die Aufgabe hat, den Geldumlauf im gesamten Reichsgebiet zu regeln, die Zahlungsausgleichungen zu erleichtern und für die Ausbarmachung verfügbaren Kapitals zu sorgen. Das nähere befragt das Bankgesetz vom 14. Januar 1875. 2. Nein, es ist aber sicher. 3. Nein. — G. P. 6. 1. u. 2. Die Statuten sind maßgebend. 3. Wiederholt haben wir Urteile angeführt, die annehmen, daß eine Rückzahlung zu erfolgen hat. Ueber die Frage selbst besteht lebhafter Streit, der auch im Reichstage zur Sprache gekommen ist. 4. Nein. — Karte 6. 1. 15,35 M. monatlich. 2. Welches ist möglich. — J. R. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. — W. T. 399. 1. Sie müssen gegen den Beschluß klagen. 2. Das nicht bekannt. — G. H. 101. 1. 16 M. jährlich. 2. Nein. — W. T. 25. 1. Entscheidung vom 6. Juli 1905. 2. Ja.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Sowelt Vorrat

Sowelt Vorrat

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Lebensmittel

Prima frischer Spargel Pfd. 15, 28, 38 Pf.

Pa. holl. Gurken stck. 20 u. 25 Pf.	Prima Radleschen 7 Bund 10 Pf.	Prima Rhabarber .. 4 Bund 15 Pf.	Feinster Spinat .. 3 Pfund 18 Pf.
Pa. Citronen Dutzd. 25, 35, 45 Pf.	ff. austral. Tafeläpfel Pfund 40 Pf. 5 Pfd. 1 ⁹⁰	Orig.-Kiste ca. 40 Pfd. Inhalt Kiste 15 ⁰⁰	Frischer Kopfsalat 3 Stck. 10 Pf.

Ia Rehwild

Blatt Stck 1 ⁶⁰ bis 2 ²⁵
Keule Stck 6 ⁰⁰ bis 8 ⁰⁰
Rücken Stck 8 ⁰⁰ bis 10 ⁰⁰
Pommersche Cervelat Pfund 1 ¹⁵
Pommersche Salami Pfund 1 ¹⁵
Holsteiner Plockwurst Pfund 1 ²⁰

Junge Bratgänse Pfund 1⁰⁵

Junge Brathühner Stck 1 ⁰⁵ 1 ⁴⁰ 1 ⁷⁵
Extra grosse Brathühner .. Stck 2 ⁰⁰ 2 ²⁵ 2 ⁶⁰
Prima Suppenhühner Stck 1 ⁹⁵ 2 ²⁵ 2 ⁶⁰
Grosse junge Tauben Paar 1 ²⁵

Lebende Krebse

Suppenkrebse Mandel 1 ⁰⁰
Mittelnkrebse Mandel 1 ⁵⁰
Tafelkrebse Mandel 2 ⁰⁰
Thüringer Cervelat Pfund 1 ⁴⁰
Thüringer Salami Pfund 1 ⁴⁰
Braunsch. Schlackwurst Pfund 1 ⁶⁰

Pfirsiche 1/2 Dose . 1 ³⁵	Aprikosen 1/2 Dose 1 ³⁵	Preisselbeeren 1/2 Dose 70 Pf.	Ananas 1/2 Dose 1 ⁷⁰ 3/4 Dose 90 Pf. 1/2 Dose 50 Pf.	Gem. Marmelade 5 Pfd.-Eimer 1,15 10 Pfd.-Eimer 2,05
--------------------------------------	------------------------------------	--------------------------------	---	---

Bowlenweine
Bowlensekt
Fruchtsäfte

Moselblümchen Fl. 60 Pf., bel 5 Fl. 55 Pf.
Valvigsberger Fl. 80 Pf., bel 5 Fl. 75 Pf.
Erdener Fl. 1 ¹⁰ bel 5 Fl. 1 ⁰⁵
Berocasteler Schlassberg Crest. W. M. Schneider Fl. 1 ⁵⁵ bel 5 Fl. 1 ⁵⁰

Kaiser-Sect Flasche 1 ⁶⁰ bel 5 Fl. 1 ⁵⁵
Casino-Sect Flasche 2 ¹⁵ bel 5 Fl. 2 ¹⁰
Prince de Lorraine Flasche 2 ⁷⁰ bel 5 Fl. 2 ⁶⁵
Sillery Mousseux Flasche 3 ²⁰ bel 5 Fl. 3 ¹⁵

Himbeersaft Flasche 1 ⁰⁰
Himbeersaft extra Flasche 1 ²⁵
Kirschsaft Flasche 85 Pf.
Citronensaft ohne Zucker 1/2 Fl. 50 Pf. 1/4 Fl. 90 Pf.

Spezial-Angebot für Eis-Schränke

Innen Zink				Innen Glas				Hohe Form (Berliner Modell)			
Höhe	Breite	Tiefe	Preis	Höhe	Breite	Tiefe	Preis	Höhe	Breite	Tiefe	Preis
72 cm	60 cm	45 cm	23 ⁵⁰	72 cm	60 cm	45 cm	31 ⁵⁰	120 cm	68 cm	52 cm	45 ⁰⁰
81 cm	61 cm	50 cm	31 ⁵⁰	81 cm	61 cm	50 cm	40 ⁰⁰	140 cm	72 cm	54 cm	53 ⁰⁰
89 cm	77 cm	58 cm	39 ⁵⁰	89 cm	77 cm	58 cm	48 ⁵⁰	120 cm	68 cm	52 cm	58 ⁵⁰
94 cm	80 cm	62 cm	46 ⁵⁰	94 cm	80 cm	62 cm	58 ⁵⁰	140 cm	72 cm	54 cm	70 ⁰⁰

